Informations-Dienst

zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten



ERSCHEINT WÖCHENTLICH NR. 164 12. Februar 1977

D 1870 CX

INLAND

AUSLAND

ZU DEMONSTRATION UND KUNDGEBUNG GEGEN KERNKRAFTWERK AM 19.FEBRUAR SIEHE BERICHT AUF SEITE 12. WICHTIG: INFORMIERT EUCH WEITER !

* frankfurter
* informationsdienst e.v.
* hamburger allee 45
* 6000 frankfurt 90
* tel. 0611/70 43 52

* postadresse :
* postfach 90 03 43
* 6000 frankfurt 90

* redaktionsschluß :
* donnerstag 20 uhr

kontaktzentren :

2000 hamburg
die hälfte des himmels
schluterstr. 79
tel. 040/410 42 62

4630 bochum
politischer buchladen
im westenfeld
tel. 0234/70 23 36

5000 köln
der andere buchladen
zulpicher str. 197
tel. 0221/42 02 14

7400 tübingen
aktion politischer
buchladen
nauklerstr. 20
tel. 07071/23 393

8000 münchen
basis buchladen
adalbertstr. 41 b
tel. 0811/280 95 22

schweiz :
eco libro
8004 zürich
engelstr. 62
tel. 01/ 39 12 67

druck: druckladen

Einzelverkaufspreis:
1,50 mark incl. 5,5% mwst

vierteljahres-abo:
18 dm gegen vorauskasse auf das postscheckkonto: frankfurter informationsdienst e.v. 6000 frankfurt 90 nr. 52 52 28 - 602 überweisen.
bitte genaue anschrift und abonummer angeben, gegebenenfalls stichwort "neuabo" oder "adressänderung".

VORBEREITUNG DES RUSSEL-TRIBUNALS : REPRESSION GEGEN AUSLÄNDER DOKUMENTIEREN

FRANKFURT 9. Februar

MATERIAL ÜBER REPRESSION GEGEN AUSLÄNDE R IN DER BRD DRINGEND GESUCHT !

Das Irlandkomitee (und einige andere antiimperialistische Gruppen) bemüht sich darum, zur Vorbereitung der Arbeitskonferenz in Zusammenhang mit dem geplanten Russell-Tribunal, eine Dokumentation über die Verfolgung von Ausländern in der BRD zusammenzustellen. Nun gibt es Material und Fälle genug, wir müssen sie aber sammeln und sorgfältig dokumentieren. Wer zu folgenden Aspekten der Ausländerverfolgung Material hat, soll uns dies **sofort** zur Vergügung stellen und/oder Kontakt mit uns aufnehmen:

Ausweisung von politisch verfolgten Ausländern
Ökonomische Ausweisung und Unterdrückung (Reemigration)
Verfolgung von ausländischen politischen Gruppen und antiimperialistischen Komitees

Kontakt: **WISK (Westdeutsches Irland Solidaritätskomitee) Oberursel 5, Postfach 35, Tel.: 06171/73 212**

LINKE, ALTERNATIVE ZEITUNGEN, ACHTUNG!

ZÜRICH 2. Februar

Der private Staatsschützer und selbsernannte Sub versivenjäger Ernst Cincera, dessen Machenschaften von der „Arbeitsgemeinschaft Demokratisches Manifest" aufgedeckt wurden, hat Hunderte von Zeitschriften aus dem ganzen deutschsprachigen Raum abbonniert — allerdings nicht unter seinem Namen. Vor allem im Spätsommer 1976 wurden die Redaktionen und Gruppen unter den verschiedensten Tarnnamen angeschrieben. Die Briefe endeten fast immer mit der Formel „Mit Dank und Genossengruß". Geschrieben wurden die meisten vom nun enttarnten Cincera-Spitzel Andreas Kühnis, der auch auf den eigenen Namen abonniert hat. Die nachstehende Liste von Tarnadressen (Einzelpersonen und Phantom-Vereine) ist aufgrund der sichergestellten Unterlagen aus dem Cincera-Archiv zusammengestellt. Es ist möglich, daß diese Adressen in den nächsten Monaten ausgewechselt werden. Hinweise bitte an „Demokratisches Manifest, Postfach 107, 8036 Zürich.

Hier die Deckadressen:

Silvia Baumann, Englischviertelstraße 22, 8032 ZÜRICH
Silvia Baumann, Postfach 2461, 8023 ZÜRICH
Jakob Blum, Postfach 4033, 3001 BERN
Peter Büchel, c/o Alternative Pädagogik, Postfach, 8036 ZÜRICH
Giuseppe Dorigo, Postfach 114, 8036 ZÜRICH
Marianne Dubois, Postfach 2461, 8023 ZÜRICH
Hans Gerber, Postfach 429, 3074 MURI
Martha Grünenfelder, Postfach 114, 8036 ZÜRICH
Wolfgang Hoz, Schorenstraße 37, 8802 KILCHBERG
Peter Jab, Postfach 429, 3074 MURI
Andreas Kühnis, Schöntalstraße 30, 8004 ZÜRICH
Peter Leuthold, Postfach 2461, 8023 ZÜRICH
Hans Locher, Englischvierteistraße 22, 8032 ZÜRICH
Hans Locher, Postfach 2461, 8023 ZÜRICH
Jean Pittet, Postfach 2606, 8023 ZÜRICH
Gertrud Stahel, Postfach 4033, 3001 BERN
Vreni Teuscher, Postfach 2606, 8023 ZÜRICH
Alternative Arbeitsgruppe Umwelt, Postfach 24, 8050 ZÜRICH
Alternative Pädagogik, Postfach 114, 8036 ZÜRICH
Kommission für Alternativinformation, Postfach 2606, 8023 ZÜRICH
Verein für objektive Information, Postfach 429, 3074 MURI
Verein kritische Leseratten, Postfach 4033, 3001 BERN
Verein kritischer Lesezirkel, Postfach 240, 3700 SPIEZ

K.H.ROTH VERLAS ERKLÄRUNG ZUR PERSON

KÖLN 8.Februar

In der Verhandlung am 8.2. verlas Karl-Heinz seine Erklärung zur Person; er stellte die Geschichte seiner Politisierung dar, von ersten Erfahrungen bei der Bundeswehr an bis hin zu seiner Tätigkeit als Arzt in Köln (nicht nur im Krankenhaus, sondern auch bei der Behandlung sogenannter ‚illegaler' Ausländer). Die Erklärung kann, sofern sie nicht in den linken Buchhandlungen ausliegt, bezogen werden über:

Unterstützungsbüro für R.Otto und K.H.Roth
Glasstraße 80, 5 Köln 30, Preis des Einzelheftes: 1,20 DM

In der Frankfurter Rundschau vom 9.Februar stand zu lesen, Karl Heinz habe erklärt, daß „*die für einen Polizisten tödlichen Kugeln aus der Pistole des gleichfalls getöteten Werner Sauber stammten*". — Das ist nicht wahr ! Karl Heinz hat in seiner Erklärung zur Person überhaupt nichts über den Hergang seiner Festnahme gesagt.

Am Donnerstag, den 10.2. wurde die Verhandlung nach einer halben Stunde vertagt; sie wird am 14. (Montag) mit der Erklärung zur Person von Roland Otto fortgesetzt.

JETZT AUSLEIHBAR:

Ein Video-Film über den Pfingstkongreß des SB gegen politische und ökonomische Unterdrückung; aufgenommen von der Mediengruppe des Stuttgarter Sozialistischen Zentrums.

Mit Ausschnitten aus Reden von SB-Vertretern, Cohn-Bendit, Dutschke, Betriebsräten, Frauen.

Mit Straßenaktionen und Liedern
Das SB: Organisation und Spontanität
Der Kongreß: nicht nur Podium von Polit-Mackern

Schwarz-Weiß, 1 Stunde.
Ausleihbar in folgenden Video-Formaten:
3/4 Zoll Kassette U-matic (Sony u.a.) ; 1/2 Zoll Spule Japanstandard 1 (Sony CV 2100)
1/2 Zoll Japanstandard 2, High Energy und Normal (Sony AV 3420 CE, AV 3620 CE und die restl. AV-Serie).
National NV 3085 und die restl. NV-Serie (Bell & Howell, Hitachi etc.)

Beim Ausleihen eines Videogeräts können wir für den süddeutschen Raum helfen.

Einzelheiten:
Sozialistisches Regionalbüro,Neckarstr.178;7000 Stuttgart 1

„SCHLÄGER IN UNIFORM? " – ZEUGEN DER ANKLAGE!

WUPPERTAL 8. Februar

Die Staatsanwaltschaft in Wuppertal hat die Anklageschrift gegen eine verantwortliche Redakteurin des Wuppertaler Volksblattes *Wat LÖPPT* vorgelegt und beantragt, das Hauptverfahren gegen sie zu eröffnen. Vorgeworfen wird ihr, in dem Artikel „Schläger in Uniform? Bericht über Polizeiübergriffe in Wuppertal" in *Wat LÖPPT* Nr. 6 und 7, die Polizeibeamten in ihrer Ehre gekränkt zu haben. In wenigen Wochen ist daher mit dem Prozeß zu rechnen. Nach dem Willen der Staatsanwaltschaft soll die Redakteurin wegen Beleidigung und übler Nachrede verurteilt werden. (Höchststrafe 2 Jahre). Die Polizeibeamten, denen vorgeworfen wurde Bürger geschlagen und mißhandelt zu haben, sind auch dabei: als Zeugen der Anklage.

(aus: WAT LÖPPT, 56 Wuppertal 1 , Luisenstr. 100)

MIT BONBONS UND PROGRAMM – AKTION GEGEN HESSISCHE KOMMUNALWAHLEN

KÖNIGSTEIN
7. Februar

Eine Aktion zum Wahlboykott einmal anders gab es am 7. Februar in Königstein.

Eine Gruppe von Leuten gab sich den Namen „Parteifreies Bündnis Königstein (PFB)" undzog mit Bonbons, Luftballons und einem maßlos überzogenen Wahlprogramm auf eine Wahlveranstaltung des Rings politischer Jugend (RPJ). In diesem haben sich die Jugendorganisationen der drei demokratischen Parteien (Selbsteinstufung) zusammengeschlossen. Diese Jugendgruppen hatten eine Veranstaltung organisiert, bei der sie ihre Zielvorstellungen und Programme zur Kommunalwahl in Hessen am 20.3.77 vorstellen wollten. Damit sollten die Mutterparteien bei ihrem fiebrigen Bemühen beim Ringen um die Wählergunst unterstützt werden.

Zu Beginn der Veranstaltung erklärte ein Vertreter des Parteifreien Bündnisses, das sich zum größten Teil aus Besuchern des Königsteiner Jugendzentrums zusammensetzt, daß das PFB an der Wahl teilnehmen werde und deshalb an diesem Abend Redezeit zur Vorstellung des Programmes erhalten wolle. Dies wurde nach einigem Hin und Her zugesagt. Inzwischen hatte sich der Saal, der dem parteipolitischen Anlaß entsprechend stilgemäß mit Faschingsgirlanden dekoriert war, bis auf den letzten Platz gefüllt. Neben Parteimitgliedern und organisiserten Jugendlichen stellten Besucher des Jugenzentrums und Sympathierende des PFB weit mehr als die Hälfte der Anwesenden. So gelang es auch, anstatt eines Vertreters der Jungen Union einen eigenen Vertreter als Diskussionsleiter einzusetzen.

Nachdem Jungdemokraten, Jusos und Junge Union ihre Programme vorgestellt hatten, stellte der Redner des PFB fest, daß sich die Politik der etablierten Parteien und ihrer Jugendorganisationen kaum voneinander unterscheide. „Es kommt zwar schonmal vor, daß im Stadtparlament unterschiedlich abgestimmt wird, aber trotzdem machen alle die gleiche Politik. Kleine Unterschiede werden vor den Wahlen betont, dem Wähler werden honigsüße Versprechungen gemacht. Es gibt zwar in den einzeln en Parteien Individuen ,die anders denken und sich anders verhalten als die Mehrheiten ihrer Parteien, doch trotzdem ist auch bei diesen fortschrittlicheren Leuten Vorsicht geboten, da auch diese (z.B. die Jugendorganisationen) vor der Wahl viel versprechen, dies aber nach der Wahl in ihren Parteien nicht durchsetzen können. Auch für diese schlägt nach der Wahl, wenn die Stimmen des Wahlvolkes eingefahren sind, die Stunde der Parteiräson, die Stunde der Anpassung, die Stunde des Maulhaltens, die Stunde der Karriere."

Das PFB ging bei der Vorstellung auch darauf ein, daß den Kommunalwahlen eine besondere Bedeutung zukomme, da man im lokalen Bereich als Bürger im Gegensatz zur Bundes- oder Landespolitik wenigstens noch ein bißchen Einflußmöglichkeit habe. Obwohl das PFB nicht daran dachte, an den Wahlen teilzunehmen, mußte es an diesem Abend so argumentieren, als ob, um Redezeit zu bekommen.

„In den letzten Jahren sind hier in Königstein eine Reihe von dicken Hämmern passiert: Bangert Verkauf (große Wiesen- und Waldfläche an die Farbwerke Hoechst zur Bebauung), Bau der Schuldenterrine Kurbad (bombastisches, mit 15 Millionen Mark viel zu teures Hallenbad mit Solarium), Zerstörung des Jugendzentrums und der Selbstverwaltung, zunehmende Zerstörung der Umwelt. Deshalb haben wir gemerkt, daß es in Königstein keine wählbare Alternative gibt, auch nicht das berüchtigte „kleinere Übel". Weil die Interessen der Königsteiner vonkeiner Partei richtig vertreten werden, haben wir das PFB gegründet und werden uns an den Kommunalwahlen beteiligen. Wir gehen davon aus, daß wir die absolute Mehrheit der Sitze im Stadtparlament erringen werden und dann den Bürgermeister stellen. Wir haben nicht die Absicht, in der Opposition zu sitzen oder mit den Parteien zu mauscheln. Hier unsere wichtigsten Vorhaben, die auch wir, wenn wir erst einmal die Wahl gewonnen haben, auch nicht einhalten werden. Wir machen das genauso wie die Parteien dann." Schon mit diesen Äußerungen hatte das PFB versucht, die Verlogenheit der Parteien bloßzustellen und den anwesenden Jungwählern die Situation in einer parlamentarischen Demokratie deutlich zu machen.

Die Forderungen des PFB, das eigentliche kommunalpolitische Programm, beziehen sich fast in allen Punkten auf lokale Vorgänge und Zustände. Es ging hierbei nicht darum, ein paar schöne griffige Forderungen aufzustellen, die eventell von jeder Partei zu verwirklichen wären. Es ging darum, den Anwesenden die Widersprüchlichketi von Parteien, Wahlen und Wahlversprechungen zu zeigen. Andererseits sprechen die Forderungen zum Teil tatsächliche Mißstände in Königstein an. Für Ortsfremde steht ab und zu in Klammern ein Hinweis auf den Zusammenhang:

1. Freibier für die Zuschauer bei Stadtverordnetensitzungen. (Da kommt nämlich kaum ein Mensch hin)
2. Verlängerung des Burgfestes auf zwei Wochen (größte Feier in Königstein, allerdings nur vier Tage)
3. Schaffung eines einwöchigen Falkensteiner Burgfestes (Ortsteil von Königstein mit Burgruine aber ohne Fest)
4. Bau von Burgruinen in Mammolshain und Schneidhain (die beiden anderen Stadtteile), damit die Stadtteile nicht immer benachteiligt werden.
5. Bau eins Jugendzentrums. Die Kosten für Bau und Einrichtung sollen dem Betrag entsprechen, der für das Kurbad aufgewendet wird (ca. 15 Millionen). (Der Mietvertrag für das JuZ ist zum 30.4.77 gekündigt)
6. (nachdem es in KÖnigstein einige „Attentate" mit faulen Eiern und ölfab-gefüllten Eiern auf Autos oder Häuser von führenden CDU-Leuten gegeben hatte): Weber (Bürgermeister), Kramer (CDU-Fraktionsvorsitzender) und Schröter (wichtiger CDU-Abgeordneter) sollen nach dem Eierattentat auf ihre Autos von der Stadt neue Autos bekommen.
7. Falls die Stadt Königstein den Neuanstrich der vonEiern besudelten Hauswand des Kramerhauses noch nicht bezahlt hat, so soll dies schleunigst nachgeholt werden. (Hat die Stadt wahrscheinlich bereits heimlich bezahlt)
8. Registrierung aller Eierkäufer, um die Verfolgung der Straftäter zu erleichtern.
9. Anschaffung eines rosa Polzisten der Königstein/Kronberger Polizeistation
9. Anschaffung eines rosa Polizeihubschraubers zur Überwachung des gesamten Luftbereichs von Groß-Königstein.
10. (mehr als die Hälfte aller Polizisten der Königstein/Kronberger Polizeistation ist oder war in Verfahren wegen passiver Bestechung, Begünstigung im Amt usw. angeklagt) Für die Polizisten: Gutscheine für Alkoholix und schöne Frauen in den Königsteiner Nachbars und Bordells, damit die Versuchung der Gesetzesübertretung nicht mehr so groß ist.
11. Amnestie für alle straffällig gewordenen Polizisten der Polizeistation
12. Ausbau der Königsteiner Burg zu einem Spukschloss (Ankurbelung des Fremdenverkehrs)
13. Umbau des Burghains zu einem Märchenwald mit Riesen, Feen, Hexen und Wölfen (siehe 12)
14. Bau einer Autobahn zum neuen Haus des Bürgermeisters (eine normale Straße hat er schon bekommen)
15. (Es bestehen Gerüchte, daß der Bürgermeister nach einem CDU-Wahlsieg im Hochtaunuskreis neuer CDU-Landrat wird) Bürgermeister Weber soll nach der Kommunalwahl als Landrat nach Bad Homburg weggelobt werden, damit wir vom PFB den neuen Bürgermeister stellen können, ohne den alten abwählen zu müssen.
16. Berufung von Frau Riedel (konservative Lokalredakteurin) zur Chefköchin der städtischen Gerüchteküche.
17. Übergabe der Stadtschlüssel an d Obhut der Wach- und Schließgesellschaft. (Die muß auch schon das Jugendzentrum immer um 21 Uhr abschließen)

18. Anschluß des gesamten Königsteiner Terrains an den Freistaat Bayern. (die Königsteiner CDU ist besonders konservativ)
19. Einrichtung von Zollschranken, um uns täglich aufs neue unsere Souveränität vor Augen zu führen.
20. Jeder Montag soll für alle Königsteiner arbeits- und schulfrei sein.
21. Zweimal wöchentlich Warmbadetag im Springbrunnen des Kreisels zum Eintritt von nur fünf Mark für Königsteiner
22. Einrichtung eines intimen Massagesalons im neuen Kurbad
23.a) Ausbau der Limburger Straße zu einer kleinen Reeperbahn (die ersten Ansätze sind schon da)
Und für unsere anderen Wähler, wir haben schließlich für alle das Passende in unserem Wahlprogramm:
23.b) Bekämpfung der Prostitution in Königstein – Unser Königstein soll wieder sauber werden.
24. Streichung der Sitzungsgelder bei Stadtverordneten-, Ausschu-ß und Magistratssitzungen. Dafür soll jeder Abgeordnete jedesmal eine Haschisch-Zigarette bekommen. Die Vorsitzenden bekommen einen Superjoint mit selbstgezogenem Woogtal-Gras.
25. Der Elferrat des Narrenrings soll die Funktionen und Aufgaben übernehmen, die bisher der Magistrat inne hatte.
26. Einführung des Leistungsprinzips für die Kommunalpolitik: in einem Fußballturnier soll der Wahlsieg zwischen PFB und den Jugendorganisationen der Parteien ausgespielt werden.
27. Einrichtung einer Murmelbahn auf dem städtischen Parkplatz.
28. Verbannung aller Häschenwitze aus Königstein.

Nach jeder dieser Forderungen gab es stürmischen Applaus von den Anwesenden. Nachdem die Forderungen verlesen worden waren, gab es das totale Chaos, als das abgezogene Wahlprogramm verteilt und vom PFB ein Kilo Bonbons in den Saal vertreut wurden, als „Wahlbonbons" vor der Wahl.

Diese Aktion ist bei den Anwesenden sehr gut angekommen und dürfte vielen eine hilfreiche Einführung in den Parlamentarismus gewesen sein.

U.S. ARMEE–DEPOT: EIN LAGERARBEITER WOLLTE NICHT MIT DEM GEHEIMDIENST – GEFEUERT

KAISERSLAUTERN 2. Februar

Ein Kollge berichtete der KATZ (Kaiserslauterns Alternativ-Zeitung, 1/0) und dem ID: Seit 2 1/2 Jahren arbeitete ich als Lagerarbeiter im US-Army–Depot in Kaiserslautern. Am 10. Dezember vorigen Jahres wurde ich von der amerikanischen Kriminalpolizei (Criminal Investigation Division / CID) aufgefordert, meine Kollegen zu bespitzeln. Als ich darauf entsprechend reagierte und das Nötige dazu sagte, wurde mir eröffnet, daß man nun mit mir eine „Security Inspection" machen würde, und zwar in Zusammenarbeit mit den deutschen Sicherheitsbehörden (politische Gesinnung, Vorstrafen, Parteizugehörigkeit, politische Aktivitäten). Man fragte mich auch zu allem Überfluß, ob ich damit einverstanden wäre.

Daraufhin informierte ich zunächst mündlich einen Teil der Kollegen und den Betriebsrat. Der teilte zwar die Empörung der Leute, aber nicht meine Meinung, daß man etwas gegen solche Methoden tun müßte. Im Gegenteil, man meinte, schon daß ich alles herumerzählt habe, wäre ein Kündigungsgrund, weil das Verhör „vertraulich" war. Später sagte er mir auch noch, daß er nach gründlicher Information und Rücksprache mit den Gewerkschaften auch nicht gegen meine Sicherheitsüberprüfung machen könne. Ich meinte aber, daß man etwas tun sollte und verteilte am 14. Dezember ein Flugblatt, in dem es heißt:

„Die amerikanische Kriminalpolizei (CID) unterhält schon seit einiger Zeit ein System von Spitzeln und Denunzianten unter den Arbeitern und Angestellten des Army Depot und des PDO's in Kaiserslautern.

Am Freitag, den 10.12 1976 machten mir die CID – Ermittlungsbeamten Anderberg und Spies nach einem Verhör folgendes Angebot:

Da er (Anderberg) im PDO Kaiserslautern sich ein wenig auskenne, weiß was dort vorfällt und wie dort gearbeitet wird, möchte er mich bitten, ihm meine Augen und Ohren zu leihen, um meinen Kollegen etwas über die Schultern zu gucken. Was und wer mir auffällt, sollte ich ihm melden – meine Angaben würden vertraulich behandelt und meine Name käme nie heraus.

Daraufhin kam es zu einer kleinen bis mittleren Auseinandersetzung in der ich den ‚Herren' erklärte, daß ich Methoden wie diese für Methoden wie im 3.Reich halte, für faschistische Methoden; daß so etwas Verhältnisse schafft, wo sich kein Kollege mehr des anderen sicher sein kann, niemand mehr Vertrauen zu jemand haben kann und jeder sich hüten muß, was er jetzt gerade dem anderen erzählt (vielleicht hängt sein Job oder seine Beförderung davon ab).

Daß Schweinereien wie diese kein Einzelfall und schon seit längerer Zeit gemacht worden sind, beweist folgendes:

– Kollegen von uns werden während ihrer Arbeit mit geheimen Kameras gefilmt (wer's nicht glaubt: Theobald Salvage Yard fragen).
– Unter uns befindet sich mindestens ein CID-Beamter, der hier ‚arbeitet', sich unter uns mischt und uns beobachtet (wer's nicht glaubt:Seargent McGhee PDO fragen: Wo er herkommt? Was er früher gemacht hat? Was er hier macht? Und wer ihn mit welchem Auftrag hierher geschickt hat? – Fragen kann man ja wohl mal).
– Wenn sich jemand ein neues Auto kauft oder sonstige größere Anschaffungen macht, werden seine persönlichen und finanziellen Verhältnisse überprüft und nachgeforscht, woher er das Geld hat (wer's nicht glaubt: Link oder Kirschbaum fragen). (...)

Mit schönen roten Grüßen G. S."

Beim Verteilen wurde ich dann von der ‚Security Police' gestellt und festgehalten. Dann wurde die deutsche Kripo (K 11 = politische Polizei) bestellt, denen der Fall übergeben wurde. Ich durfte meinen Arbeitsplatz nur noch unter Bewachung betreten, um meine persönliche Habe zu bergen, und wurde fristlos entlassen.

Tage später erfuhr ich von ehemaligen Kollegen, daß meine Entlassung nicht ganz ohne Folgen geblieben war: Die ‚Kommunistische Gruppe im Army Depot' reagierte mit einem neuen Flugblatt auf die Entlassung. Darin stand u.a.:

„Schmeißt ihr heute raus den Schneider, wird es morgen um so heiter. Wie wir erfahren haben, ist der Kollege Schneider fristlos gekündigt worden. Wenn euch jemand über die dreckigsten Bullenmethoden informieren und euch warnen will, dann greift er seinen Arbeitgeber auf äußerst aggressive Weise an (hoffentlich hat der sich nicht vor lauter Angst in die Hosen gemacht), dann macht er ihn verächtlich (das hat der Schneider gar nicht machen brauchen, dieser Arbeitergeber i s t verächtlich), dann wird er rausgeschmissen, dann wird er finanziell kaltgestellt (Weichnachtsgeld zurückzahlen).

Die Schweine von heute sind die Schinken von morgen! Daß der Schneider rausgeflogen ist, finden wir Scheiße, aber wir halten es trotzdem und gerade deswegen für richtig, die Kacke weiter am dampfen zu halten.

Was wir alles tun können:
Krankfeiern - klauen - länger Pause machen - urlaub machen, wenn die Arbeit am dicksten kommt - nicht nur, wenn's kalt ist, sich öfters am Ofen wärmen - wenn mal wieder Farbe reinkommt,gleich mit die Wände verzieren,bevor die Farbe schlecht wird - Spitzel verdreschen - nichts mehr allein machen, wegen jeder Kleinigkeit zum Boß laufen - kein Fest mehr feiern, auf denen man sich persönlich ken-

nenlernen soll (hoppla, wer will da wen kennenlernen?)
- keine Überstunden mehr schaffen.

Die da oben werden Euch sagen, die Aktionen von heute nacht waren illegal und kriminell. Wie die es selbst mit der Legalität machen, das wißt ihr ja inzwischen, nur waren wir immer so dumm und haben uns darauf festnageln lassen.
Und was springt dabei für uns heraus – gar nichts!
Im Gegenteil: Wir werden noch verarscht dazu.
Darum heute nacht mal andersrum.
Haut das Spitzelpack platt wie Zwieback!"

An die ‚Katz' schrieben sie:

„Mit diesen Flugblättern und genügend Farbe sind wir dann nachts bei den Amis im Depot über den Zaun. Die Flugblätter haben wir in die Hallen befördert, wo die Leute schaffen. Und auf die Wände haben wir die Sprüche aus den Flugblättern gemalt. Dann sind wir wieder heim. Die Wachbullen haben keinen Ärger gemacht – denen hätten wir scheint's die Nase rot machen können, die wären nicht aufgewacht.

Die Flugblätter wurden am nächsten Morgen eiligst von CID-Bullen eingesammelt. Die Leute hatten sie allerdings schon gelesen. Hinter jedem Arbeiter mit Flugblatt rannte so ein Idiot hinterher und meinte, das wäre „nix gutt" und nahm es ihm aus der Hand. Aber alle haben sie, glauben wir, nicht gefunden. Inzwischen hatte die deutsche und amerikanische Kripo die Parolen fotografiert – wunderbar – ruft mal an, ob man Abzüge davon kriegen kann! Die Parolen standen übrigens eine Woche später immer noch da. Noch Wochen danach waren dann da oben mehr CID-Bullen als Arbeiter. Und Muffensausen haben sie auch gekriegt: „Wenn Leute mit Farbe und Flugblättern hier hineinkönnen, dann können sie auch mit was anderem kommen". Das ist nur insofern falsch, wir schmeißen keine Bomben unter Arbeiter und Angestellte, ansonsten richtig.

Und die Weihnachtsfeier am selben Tag meinten sie dann auch nur unter Polizeischutz feiern zu können – Weihnachtsfrieden mit der 7.65er im Sack!
Ob die Kollegen die Aktion umsetzen und selbst begreifen lernen, daß man sich zusammentun und wehren muß, wissen wir nicht. Aber eins wissen wir, es ist wieder ein Mosaiksteinchen mehr im Bild, daß man sich wehren kann und daß man nicht allein ist und daß man denen da oben nicht ganz so hilflos ausgeliefert ist wie man meint."

Kaiserslautern ist die größte Ami-Garnison in Europa. Mithin treiben sich auch hier ziemlich konzentriert alle möglichen Sicherheitsdieste (General Services Agency (GSA), CID, CIA usw.) herum. Und die Amis sind für Kaiserslautern und Umgebung der größte Arbeitgeber. Wer gezwungen ist, dort zu arbeiten, muß vorher ein politisches Glaubensbekenntnis unterschreiben, daß er kommunistisches Gedankengut weder hegt noch pflegt.

Methoden wie Bespitzelung am Arbeitsplatz, Observation, Denunziation, Gesinnungsschnüffelei, die Verfilzung amerikanischer Geheimdienste und deutscher ‚Sicherheits'behörden zeigen deutlich den wahren Charakter des amerikanischen Imperialismus und der BRD als ihr Stützpunkt und Hinterland."

Anschrift: **KATZ, Villenstraße 11; 6750 Kaiserslautern**

HÄRTETRAINING IN DER FRANZÖSISCH' ARMEE

SPEYER
8. Februar

„Stirate rouge", die Soldatenzeitung des 2. französischen Regiments in Speyer, bringt in seiner neuesten Nummer vom Februar Berichte über die häufigen Verwundungen und Mißhandlungen in der Kommandoschule Kehl. Diese Kommandoschulen, von denen es noch zwei weitere in Neu Brisach und Trier gibt, müssen von den französischen Rekruten durchlaufen werden. Es wird dort ein unmensch liches Härtetraining durchgeführt, sowie, nach Angaben der Soldatenkomitees, Bürgerkriegsübungen gegen den „inneren Feind" Die Soldaten fordern die Auflösung der Spezialschulen. Der Dril übersteigt dort bei weitem die Entmündigung im normalen Kasernenbetrieb. Z.B. wird während des „Ausbildungsprogramms" auf die Geschlechtsteile eingeschlagen – um zu lernen, was der Feind einem alles antun könnte.

Die Schule in Kehl wird nun tatsächlich im Juni 77 geschlossen; zur großen Trauer des französischen Hauptquartiers Baden. Die Offiziere sagen sehr deutlich, daß die Kommandoschulen, di sehr teuer sind, die beste Waffe gegen die „Linksextremen und Gauchisten in der Armee" seien. Die offizielle Begründung für die Schließung ist Geldmangel, nicht etwa der Protest der Soldaten.

„Stirate rouge" klagt in einem anderen Artikel über die miserable Materialversorgung in Speyer. Am 8. Januar kam es zu einem schweren Unfall mit einem französischen Mannschaftswagen, bei dem drei Insassen eines zivilen PKWs getötet und sechs Soldaten schwer verletzt wurden. Das Hauptquartier bestreitet Materialfehler beim LKW. Dagegen wird von den Soldatenkomitees daraufhingewiesen, daß sehr häufig LKWs auf die Fahrt geschickt werden, die glatte Reifen, defekte Bremsen und Lenkung haben. Die Proteste der Fahrer werden jeweils übergangen – in dem besonderen Gehorsamsverhältnis kann die Armee auch Menschen mit kaputten Autos in den Tod befehlen.

© M. Watts

BERUFSVERBOTE

FRANKFURT
9. Februar

„Man kann einen Menschen auch mit anderen Mitteln fertigmachen, als mit Konzentrationslagern, z.B. damit, daß man ihn hinter dem Stacheldraht des Verdachts verschwinden läßt." (CARLO SCHMIDT)

Da sich die Berufsverbote im Lande häufen, haben wir uns entschlossen, eine Zusammenfassung des Materials zu bringen, das wir in der letzten Woche erhalten haben. Wir halten es für wichtig, möglichst alles zu veröffentlichen, kommen aber dabei in arge Platznöte. Habt deswegen bitte Verständnis, wenn wir auch die zahlreichen wichtigen und notwendigen Aktivitäten hier nicht so ausführlich behandeln. Wer mehr zu einzelnen Fällen wissen will, dem können wir anhand unseres Ordners „Berufsverbote" auf Anfrage dann weiterhelfen.

DER „FALL" CHRISTINA HALBERSTADT

Christina Halberstadt ist seit August 1972 Lehrerin an der Gesamtschule Dortmund-Scharnhorst und unterrichtet die Fächer Mathematik und Gesellschafts-Politik. Nachdem sie ihre Revisionsstunden mit gutem Erfolg abgeschlossen hatte, stellte sie den Antrag, in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit übernommen zu werden. Am 26. Mai 1975 erhielt sie ein Schreiben vom Regierungspräsidenten Arnsberg, in dem ihr mitgeteilt wurde, daß sie aus dem Schuldienst entlassen wird. Der Personalrat widersprach der Entlassung.

Regierungspräsident und Kultusminister können die Entlassung auch nach der vierten Anhörung mit nichts begründen als mit der DKP-Mitgliedschaft von Christina Halberstadt. Doch sie suchen eifrig weiter. Inzwischen hat sich eine Bürgerinitiative gebildet, die die sofortige Verbeamtung der Lehrerin und die Aufhebung der Berufsverbote fordert.

GISELA BECK-ANISIMOFF, LEHRERIN

Gisela Beck-Anisimoff ist 35 Jahre alt, geschieden und muß ihre zwei Kinder allein versorgen. 1960 floh sie aus politischen Gründen aus der DDR, da sie, den Sozialismus grundsätzlich bejahend, die Bedingungen und Entwicklung in der DDR ablehnte. Sie schloß ihr erstes Lehrer-Staatsexamen mit „Sehr gut" ab. Nach dem zweiten Staatsexamen hätte sie am 1.9.76 in den Schuldienst eingestellt werden müssen. Stattdessen wurde sie zur Anhörung in die Schulbehörde bestellt. Zur Last gelegt wird ihr, daß sie 1972 auf der Liste des Studentenverbandes der KPD kandierte und an Demonstrationen teilnahm. Das Verfahren dauert noch an.

JOSEF-MARIA METZKE, LEHRAMTSANWÄRTER

Seit über zwei Jahren schlägt sich Metzke mit den Berliner Behörden herum, die ihm eine Anstellung verweigern. Nach anfänglichen Ausflüchten ließ die Schulbehörde wissen, Metzke habe sich während seines Engagements für Probleme des Strafvollzugs schließlich auch mit politischen Gefangenen befaßt. Außerdem habe er u.a. an „sit ins" und „go ins" teilgenommen. Metzke prozessiert jetzt. Und das kann, bis in allen Instanzen entschieden ist, noch gut fünf Jahre lang dauern.

WILLI GIERKE, DIPLOM-SOZIALWIRT.

Willi Gierke kommt am 19. Januar 77 zur Anhörung ins Innenministerium. Dort erfährt er, daß die Anhörungskommission darauf verzichtet, solange nicht feststeht, ob das Projekt, an dem Gierke arbeiten sollte, weitergefördert wird. Gierke besteht auf einer Anhörung, das wird abgelehnt. Jetzt kann er seinen Dienst als wissenschaftlicher Angestellter bei der TU Hannover nicht antreten, „weil seine politische Überprüfung nicht abgeschlossen ist". Unter anderem kämpft die Göttinger Initiative gegen Berufsverbote gegen die politische Überprüfung von Gierke. Außerdem gibt es Unterstützung vom dänischen Berufsverbotskomitee und eine Unterschriftensammlung.

BERUFSVERBOTE IN BOCHUM

Im Bochumer Ökumenischen Studienwerk e.V. (ÖSW) sind zwei nebenamtliche Lehrkärfte dem Radikalenerlaß zum Opfer gefallen. Sie waren bereits seit einem bzw. mehreren Jahren im ÖSW tätig, und zwar im Studienkolleg, wo ausländische Studenten ein Jahr lang aufs Studium an einer deutschen Hochschule vorbereitet werden. Die Dozenten des ÖSW-Studienkollegs setzen sich für eine Weiterbeschäftigung der beiden als Deutschlehrer ein. Aber die staatlichen Behörde des Schulkollegiums in Münster/Westfalen gab die Namen der beiden Lehrer ans Innenministerium in Düsseldorf weiter. Als von dort vermeldet wurde, es lägen „Erkenntnisse" vor, blockierte man die Weiterbeschäftigung
– Im Fall von Jutta Kolkenbrock-Netz wegen „DKP-Zugehörigkeit"
– bei Jörg Bräunert wegen politischer Tätigkeiten (Wohngemeinschaften, Demos, KSV-Kandidatur während des Studiums).

ZUM FALL H.-J. HÜBNER

Sozialarbeiter Hübner wird nach dreijährigem Studium nicht zum Berufspraktikum zugelassen. Zweimal lehnten ihn Behörden und Kirche ab, hintenrum erfuhr er, daß er politisch überprüft worden war. Eine Initative sammelte zu diesem Fall des verschleierten Berufsverbotes Unterschriften in Hannover und veranstaltete einen „Bußergang" zum Oberlandesgericht.

UND ZUM SCHLUSS : OFFENBACH

Referendare verfaßten eine Presseerklärung, in der es u.a. heißt: „Es ist jetzt endgültig heraus: ca. 1.500 Lehrerkollegen will die Landesregierung ab 1.2. entlassen bzw. nicht einstellen. Am Studienseminar 14, Offenbach, z.B. haben von 39 Referendaren, die gerade ihr zweites Staatsexamen abgelegt haben, 6 (in Worten: sechs) eine Einstellung erhalten. Alle anderen werden arbeitslos. ..."

Sie forderten mit einem Aktionstag im Januar die Einstellung aller Bewerber, Umwandlung der Zwei-Drittel-Stellen in volle Stellen, Arbeitslosengeld für arbeitslose Lehrer, Weg mit der AVO, Schluß mit der Mehrarbeit. Keine Arbeitszeitverlängerung, Weg mit dem Erlaß der Abrechnungsstunden.

DOKUMENTATION ÜBER BERUFSVERBOTE

K.-H. Kammertöns (Dortmund) arbeitet seit einem Jahr an einer Dokumentation über „Berufsverbote und politische Disziplinierung in der BRD" (ca. 500 Seiten). Kammertöns wird die Dokumentation der Hamburger Initiative „Weg mit den Berufsverboten" anbieten, der Erlös soll der Initiative zugute kommen.

**Informationen beim: Frankfurter Informationsdienst e.V.
Hamburger Allee 45, 6000 Frankfurt 90
Tel.: 0611/70 43 52**

LERNEN OHNE ANGST

In der aachener Alternativzeitung "klenkes" (Oppenhofallee 107) stand folgende Meldung:

AACHEN 9. Februar „Eine Schule, in der Kinder nur zu lernen brauchen, was ihnen Spaß macht, in der aber auch Lesen-, Schreiben- und Rechnenlernen Spaß macht, in der niemand sitzen bleibt, in der kein Schulstreß, keine Schulangst existiert, gibt es das? – Ja. Während in England, USA und in Skandinavien viele solcher Freien Schulen existieren, gibt es in Deutschland nur zwei: die staatlich anerkannte Glocksee-Schule und die Freie Schule Frankfurt. Es soll hier bald mehr solcher Schulen geben, in denen der Lernzwang abgeschafft ist – unter anderem in Aachen.

Im Sommer vergangenen Jahres haben wir, eine Gruppe von Eltern, Lehrern, Studenten und Pädagogen uns zusammengesetzt, um die Grundlagen der Freien Schulen zu diskutieren mit der Absicht, eine Freie Schule in Aachen zu gründen. Wie so eine Schule aussieht und funktioniert, haben wir schon auf verschiedenen Veranstaltungen erklärt. Darüber und wie wir dieses Vorhaben verwirklichen wollen, werden wir demnächst ausführlich berichten.

Um als Gruppe unser Projekt tragen zu können, haben wir einen Verein, den Förderkreis Freies Lernen e.V. gegründet. In diesen Förderkreis wollen wir unsere pädagogischen Grundsätze, z.B. Lernen ohne Angst, auch in anderen Ausbildungsbereichen fördern bzw. praktizieren (z.B. an der Vorschule, Erwachsenenbildung, Elternmitarbeit an der Schule).

Informationen bei: Barbara Schommers-Kretschmer, Adalbertsteinweg 232, 5100 Aachen.

GEW BERLIN : EINEN SCHRITT ZURÜCK – DOCH WIRD DIE SPALTUNG FRISTER FREUDE MACHEN ?

WESTBERLIN Ein Lehrerkollege berichtet:
8. Februar

„Der Landesverband der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, der die mit der Angleichung der Landessatzung an die Bundessatzung verbundene Auflösung des Landesverbands nicht akzeptieren will und deshalb auf der Regelung der Mitgliedschaft in der Landessatzung beharrt – und der daraufhin vom Bundesvorstand „ausgeschlossen" wurde (nachzulesen im ID 142), ist einen Schritt zurückgewichen. Nachdem klagende Einzelmitglieder zunächst vor Gericht Recht bekommen hatten – der Bundesvorsitzende Frister darf keinen „neuen Landesverband" der Bundes-GEW gründen – stellte die nächste Instanz fest, nur der Landesvorstand als Organ dürfe gegen den Bundesvorstand klagen. In zwei außerordentlichen Sitzungen am 22. und 26. Januar fiel die Entscheidung: mit 16 gegen 15 Stimmen lehnte der Landesverband ab, diese Klage zu übernehmen. Die Mitglieder, die der SPD und der SEW nahestehen, hatten sich gegen die unabhängigen Linken durchgesetzt (maoistische Richtungen spielen keine Rolle). Frister hat den DKP/SEW-Kollegen signalisiert, daß Wohlverhalten honoriert wird. (Wie schlau ist es, sich darauf zu verlassen?)

Die Folgen dieses „Eigentors": die „Kündigung" des Berliner Landesverbandes durch die Bundes-GEW ist zwar rechtlich nicht zulässig, aber: wo kein Kläger, da kein Richter. Frister hat am 28. Januar bereits eine konstituierende Sitzung für einen neuen Landesverband durchgeführt. Um in dem neuen Verband eine vorprogrammierte Mehrheit zu erhalten, waren nur die ca. 1.300 Mitglieder eingeladen worden, die sich zum Frister-Kurs bekennen. (Die Berliner GEW hatte insgesamt etwa 10.000 ordentliche und 4.000 außerordentliche Mitglieder, letztere meist Lehrerstudenten; die Berliner Lehrer(innen) gehören zu den am höchsten organisierten.

Die Stimmung in der Mitgliedschaft,und zwar quer durch alle Schularten, ist entschlossener als im Landesvorstand. Auf der Vertreter-Versammlung am 23. Februar wird die Dreiviertelmehrheit für die Auflösung des Landesverbandes bestimmt nicht erreicht werden; im Gegenteil, die Mehrheit der Mitglieder dürfte für eine Übernahme der Klage durch den Landesvorstand eintreten. Der „Neue" Landesverband wird ein Apparatschik-Verein werden, nicht anders als der rechte Apparatschik-Verein Bildung und Erziehung (VBE). Er wird sich stark anstrengen müssen, Mitglieder zu „sieben", Doppelmitgliedschaften im „alten" und „neuen" Landesverband zu verhindern, um die rechte, bundesvorstandsfromme Mehrheit zu erhalten. Wir werden ihn nicht einfach werkeln lassen ...

Auch in anderen Bundesländern ist es noch nicht zu spät, gegen die Übernahme der Bundessatzung zu klagen! Nicht nur für Berlin, sondern für die ganze GEW ist es wichtig, daß die unangemessene Zentralisierung und Entdemokratisierung der GEW verhindert wird. Damit wäre auch eine günstigere Ausgangsbasis für den Kampf gegen die Unvereinbarkeitsbeschlüsse geschaffen, die die Mitglieder der GEW überwiegend ablehnen.

Kontaktadresse der Klägergruppe: **Boris Fahlbusch, Sven-Hedin-Str. 44, 1000 Berlin, Tel. 030/802 90 70**

FRAUEN-VV AN DER FRANKFURTER UNI

FRANKFURT Ein Tribunal gegen frauenfeindliche
9. Februar Professoren wurde auf der Frauenvollversammlung der Uni Frankfurt gefordert. Vorarbeiten dazu sollen „Professoren-Karteien" sein, die an den einzelnen Fachbereichen angelegt werden und in denen besonders dicke Klöpse von Profs gegen Frauen gesammelt werden. Zwei Frauengruppen, die sich während des Streiks gebildet hatten, wollen auch in den Semesterferien weiterarbeiten. Ihre erste Aktion war im AfE-Turm einen Raum zu besetzen und ihn schöner zu gestalten. Dieser Raum (nr. 2010) soll immer ein Treffpunkt für Frauen in der Uni sein und sämtliche Seminare darin sollen deshalb boykottiert werden.

HISTORISCHES FEST

FRANKFURT Jetzt gibt's auch Putz bei den Frankfur-
10.Februar ter Historikern. Nachdem das Deutsche Seminar gestreikt hatte wegen Stellenklau und Studienordnung, gings am Donnerstag (also 10.2.) im Historischen Seminar rund. Die Historie der Geschichte: Gegen die neue Studienordnung, die Verschärfung des Leistungsdrucks und die Wiedereinführung der wilhelminischen Universität gibts dort schon lange Widerstand.

Am vergangenen Mittwoch sollte der Fachbereichsrat die neue Studienordnung beschließen, das ging aber nicht, weil 80 Leute die Sitzung sprengten. In der anschließenden Vollversammlung wurde klar, daß diese Unterdrückungsordnung nun wohl ohne Fachbereichsrat durchgesetzt werden soll. Die Studenten kamen – wie auch immer – zu dem Schluß, daß aber ein Streik zur Zeit nicht möglich ist, weil die Basis fehlt. Es wurde beschlossen, Arbeitsgemeinschaften einzurichten, um weitere Aktionen zu beraten. Die erste sollte ein Info-Fest am Donnerstag sein.

Die Fachbereichsleitung, gewitzt wie sie ist, hat das Fest verboten und einen Aushang verfaßt, der garnicht Professoren-like ist und von Unflätigkeiten gegen die Studenten strotzt (Vandalen, Ferkel usw.).

Um die Studenten am Feiern und auch daran zu hindern, sich zu informieren, haben die Profs sich dann selber im Fachbereich eingesperrt. Das Fest fand aber statt – im Foyer des 5.Stocks. Da war es dann zu eng und die Festfreudigen zogen ins Erdgeschoß. Allerdings wurde nicht vergessen, vorher die Profs, die von innen zugeschlossen hatten, auch von außen mittels Vorhängeschloß sicher zu verwahren. Während sich also unten die Studenten festlich spontaneistisch vergnügten, saßen die Profs oben einsam bei ihren staubigen Folianten, um die sie „wegen der vandalistischen Studenten", so einer derselben, „besonders fürchten".

Was blieb den Armen übrig? Sie riefen die Bullen,um sich befreien zu lassen, nachdem der Hausmeister mit seiner großen Kneifzange die Barrikaden und das simple Vorhängeschloß nicht hatte beseitigen können.

Daß dazu mindestens zwanzig Einsatzwagen nötig waren, ist zwar verblüffend, aber, naja. Wie's weitergeht am Historischen Seminar – abwarten, auch nach den Semesterferien steht die neue Studienordnung ins Haus.

NOCH EIN HISTORISCHES FEST: BEI DEN §§–STUDENTEN

FRANKFURT Kaum zu glauben – aber wahr:
10.Februar Auch im Juridicum in Frankfurt haben haben wir die Alternative Streik – Fest besprochen. Die Juristen haben als Resultat am 10.2. auch ein bißchen gegen Studienordnung, Studienverlauf, aber auch

gegen die ‚Unverrückbarkeit' der sterilen Cafeteria (mit ihren festgeschraubten Stühlen) im Juridicum gefeiert.

Auch wenn sich die obligatorischen Skat-Juristen-Brüder nicht weiter stören ließen und einige Adrette unverdrossen zu den Fahrstühlen eilten – war es doch ein Vergnügen, mit Farbe, Musik, einem Gläschen Wein auf Rollschuhen ein wenig widerborstig zu sein. (Beim Radrennen in der blanken Halle konnten übrigens die Sieger eine Seite ‚Schönfelder'(das ist ein hochgeachteter Gesetzeskommentar) gewinnen.

Das Fest stand übrigens im Zusammenhang mit einer Veranstaltung in der letzten Woche zu den ganzen Ehrengerichtsverfahren und zur Nichtzulassung von Frankfurter Assessoren als Rechtsanwälte. Die vom Berufsverbot Betroffenen hatten auf der Veranstaltung selber ‚ihre' Geschichte' berichtet.

AUSWEISKONTROLLEN FÜR MENSAESSEN VERHINDERT

TÜBINGEN 9. Februar

Als Neujahrsüberraschung hatte sich unser Mensaboß Kralewski (Leiter des Stuwe AdÖR) was Fieses ausgedacht: in den Mensen Tübingens wurde beim Kartenverkauf der Studentenausweis verlangt! In der ersten Woche bekam man ohne Ausweis einen moralischen Apell und auch noch ein Kärtchen, in der zweiten Woche wars dann damit Schluß: Ohne Ausweis kein Mensafraß.

Wir fanden, daß mit Ausweis das Essen auch nicht besser wird und forderten freien Zutritt zu allen Uni-Einrichtungen. Wie kriegt man so einen Verwaltungsscheiß weg? Bei uns gings so:

1. Akt

Einige Spontis werfen sich in Polizeiuniformen und machen am Mensaeingang Ausweiskontrollen, um vor allem die fünf Hausverbotsfälle vom Fressen abzuhalten. Ein Betroffener des gesamtuniversitären Hausverbotes entgeht der Kontrolle und wird aber von uns während seiner Mahlzeit im Speisesaal „verhaftet" und in Handschellen abgeführt. Reaktion des Mensabosses „Kralli": „Das ist Amtsanmaßung" Erschreckend war allerdings die Reaktion sehr vieler Studenten, die sofort emsig in ihren Taschen den Studentenausweis suchten.

2. Akt

Spontis organisieren einen alternativen Kartenverkauf für Leute ohne Ausweis, Schüler, Lehrlinge ... Reaktion des SPD-Mitglieds „Kralli": „Ihr bourgeoisen Schmarotzer."

3. Akt

Einige Genossen stellen sich vor der Kartenausgabe an, um ihre Marken ohne Ausweis zu verlangen, der Kartenverkauf wird dichtgemacht. Für allgemeine Heiterkeit sorgt auch diesmal unser ehrenwerter Geschäftsführer: nach kurzem Eklat und mißlungenen Begründungsversuchen für die Auseiskontrolle, fliegt der AStA-Vorsitzende aus der Mensa.

4. Akt

Die Mehrheit der Vertreterversammlung des StuWe AdöR beschließt auf unseren Antrag hin die vorläufige Aufhebung der Ausweiskontrolle.

Keine Ausweiskontrollen im Unibereich, Freien Zugang zu allen Instituten und Einrichtungen der Universität!

7 ERMITTLUNGSVERFAHREN GEGEN STUDENTEN

GÖTTINGEN 7. Februar

Nach einem beteiligungsmäßig erfolgreichen Streik (u.a. 7000 Demonstranten aus Uni und PH in der Göttinger Innenstadt) im Dezember an der Göttinger Uni, der sich vor allem gegen das neue Niedersächsische Hochschulgesetz (NHG) und die BAFÖG-Kürzungen usw. richtete, lief im Januar in Göttingen wieder alles wie vorher, weil sich die Studentenführer in den Wahlkampf warfen und den Massen die Leithammel fehlten.

Fast alles lief wie vorher: Ausnahme waren die Studenten am Wirtschaftwissenschaftlichen Fachbereich. Hier sollte eine neue Prüfungsordnung verabschiedet werden, die die Leistungsanforderungen unzumutbar erhöhen: Einführung einer Zwischenprüfung, Heraufsetzung der Leistungsnachweise im Grundstudium von 6 bzw. 9 auf 15 Scheine, zeitliche Begrenzung des Grundstudiums auf max. 5 Semester dann Exmatrikulation, max. 2 schriftliche und 1 mündliche Prüfung (vorher: keine Begrenzung der Versuche). Abschaffung von Gruppen- und Einzelreferaten, spezielles Ordnungsrecht in Prüfungen.

Dies enstpricht der rigidesten Auslegung des Hochschulrahmengesetzes und da die Professoren des Fachbereichs Wirtschaftswissenschaften, die zu denen gehören, die per Verfassungsklage 1973 die Drittelparität in den Selbstverwaltungsgremien als verfassungswidrig erklären ließen, sich seit Jahren nicht dazu bereit erklärten, ihre Entwürfe mit den Studenten zu diskutieren (allerdings auch zu feige waren, während des Streiks die neue PO zu verabschieden), manifestierte sich der Widerstand gegen eine kaltblütige Verabschiedung der PO in lautstarkem Protest während der entscheidenden Gremiensitzung am 12.1. Daraufhin wurde die Öffentlichkeit „ausgeschlossen" und der Fachbereichsrat WiWi vertagte sich hinter geschlossene Türen ins Kuratorium der Universität. Die „ausgeschlossenen" Kommilitonen gingen daraufhin zu einer gerade angesetzten Uni-VV und mit ca. 700 Leuten beschloss man in die Stadt zu gehen um die von der Arroganz der Macht gerittenen Professoren daran zu hindern, diese PO den Studenten aufzuoktroyieren. Im Kuratorium wurde die Öffentlichkeit wieder hergestellt von den 700 Studenten und die Professoren sahen sich genötigt, ohne Ergebnis zu gehen. Nächste Instanz ist der Kultusminster in Hannover, der nun eine PO erlassen wird. Jedoch gilt für die WiWis: aufgeschoben ist tatsächlich nicht aufgehoben. 3 Tage später war in lokalen Monopolkäseblättchen zu lesen, daß die Staatsanwaltschaft von sich aus die Ermittlungen wegen der Sprengung des FBR aufgenommen habe. In der kommenden Woche flatterten den FBR-Mitgliedern Vorladungen zum 7, Kommisariat (= politische Polizei) auf den Tisch. Bis auf ein stud, Mitglied des FBR gingen alle, Profs, Assis, und die RCDS-Studenten von Schkopp und Schüssler zu den Bullen und denunzierten. Die konkreten Ergebnisse zeigten sich am 1.2., als insgesamt 7 Leute Vorladungen zur Vernehmung als „Beschuldigte des Landesfriedensbruchs" (Höchststrafe 3 Jahre) bekamen. Betroffen: 1 Asta-Mitglied (KB), 2 ehemalige Asta-Mitglieder (Juso-HSG) und vier Mitglieder der Aktionsgruppe WiWi (Zusammenschluß linker WiWi-Studenten). Nach neuesten Informationen sind weitere Ermittlungsverfahren zu erwarten.

Im gleichen Zusammenhang steht der

wiederholte Bulleneinsatz gegen GEschichtsstudenten, am 31.1., die gegen die Auswahl der Studenten bei der Zulassung zur Zwischenprüfung protestierten. Auch hier wird Widerstand gegen Maßnahmen geleistet, die dem niedersächsischen Hochschulgesetz Vorschub leisten.

Für den 3.2. wurde zu einer Solidaritätsveranstaltung ins Audimax aufgerufen, auf der unter anderem beschlossen wurde, den Nachmittag das Karl-Heinz Roth-Institut (Sitz der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät) zu besetzen, um die an den Denunziationen beteiligten Professoren, Assistenten und Studenten zu Stellungsnahmen zu zwingen, und der Forderung nach Einstellung der Ermittlungsverfahren Nachdruck zu verleihen.

Für RCDS – von Schkopp hat die Denunziation, die er auch schon in anderen Fällen geübt hat, einen publizistischen Nebeneffekt: weit über die Grenzen der Universität werden er und sein Auto nun bekannt sein wie bunte Hunde: mit gelber Farbe wurden seine Hauptfunktionen an der Uni auf die Autoseiten notiert: Spitzel und Denunziant!

Kuriosität am Rande: Als am 2.2. der neugewählte Fachbereichsrat WiWi, in dem nun auch informationshalber 2 Mitglieder der Aktionsgruppe WiWi sitzen, zusammentreten sollte, sperrten die Professoren, die sonst immer argumentierten, „man solle doch über die studentischen Mitglieder in diesem (Mauschel-) Gremium demokratisch seine Interessen v(z)ertreten", kurzerhand die demokratisch gewählten studentischen Mitglieder (bis auf RCDS-Schüssler) aus.

Asta Göttingen 0551/39-4566-69

DER STREIK IN BERLIN IST BEENDET

BERLIN 1. Januar *Nach unseren Informationen ist der Streik an der FU, TU und der PH bis zum Ende der letzten Woche von den meisten Instituten und Fachbereichen abgebrochen worden. Der nachfolgende Bericht versucht eine Einschätzung der Streikerfahrungen zu geben:*

An der Uni hat sich allgemein eine ziemliche Fruststimmung breitgemacht. Schon die letzte Woche war von vergleichsweise mies besuchten Vollversammlungen und Streikarbeitsgruppen gezeichnet und diese Entwicklung hatt sich eigentlich schon bei Wiederaufnahme des Streiks nach den Ferien abgezeichnet.

An vielen geisteswissenschaftlichen Fachbereichen war es mehr eine abstrakte Einsicht und keine spontane Bewegung und klare Zielsetzung, die zur Weiterführung des Streiks bewogen.

Die „sehr schnellen und sehr ernsten Schritte" andererseits, die im Senat großkotzig angekündigt worden waren, blieben praktisch aus. Das Wundermittel der AUSLAGERUNG VON SEMINAREN IN DIE SCHULEN war ein glatter Reinfall Die „lernwillige schweigende Mehrheit" auf die Senator Löffler gesetzt hatte, entpuppte sich als eine radikale Minderheit von ca. 10 - 20% der üblichen Seminarteilnehmer.

Die Auslagerungen waren auch insofern ein Eigentor als Löffler sich damit die Proteste der Landeselternvertreter, von Lehrern und Schülern zuzog. Die GEW protestierte auch gegen die Überwachung durch Senatsbeamte und empfahl den Dozenten, Widerspruch gegen die Auslagerung ihrer Seminare einzulegen. Sie brachte übrigens ein Flugblatt heraus: „GEW solidarisiert sich mit den Forderungen der streikenden Studenten".

Zu militanten Auseinandersetzungen kam es weder an den Schulen noch an der Uni selbst...bis auf einen eher peinlichen Zwischenfall im Mittelstufenzentrum Lankwitz wo ein 14-jähriger Schüler und ein Student der dagegen protestierte festgenommen wurden.

Strategisch war das Fehlen solcher Auseinandersetzungen freilich nicht das Dümmste für den Senat: denn gerade daran (wüste Prügeleien bei den Medizinern, brutaler Bulleneinsatz vor dem Präsidialamt, Verhaftung von Christoph und Peter) war vielen Studenten die zunächst abstrakt begriffene politische Unterdrückung direkt spürbar geworden, hat sich emotionale, nicht nur kopfige Empörung entzündet. Diese Angriffe hatten bedeutend zur Solidarisierung und Mobilisierung beigetragen.

Allerdings kann man ohne Überschätzung davon ausgehen, daß das Verhalten des Senats und der Uni-Bürokratie weniger von kühler Taktik als von tatsächlicher Verunsicherung bestimmt war. Wie anders ließe sich beispielsweise sonst erklären, daß derselbe Herr Löffler, der im Dezember vor dem Senat das Ultimatum „einer durch nichts legitimierten sogenannten Vollversammlung" für indiskutabel erklärt hatte, plötzlich auf eben jener sogenannten Vollversammlung erschien und zu jedem einzelnen Punkt dieses ‚indiskutablen' Ultimatums Stellung bezog. Sollte er wirklich so naiv gewesen sein zu meinen, er könne damit Studenten „seine Gutwilligkeit beweisen"? Sein Problem. Tatsache ist, daß, kaum hatte er fertig geredet, die ganze VV "Löffler raus, Löffler raus!" brüllte.

Der Streik hatte wichtige Erfolge errungen: Bauer und Rothe bleiben eingestellt, Keiler und Hoppe haben ihre Prozesse vor dem Arbeitsgericht gewonnen.(Ganz „unabhängig versteht sich). Es wurde klar, daß wir Berufsverbote verhindern können. Wichtiger ist vielleicht noch der indirekte Erfolg. Das ERWACHEN AUS DEM WINTERSCHLAF. Das Ausmaß der politischen Unterdrückung und Disziplinierung wurde vielen erst aufgrund des Streiks selber klar. Ebenso das Ausmaß der Sauereien die das Hochschulrahmengesetz, Ordnungsrecht, Sparmaßnahmen im Bildunsgsektor und aufgrund der zunehmenden Akademikerarbeitslosigkeit auf uns zukommen werden; denn der Streik entzündete sich an den ersten Auswirkungen, die volle Entfaltung der Misere steht erst noch bevor.

Ein weiterer wichtiger Erfolg ist, daß es die nicht-organisierten Studenten waren, die den Streik angezettelt, getragen und bestimmt haben, daß es außerdem gerade die jüngeren Semester waren, jene also, die durch Konkurrenz und Duckmäusertum produzierende Mühle von verschärftem Schulstreß und Numerus Clausus gegangen sind. Die Kur scheint nicht angeschlagen zu haben.

Damit verbunden ist auch die neue Form der Organisation während des Streiks: Basisdemokratie. Die wichtigsten Entscheidungen werden von Vollversammlungen getroffen, die jeweils Streikräte gewählt haben, denen mehr oder minder präzise Aufträge erteilt wurden. In vielen Fachbereichen haben sich daraus über den Streik hinaus Delegiertenräte gebildet (jedes Seminar wählt einen Delegierten, der jederzeit abwählbar und an das imperative Mandat, nicht an ein Programm gebunden ist). Der theoretische Traum der Studentenbewegung 68 von der Rätedemokratie wurde während dieses Streiks realisiert. Es ist endlich wieder gelungen eine zentrale Koordination durch den zentralen Streikrat und die zentrale Öffentlichkeitsgruppe herzustellen. Sogar ein regionaler Streikrat aller streikenden Hochschulen ist gebildet worden.

Der Streik hat Spaß gemacht. Die verklemmt-intellektuellen Verkehrsformen die vor der zunehmenden Anonymität an der Uni kapitulierten, wurden ansatzweise aufgebrochen (gemeinsames Streikfrühstück, Einrichten von Kommunikationsräumen, Arbeitsgruppen über Verkehrsformen, Theater- und Musikgruppen usw.)Die Erkenntnis, daß Konkurrenz





Polizeieinsatz an der Pädagogischen Hochschule Westberlin am 19.6.76: erstmals wurden bei diesem Einsatz massiv Videoanlagen und Fotoapparate eingesetzt, um die angehenden Lehrer gleich erkennungsdienstlich festzuhalten – während sie Streikposten stehen usw.

(„ID-Bild")

abgebaut werden kann, wenn man sich kennt und mehr zusammen macht als nur in den Seminaren zu dösen, ist praktisch formuliert worden.

Apropos in Seminaren dösen: Die Kritik an den Inhalten der bestreikten Wissenschaft ist an vielen Instituten ein gutes Stück vorangekommen und es wurden an den sog. fortschrittlichen Fachbereichen dem „Seminarmarxismus" (Seminare, die einen marxistischen Anspruch haben, aber meisten auf die gleiche öde und praxisfremde Art ablaufen, wie die bürgerlichen) der Alleinvertretungsanspruch in Sachen Kritik streitig gemacht.

Konsequenzen:
1. Die obigen Erfolge sollte sich jeder, dem aufgrund der Beendigung des Streiks jetzt der große Katzenjammer kommt, erst mal vor Augen halten.
2. Der Streik im Dezember brach spontan los: „Wir haben die Schnauze voll" war der Tenor der Bewegung, der sich im Angriff auf die politische Unterdrückung zusammenfasste. Aber ziemlich schnell, v.a. nach Weihnachten, zeigte sich die Notwendigkeit einer „inhaltlichen Füllung"des Streiks, Die Breite der Bewegung beruhte nicht zuletzt auch darauf, daß seine politische Zielsetzung noch ziemlich allgemein und diffus war. Das können wir uns aber nicht ewig leisten.

Jetzt ist es notwendig, sich zunächst den Charakter eines studentischen Streiks klarzumachen und längerfristige Perspektiven, die nicht nur auf das Kampfmittel Streik beschränkt sind zu entwickeln. Also die gemachten Erfahrungen auswerten und für das nächste Semester eine breitere Strategie entwickeln. Das beinhaltet u.a. auch, daß wir unsere Aktivitäten über die Uni hinaus bewußter angehen und betonen.
3. Die Organisation des Streiks war teilweise sehr ineffektiv. Abchecken von technischen Dingen und inhaltliche Diskussion liefen z.B. im zentralen Streikrat derart durcheinander, daß zum Schluß weder das eine noch das andere geleistet wurde. Mangelnde Verbindlichkeit, Überlastung von einzelnen, die dann oft abgehoben arbeiteten und fehlende taktische Erfahrungen haben die Arbeit stark behindert. Deshalb ist es notwendig den USTA (Unabhängiger Studentenausschuß) (samt Büro, einzelnen Referaten, technischen Mitteln etc.) in der verbleibenden Zeit vor den Ferien so aufzubauen, daß er in der LAge ist, den Kampf im nächsten Semester organisatorisch vorzubereiten.

(aus: Radikal, Sozialistische Zeitung für Westberlin, Gustav-Müller-Str. 46, 1 Berlin 62)

FILME AUS DER STUDENTENBEWEGUNG

FRANKFURT 1. Februar „Ruhestörung", „Aktiver Streik" und „Django und die Tradition" sind drei Filme aus der Studentenbewegung, die der Frankfurter Verlag Roter Stern jetzt an die Öffentlichkeit gebracht hat. Zu den Filmen haben Frank Wolff und Eberhard Windaus ein Buch mit Texten und Protokollen herausgegeben: „Studentenbewegung 1967-1969".

Der Verleih der Filme und Diskussionen mit den Herausgebern des Buches können über den Verlag organisiert werden.

Ruhestörung

Der Film „Ruhestörung" dokumentiert die erste Phase der Studentenbewegung in Westberlin. Der Schah trifft zum 2. Juni in Berlin ein, um die „Zauberflöte " zu hören. Benno

Ohnesorg wird erschossen; „ebenfalls gegen 20.30 Uhr hat ein Kriminalbeamter etwa an der gleichen Stelle von seiner Schußwaffe Gebrauch gemacht." (Polizeibericht). Der Protest organisiert sich, an der FU wird die „Kritische Universität" gegründet. Der Funke springt über nach Westdeutschland, zur Beerdigung Benno Ohnesorgs in Hanover findet der Kongreß „Hochschule und Demokratie" statt. Habermas erfindet die Parole gegen die Studentenbewegung: „Linksfaschismus". In Berlin wird die Kampagne „Enteignet Springer!" konzipiert, die Hochschulverwaltung verweigert Räume. Das „Springer – Hearing" findet doch statt. Wolfgang Lefévre antwortet auf Fragen nach den nächsten Zielen des SDS. Der Protest wird zum Widerstand: Der internationale Vietnam-Kongress im Februar 1968.

Aktiver Streik

Frankfurter Wintersemester 1968/69

Anfang des WS 68/69 beschließen die Studentinnen und Studenten der Abteilung für Erziehungswissenschaften (AfE) an der Universität Frankfurt den Boykott sämtlicher Lehrveranstaltungen und organisieren gleichzeitig Gegenseminare. Der Streik richtet sich gegen die Auswirkungen der gerade eingeleiteten technokratischen Hochschulreform und findet die Solidarität aller Fachschaften, voran die Soziologen, Schüler der frankfurter Kritischen Theorie. Aber aus diesem Solidaritätsstreik entwickelt sich eine handfeste Auseinandersetzung um den Abbau autoritärer Lehrsituationen und neue emanzipatorische Forschungsstrategien. Das Soziologische Seminar wird besetzt, in „Spartakus-Seminar" umbenannt. Dort tagen nun Arbeitsgruppen. Der SDS diskutiert, kurz vor der nächtlichen Besetzung des Seminars durch die Polizei, mit den Professoren Habermas, Mitscherlich, v. Friedeburg.

Django und die Tradition

Die letzte SDS-Delegiertenkonferenz

Ende 1968 tritt in Hannover die letzte Delegiertenkonferenz des SDS zusammen. Sie war im September in Frankfurt schon einmal nach den berühmten Tomatenwürfen der Frauen vom berliner Aktionsrat vertagt worden. Jetzt wird noch einmal versucht, gemeinsame Kriterien für überregionalen Zusammenhang im SDS zu entwickeln, für einen SDS, dessen organisatorische Strukturen von der Revolte selbst über den Haufen geworfen worden sind. Fraktionen bilden sich heraus, der frankfurter Weiberrat verteilt sein Flugblatt „Befreit die sozialistischen Eminenzen von ihren bürgerlichen Schwänzen," die Prozeßwelle droht. Joscha Schmierer als Django kritisiert das studentische „Scheißmilieu", das auf unmittelbare Bedürfnisbefriedigung aus ist. Christian Semler fordert eine starke Zentrale. „Ich habe natürlich auch nicht eine Zentrale im Sinne,wie die Kommunistische Partei Deutschland vor '33 eine Zentrale gehabt hat". Schließlich stürmen die Antiautoritären der Region Nord im Rektor-Talar wie bei einer Uni – versitätsfeier das Podium. Und nach dem erwarteten Aufstand der Frauen ist nur noch mühsam eine pragmatische Koordination möglich. „Ihr seid doch alle milieugeschädigt von der Konferenz. Das ist ne reine Männerkonferenz!"

Anschrift: Verlag Roter Stern, Postfach 180 147, 6000 Frankfurt, Tel.: 599 999

Bereits gezeigt wurden die Studentenbewegungsfilme am 21./22./23. Januar 1977 im Frankfurter Uni-Kino ‚Pupille', während des Streiks an der Uni am 25./26.Januar in Konstanz, in Aachen; am 1./2.Februar an der FU und PH Berlin; vom 4. bis 8. Februar in der Kölner ‚Lupe'; vom 10. bis 12.Februar in Bochum.

Termine im März, April, Mai sind für München, Göttingen, Heidelberg, Oldenburg, Mannheim, Kassel, Marburg,Giessen, Fulda in Vorbereitung.

Anfragen und Terminvorschläge an: **Verlag Roter Stern,**

VERANSTALTUNG DER „GESELLSCHAFT FÜR WEHRKUNDE E.V." ZUM THEMA „SÜDAFRIKA UND DIE FREIE WESTLICHE WELT"

NÜRNBERG 31.1.77 Die Studenten erfuhren davon erst durch eine Zeitungsnotiz in der NN (Nürnberger Nachrichten) am 18.1.77.

Trotz zahlreicher Protestbriefe u.a. vom Asta, Sprecherrat der FHN, Bund der Antifaschisten ((VVN), Deutsche Friedens Union (DFU), der sozialistischen Jugend Deutschlands - Die Falken und DKP Stadtrat Herbert Stiefvater, trotz öffentlichen Protests der Studentenvertreter in der NN, ließ der FHN Kesslerplatz 40 Professor Udo Brandt die Veranstaltung nicht verbieten.

Ursprünglich war der Faschist Karl-Heinz Hoffmann mit seinen Mannen von der Gesellschaft als Saalschutz angeheuert worden. Man lud ihn aber kurzfristig wieder aus, wahrscheinlich auf Drängen von FHN-Präsident Brandt. 5 seiner Laute waren trotzdem im Saal. Er selbst hat sich unsichtbar im Hintergrund gehalten. (Aussage des Bulleneinsatzleiters). Die Aufgabe von Faschist Hoffmann übernahm dann auch die Polizei. Ca. 150 - 200 demokratische und kommunistische Studenten und Demonstranten wurden unter Rufen wie „Militaristen raus aus der Hochschule", „Nieder mit der braunen Pest, Tod dem Faschismus" und „Deutsche Polizisten schützen die Faschisten" mit sanfter bis brutaler Gewalt von einer Hundertschaft Polizei aus der Hochschule geschmissen. Unter Polizeischutz dagegen wurden die Militaristen in die Räume gelassen wo sie ihren braunen Dreck ungestört abladen konnten.

Auf Seiten der Polizei und der Demonstranten angeblich 2 Verletzte. (Ein verletzter Demonstrant verlangte die Dienstnummer seiner Verursachers, sie wurde ihm indes verweigert.) Es wurden Parolen laut wie „Schlägerbande, Schlägerbande", „Kampf dem staatlichen Terror, SPD-Polizei", „Polizei raus aus der Hochschule" und „Die Polizisten sind die Terroristen". Gleich mehrere Polizeiphotographen nutzten die Gelegenheit und machten Photos für die Kartei. Sogar eine ca. 10 Jahre alte 16 mm Bolex wurde benutzt. Der Typ behauptete, er sei vom ZDF, aber seinen Ausweis wollte er nicht zeigen.

Im Saal (ca. 150 Plätze) hielten sich etwa 100 meist ältere schon ergraute Herren auf (Offiziere a.D., NDPler, ANRler = Aktion neue Rechte) und sicher auch Leute, die handfeste Interessen in Südafrika haben und lauschten dem Vortrag von Generalmajor a.D. Hans Cristian Pilster, aber organisiert vom Präsidenten der Gesellschaft und Dozent an der FHN Dr. Helmut Reichhold.

„Südafrika und der freie Westen"

Nach einem intensiven Erd- und Gesellschaftskundeunterricht über Afrika (über 15 Länder mit Militärdiktaturen, 28 mit nur einer zugelassenen Partei – der sowjetische Einfluß nimmt immer mehr zu) kam Herr Generalmajor A.D. auf den Kern der Sache: „Das Problem ist die Eingliederung der Nichtweißen in die Bürgerschaft des Staates." Weiße, Mischlinge und Inder fürchten Chaos durch Übernahme durch die Schwarzen" jedoch „Südafrika hat innenpolitisch das Heft fest in der Hand".

Wirtschaftliche Bedeutung: Eines der drei bedeutensten Rohstoffländer (Nach USA und UDSSR) hat 60% der Gold-, 40% der Diamanten-, 94% der Platin, 96% der Chrom-, 25% der Uranoxydreserven der Welt. Strategische Bedeutung des Kap: ca. 70 Schiffe täglich, 24 000 Schiffe im Jahr, meist über 50.000 Tonnen. 1,5 Mio.

Bruttoregistertonnen am Tage aus Asien, Arabien, Austarlien, Afrika, hauptsächlich nach Europa, USA, Lateinamerika. 1,4 Milliarden Tonnen Öl passieren im Jahr. 68% des Öls für Europa und 30% des Öls für USA. 260 deutsche Firmen haben 30 Milliarden Dollar in die RSA investiert. 1976 wurden Kapitalien (Haupts. Industriegüter) im Werte von 10 Milliarden Mark aus der BRD nach Südafrika exportiert. In den letzten Jahren stiegen (unter einer SPD-Regierung) die Importe der BRD aus RSA um 80%. Die RSA hat nach den USA die zweitgrößten Industrieanlagen."

„Sie sehen, welche Bedeutung die RSA für die Weltwirtschaft hat, für die Erhaltung des freien Westens eine Lebensfrage! Das Hauptinteresse an der wirtschaftlichen und staatlichen Bedeutung hat der Westen". „Es darf kein Buschfeuer entstehen". „Chaos und Bruderkämpfe zwischen Schwarzen werden heraufbeschworen", „Die schwarze Bevölkeung ist nicht bereit, Privilegien der Wohltäter anzuerkennen."

„Das alles verlangt unser Interesse und Engagement. Es kommt darauf an, wer bei einem Machtwechsel das Heft in der Hand hat. Durch eine Majorisierung der Schwarzen entsteht die Anarchie und die Gefahr der kommunistischen Intervention läge auf der Hand." „ „Es ist die Aufgabe der Weißen, sich die Führungsschicht der sich Entwickelnden zu Freunden zu machen."

SICHERHEITSSTAND DER RSA!

„Das Kap ist eines der wichtigsten Seeverkehrswege der Welt." „Die Verteidigung des Landes stützt sich auf die weiße Bevölkeung."
„Streitkräfte: Land: 90.000
Polizei: 35.000
Reserve: 173.000

Modernste Ausrüstung: 18% des Staatshaushalts werden für die Rüstung ausgegeben. Die Ausbildung ist barbarisch streng. Die Truppen besitzen hohen Kampfwert und eine hohe Kampfmoral. Der Landkrieg von Norden nach SÜden ist kein Risiko. Solange die Sowjets keine vorgeschobenen Basen und Flottenpräsens um das Kap der guten Hoffnung haben, ist der Seeweg auch sicher. Ernster sind Rassenkrawalle und Aufruhrsituationen in Guerillataktik. Die Ballungsgebiete der Großstädte können gefährlich werden, wenn kommunistische Kräfte auf Massenbasis treffen."

(Ziemlich wörtliche Zitate des Generalmajors a.D.)

Weitere Veranstaltungen der Gesellschaft:
22. März 19.30 Uhr FHN
Dr. Wilhelm Ritter von Schramm „Was unser Clausewitz heute zu sagen hat"

26. April 19.30 Uhr FHN
Es spricht Dr. Engert, Präsident der Bundeswehrhochschule in München über dieselbe.

Kontaktadresse: Kommunikationszentrum c/o Roland Hünzel, Königstr. 93, 8500 Nürnberg

NAZIVERANSTALTUNG: POLIZEI SCHÜTZT DIE FASCHISTEN

VÖLKLINGEN 10. Februar Am Samstag, den 29.1.1977 fand in Völklingen (Saarland) ein Landeskongreß der „Jungen Nationaldemokraten" statt. Morgens um 11oo sollte eine Kundgebung auf dem Marktplatz stattfinden. Um dies zu verhindern, erschienen ca. 150 antifaschistische Demonstranten aus Saarbrücken und Völklingen. Die Nazis waren mit 15 Leuten da. Wir bildeten einen Gürtel um sie, worauf sich die Grünen gezwungen sahen, sie zu schützen: Die Bullen stellten sich in drei Reihen um die Faschisten. Waren diese so schon nicht mehr zu sehen, so versuchten sie jetzt mit Sprechchören und Gesang die Bevölkerung zu erreichen, was durch Gegensprechchöre unterbunden wurde.

— Zu ersten Auseinandersetzungen mit der Polizei kam es, als sie einen der Demonstranten aus der Menge zerrten und ihn gewaltsam wegschleppten.
— Den Höhepunkt lieferten unsere „Freunde und Helfer", als die Jungnazis die Aussichtlosigkeit ihres Auftretens erkennen mußten und sang- und klanglos ihren Stand abbrachen. Damit die NPDler in ihre Kneipe „Markteck" sich zurückziehen konnten, riegelten ungefähr 60 mit Gummiknüppeln, chemischer Keule , Pistole, Helm, Lederjacke und Stiefeln bestückte Polizisten die ganze Strasse ab. Demonstratnen blockierten den Eingang zur „Marktecke". Zusammen mit der Polizei prügelten die Nazis sich den Weg zur Kneipe frei.
— Die Polizei ging mit großer Brutalität vor: Demonstranten wurden auf den Boden geknallt und teilweise sogar mit Stiefeln bearbeitet.
— Man sah Grüne, die mit hochroten und verzerrten Gesichtern Handkantenschläge in die Menge verteilten.
— Zu dem Vorfall, daß eine unbeteiligte Passantin von der Polizei auf die Strasse geschleudert wurde, bemerkte Einsatzleiter Meyer treffend: eine Unkorrektheit.
— Später lösten NPD-Ordner, davon einer in SA-Uniform, die „Ordnungshüter" ab.
— Während der ganzen Zeit wurden die Demonstranten von einem gegenüberliegenden Haus aus photographiert — die Nazis nicht.
— Als der Photograph später auf der Straße zur Rede gestellt wurde, schützte ihn die Polizei.

Diese lehnte es ab, gegen den Schnüffler gerichtete Strafanzeigen anzunehmen. In einem günstigen Augenblick versuchte der Spitzel zu fliehen, was ihm jedoch mißlang. Einige Leute folgten ihm. Von diesen in die Zange genommen, flüchtete er mit einem weiteren Spitzelkollegen in eine Apotheke. Die ihm Folgenden taten es ihm gleich und wurden dann von den Grünen aus der Apotheke geschmissen.

Daraufhin fragten Demonstranten die Polizei, die jetzt auch hier massiv Stellung bezog, wieso sie so brutal reagiere. Einsatzleiter Meyer stand uns Rede und Antwort. Es sei überhaupt nie mand geschlagen worden, denn niemandens Kleider seien zerrissen und es blute auch niemand. Leute, die erzählten, sie seien von der Polizei zu Boden geschlagen worden, erklärte er, daß dem nicht so gewesen sei. Es hätte daran gelegen, daß sie ihrer eigenen Füße nicht mächtig und über ihre eigegen Beine gestolpert seien.

Die für den Abend angekündigte öffentliche Veranstaltung der Jung- und Altnazis (Thema: Deutschland ist größer als die BRD; sie zählen u.a. Luxemburg, Elsass/Lothringen, Österreich und Südtirol dazu) wurde auf unseren Widerstand hin abgesagt.

HERAUSGEBER:
Frankfurter Informations-Dienst e.V.
Hamburger Allee 45, 6000 Frankfurt 90

Verantwortlicher Redakteur:
Indulis Bilzens

Dafür erzählten uns dann die Faschisten, sie könnten jederzeit [illegible], [illegible] unterstützt. (s. ID 158/15[illegible]) Der oben schon beschriebene SAler gab sich als Mitglied dieser Organisation zu erkennen. Von den Jungnazis für Hoffmann geklebte Werbeplakate haben wir mit Sprühlack unleserlich gemacht.

REAKTION DER BEVÖLKERUNG

An der antifaschistischen Kundgebung beteiligten sich größtenteils Leute, die ohnehin politisch aktiv sind, die Linke. Von der Bevölkerung bekamen wir teilweise zu hören, wir sollten besser arbeiten gehen. Andere machten GEsichter, als sie uns sahen, als würde ihnen übel. Wollte man mit ihnen diskutieren, ließen sie einen einfach stehen. Dann bekam man noch öfters zu hören, daß die Nazis eh keine Chance hätten. Es gab allerdings auch Stimmen, die unser Handeln guthießen, nur leider viel zu wenige.

Wie stellte die „Saarbrücker Zeitung" die Veranstaltung dar?

Bei der „Saarbrücker Zeitung" handelt es sich um die einzige Tageszeitung im Saarland. Sie ist für ihre Berichterstattung berühmt-berüchtigt. Die „SZ" spielte die 150 Antifaschisten auf 40 DKP- und SDAJ-Mitglieder herunter. Zu den Polizeieinsätzen schrieb sie im Völkinger Lokalteil sinngemäß: Polizei „betreute" junge Politaktivisten. Am Ende ihres Artikels noch die Bemerkung eines MArkthändlers: „Hier gibt's Fisch unn kän Käs." Im überregionalen Teil ein verschwindend kleiner Artikel, so richtig zu übersehen.

Sozialistische Basisgruppe Völklingen

BROKDORF UND ITZEHOE

BROKDORF
10. Februar

Gegen das Kernkraftwerk in Brokdorf wird am 19. Februar aller Wahrscheinlichkeit nach zwei Kundgebungen geben. Eine, die in Brokdorf stattfinden soll (wenn möglich am Platz) und eine weitere in Itzhoe. Diese Spaltung geht quer durch die Bürgerinitiativen und war bereits am 15./16. Januar abzusehen, als auf dem überregionalen Treffen der Bürgerinitiatven in Wilster die verschiedenen Standpunkte über eine Großkundgebung in Brokdorf dargelegt wurden. Eine Besetzung des Bauplatzes wurde dort von so gut wie niemandem abgelehnt, nur gab es unterschiedliche Auffassungen über den Zeitpunkt und die Vorbedingungen. Während im Wesentlichen die Bürgerinitiativen der Wilster Marsch das Gerichtsurteil abwarten wollten und nur für den Fall, daß weitergebaut werden dürfte, für eine Besetzung stimmten, waren andere, meist Hamburger Bürgerinitiativen, für eine Besetzung am 19. Februar. Egal, wie und wann das Gericht entscheiden würde.

Nach stundenlangen Diskussionen war im Januar schon klar, daß einige Gruppen bei einer Demonstration am Bauplatz auf jeden Fall den Versuch einer Besetzung machen würden. Aufgrund dieser Verhärtungen tauchten dann auch schon am 15./16.1. die ersten Vorschläge auf, die Kundgebung nicht in Brokdorf, sondern in einer weiter entfernt liegenden Ortschaft zu machen. Denn eine Besetzungsaktion bei gerichtlich verfügtem Baustop, hieß es, sei breiten Teilen der Bevölkerung und auch AKW-Gegnern nicht zu vermitteln und auch nicht im Interesse der ortsansässigen Bevölkerung.

Wenn sich die Gruppen, die am 19.2. den Platz wieder zur Wiese machen wollen, zum damaligen Zeitpunkt dazu herabgelassen hätten, zu sagen, o.k., wir bereiten uns mit allen anderen auf eine Besetzung vor und warten ebenfalls die Gerichtsentscheidung ab, so wäre die Einheit wahrscheinlich erhalten geblieben und es würde am 19.2. nur eine Großkundgebung in Brokdorf geben. Und das trotz der Mauschelgespräche, die [illegible] Bürgerinitiativen ohne Auftrag der Bürgerinitiativen mit Vertretern der Landesregierung geführt haben. Einer dieser Gesprächsteilnehmer hat sich im Nachhinein von seiner Aktion distanziert und Auskünfte über das Gespräch erteilt.

Bei der Landeskonferenz am 30. Januar in Rendsburg konnten diese Positionen nicht aufgelöst werden. Der Großteil der Marscheninitiativen (7 von 11) und eine große Zahl weiterer Vertreter (knapp mehr als die Hälfte aller Delegierten) stimmten bei der ersten Abstimmung für eine Kundgebung in einer der umliegenden Ortschaften. Dann gab es erstaunlicherweise noch eine zweite Abstimmung, in der genauso knapp (20: 19) für eine Kundgebung am Bauplatz gestimmt worden ist. Die dritte Abstimmung — es ist selbst den Beteiligten nicht mehr klar, wie es dazu kam — hatte zum Ergebnis, daß so wichtige Entscheidungen nur mit einer 2/3 Mehrheit zu fällen sind. Damit war die Spaltung praktisch vollzogen.

Alle Aufrufe, von denen in der Woche nach dem 30.1. viele erschienen, und die entweder für Brokdorf oder für Itzhoe mobilisieren sollten und mit „Landeskonferenz der BUU" unterzeichnet waren, repräsentierten nicht mehr die BUU sondern nur noch Fraktionen.

Die zweite Landeskonferenz, die schließlich am 6. Februar über die Bühne ging, bestand bereits aus zwei Konferenzen, denn die Vertreter von sieben Marscheninitiativen und achtzehn weitere Bürgerinitiativen hatten sich nach den verbissenen Auseinandersetzungen am 30. 1. zu einem eigenen Termin getroffen, um dort die Kundgebung in Itzehoe vorzubereiten. Auch waren dem Treffen am 6.2. nicht die üblichen Absprachen zwischen den Bürgerinitiativen vorhergegangen, sondern die Bürgerinitiativen, die sich an Brokdorf orientieren, hatten diesen Termin beschlossen und die restlichen Vertreter eingeladen. Zu Beginn der Konferenz legten die Pro-Itzehoer noch einmal klar, warum sie nicht an dieser Konferenz teilnehmen könnten: Sie wollten ohne die Unterstützung und die Beteiligung der ansässigen Bevölkerung keine Besetzungsversuche unternehmen. Dann gab es zwei Konferenzen.

Alles, was jetzt wieder an Papieren, Aufrufen usw. verschickt wird und mit Landeskonferenz der BUU unterzeichnet ist, repräsentiert — und es darf niemand übersehen — nicht mehr die Gesamtheit der Bürgerinitiativen, sondern je ungefähr die Hälfte.

Seitens der bürgerlichen Medien, von einigen Gallionsfiguren der KKW-Nein-Bewegung und von DKPlern werden die, die jetzt noch nach Brokdorf gehen als radikale Terroristen o.ä. verschrieen. Diese Geschichten sind nichts neues. Was aber die ganze Sache sehr übel macht, ist, daß Teile derer, die sich nach Brokdorf hin orientieren, die Bürgerinitiativen, die für die Kundgebung in Itzehoe eintreten, pauschal als Rechte, manipulierte Bauern oder als von der DKP unterwandert diffamieren.

****

Wir können und wollen hier für den 19.2. keine Patentrezepte angeben, denn die Widersprüche, die bei der Brokdorfdiskussion auftreten, finden sich in jedem von uns wieder. Auch in Wyhl wird seit Jahren verhandelt, doch dort hat es der Radikalität der Bewegung bis heute nicht geschadet und das wissen die Verantwortlichen in der Regierung genau. Darum ist dort auch noch kein Spatenstich getan.

Der Hinweis auf dem Titel im ID 163 (Beschluß des Delegiertenplenums der Regionalkonferenz Hamburg der BUU) ist nicht als Aufruf, sondern als letzte Meldung zu verstehen.

BUNDESWEHR IN BROKDORF?

BREMEN 8.Februar Ein ID-Leser schickte uns folgende Information: „Am 3.2.77 führte ich mit einem in Altenwalde stationierten Soldaten ein Gespräch mit folgendem Inhalt:

Vom 20. bis zum 26.Februar sollte das Panzer-Bataillon 74 und Teil des Panzer-Grenadier Bataillon 71 eine Übung in Putlos an der Ostseeküste durchführen. Diese Einheiten sind in Altenwalde bei Cuxhaven stationiert und haben eine Stärke von ungefähr 1300 Mann. Sie sind Teil der 7.Panzer-Grenadier Brigade mit weiteren Teilen in Stade,Hamburg-Fischbeck, Rothenburg und Buxtehude. Vor ungefähr 2 Wochen wurde eine Terminvorverlegung auf den 18. bis 25.Februar offiziell bekanntgegeben. Kurze Zeit später sickerten Informationen über die geplante Marschroute nach Patlos durch: Übersetzen mit Landungsbooten der Marine von Cuxhaven nach Brunsbüttel, von dort direkt an der Baustelle Brokdorf vorbei zum Zielort. Aufgrund der Unruhe und Diskussion in der Mannschaft wurde diese Route von Oberstleutnant Hahn (Kommandeur des Panz.-Bat.74) dementiert. Er sagte, die Route werde, um Mißverständnissen vorzubeugen, einige Kilometer an der Baustelle vorbeiführen. Damit wurde die Existenz des ursprünglichen Marschplans direkt an der Ba stellte vorbei offiziell bestätigt.

Vor allem nach den brutalen Einsätzen der Polizei und des BGS bei Brokdorf II ist in den Mannschafen über und gegen den Einsatz militärischer Kräfte gegen Bürger diskutiert worden. Welche Ziele kann die Bundeswehr mit dieser Übung verfolgen? Die Bundeswehr ist ermächtigt, praktisch jederzeit und ohne Rücksprache mit den örtlichen Behörden zur Wahrnehmung hoheitlicher Aufgaben ein Gebiet zum militärischen Sicherheitsbereich zu erklären und abzusperren. Es besteht also durchaus die Möglichkeit, daß neben den Polizeitruppen und dem BGS auch Bundeswehrtruppen, zumindest für Sicherungsaufgaben, zum Einsatz kommen."

KKW-PROZESS
BERICHT VOM 4. FEBRUAR ÜBER REAKTORSICHERHEIT

WYHL 8. Februar Der Prozeßabschnitt zur Sicherheit von KKWs begann mit einem Paukenschlag. Richter Rosswog erklärte, daß man die Gutachter in KKW-Gegner und -befürworter unterteilen könne. Daraus folgt natürlich, daß alle als parteiisch anzusehen sind. Welch ein schönes Eingeständnis von einem Richter, der zwei Tage zuvor Prof. Jens Scheer unter anderem auch mit dieser Begründung als Gutachter für die Bürgerinitiativen abgelehnt hatte.

Das Gericht hat also offensichtlich im vollen Bewußtsein dieser Tatsache für den Abschnitt „Sicherheit von KKWs" nur Gutachter der Befürworterseite geladen.

Auf eigene Initiative hatten die Kläger zwei Sachverständige mitgebracht:

Herrn Dr. Robert Pollard, Experte für nukleare Sicherheitsfragen, aus den USA, und

Herrn Dipl. Ing. Dr. Kall, der durch seine Tätigkeit in der chemischen Industrie viel Erfahrung mit Druckbehältern hat.

Angesichts des völligen Fehlens von Gutachtern auf seiten der Kläger, sah das Gericht sich offensichtlich gezwungen, diese beiden Sachverständigen als Gutachter zuzulassen.

War die Welt also nun wieder in Ordnung, hatten nun auch die Kläger ihre Chance bekommen? Weit gefehlt! Kaum war Herr Pollard als Gutachter angenommen, schon begannen in schöner Eintracht das Gericht und KKW-Befürworter mit den Versuchen, ihn als nicht zuständig hinzustellen. Bei der Behandlung der ersten Frage, die mit die wesentlichste Frage nach der Sicherheit der Bevölkerung ist, grenzte das Gericht willkürlich den Inhalt ein.

FRAGE C.1. DES FRAGENKATALOGS:

Gewährleisten die sicherheitstechnischen wesentlichen Anlageteile und -Systeme des Kernkraftwerks, wie
der Sicherheitsreaktor
das Reaktorkühl- und Druckhaltesystem einschließlich der auf dem Druckhalter angeordneten Sicherheitsventile
die Sekundär- und Hilfsanlagen
die Brandschutzvorkehrungen und der Reaktorkern
soweit ein Störfall mit Außenwirkungen überhaupt denkbar ist — die Sicherheit der in den klagenden Gemeinden lebenden Bevölkerung bzw. der übrigen Kläger? Entsprechen sie den sicherheitstechnischen Anforderungen, die unter Berücksichtigung des gegenwärtigen Stands von Wissenschaft und Technik zu stellen sind?

Entgegen jedem normalen Verständnis, sollte hier nicht nach der Sicherheit der Bevölkerung gefragt werden, sondern nur danach, ob irgendwelche deutsche Sicherheitsbestimmungen eingehalten worden sind.

Damit hatte das Gericht die Diskussion von der Hauptsache, der prinzipiellen Sicherheit von KKWs auf ein völlig unerhebliches Nebengleis abgelenkt. So wurde ein hervorragender Kenner dieser für uns brennendsten Probleme erst einmal „unschädlich" gemacht. Abgesehen von diesen Winkelzügen des Gerichts war es Herrn Polland auch kaum möglich, der Verhandlung zu folgen, da ihm eine völlig unzureichende Übersetzungshilfe zur Verfügung gestellt worden war.

Jetzt war die Bahn frei für ein erschreckendes Schauspiel: der Auftritt der Befürworter-Gutachter. Sie sangen im Chor das sattsam bekannte Vierfarbdruck-Hochglanzbroschüren—Lied vom Weißen Riesen. Nichts schien fraglich, nichts gefährlich.

GEISTIGE BERSTSICHERHEIT

Prof. Kussmaul, Lehrstuhlinhaber an der Universität Stuttgart, Direktor des Instituts für Materialprüfung in Stuttgart, Mitglied der Reaktorsicherheitskommission der Landesregierung, erläuterte die Sicherheit des Reaktordruckgefäßes. Seine langen Ausführungen über dieses natürlich absolut sichere Reaktorbauteil gipfelten in der Berufung auf das Prinzip der geistigen Berstsicherheit: „Diese Konstruktion bietet ein Optimum an Sicherheit und ist größtenteils durch Erkenntnisse aus Experimenten gesichert, von denen wir glauben, daß die zugrundegelegte Annahme konservativ (pessimistisch) ist. Die Betriebserfahrung von 40 Jahren ist durch diese konservative Annahme miteinbezogen" (sinngemäßes Zitat).

Das heißt im Klartext: für den Druckbehälter gibt es keine Berstsicherung. An ihre Stelle treten Philosophie und Glauben. (Es wird schon gut gehen ...)

DIE KRISENSITZUNG

Unser zweiter Gutachter Dr. Kall brachte ein erstaunliches Dokument ans Tageslicht; das geheime Protokoll einer Krisensitzung im Bundesministerium des Innern vom 16.12.75 über Stahlsorten für den Reaktorbau. Wie kam es zu dieser Sitzung? 1973 wurde der Druckbehälter für

Wyhl mit vier weiteren in Japan aus der Stahlsorte 22 Ni Mo Cr 37 angefertigt. Im Laufe des Jahres 1975 begann die Atomindustrie plötzlich – ohne die Behörden darüber zu informieren – die Bauteile des Primärkreislaufs (Druckgefäß, Rohrleitungen usw.) aus der neuen Stahlsorte 20 MnMoNi 55 zu fertigen.

Der Grund: Es konnte festgestellt werden, daß ... bei Verwendung des Werkstoffes 20 MnMoNi 55 in weit geringerem Maß mit Unterplattierungsrissen und Nebennahtrissen sowie „stress-relief-cracking" gerechnet werden muß als beim 22 NiMoCr 37''' (Reaktortagung 1976, S. 613).

Die Atomindustrie hatte also herausgefunden, daß der bisher in allen Reaktoren (Würgassen, Biblis usw.) verwendete Stahl schwerste Mängel, nämlich Neigung zur Rißbildung, aufwies. Bundesminister Maihofer berief die Krisensitzung ein und sprach von einer Materialkrise im Reaktorbau. Prof. Kussmaul, der zuvor mit beredten Worten die Sicherheit des Reaktordruckbehälters zu schildern wußte, entschuldigte die ohne behördliche Unterrichtung oder Genehmigung erfolgte Einführung eines neuen Druckbehälterstahles, als Folge der „Hektik" im Atomgeschäft. Man muß ja produzieren und will auf Teufel komm raus verkaufen. Da bleibt keine Zeit für pingelige „Genehmigungen", die ja erst nach gründlicher Prüfung erteilt werden könnten.

Vielleicht erzählt uns Herr Prof. Kussmaul im nächsten Jahr, daß er seine famos sicheren Druckbehälter jetzt lieber aus dem Wunderstahl YXZ baut, da er ja viel besser sei, als der alte. Inzwischen gibt es dann wieder ein paar Atomkraftwerke mehr aus einem vielleicht unsicheren Stahl.

WILLFÄHRIGE WERKZEUGE

Nach Ende des Prozesses am Freitag, als fast alle Zuhörer den Saal schon verlassen hatten, fragten die Richter Rosswog und v. Bargen den noch als Zuschauer anwesenden Sachverständigen unserer Seite, Prof. Dr. Jörn Bleck, ob er während der Gerichtsverhandlung Tonbandaufzeichnungen gemacht habe, und verlangten gegebenenfalls die Herausgabe der Kassette. Als Jörn Bleck dies verneinte, erklärten die Richter, er sei dabei von einem der „Ordner" beobachtet worden; dies habe ihnen der Anwalt der KWU mitgeteilt und ihr Einschreiten verlangt. Gleichzeitig habe der Anwalt erklärt, er werde das Tätigwerden der Richter nachprüfen.

Eine haltlose Behauptung des KWU-Anwalts und seine Drohung, die Aktionen des Gerichts zu überprüfen, genügen also, um zwei Richter gegen einen „unbequemen Gutachter in Marsch zu setzen.

Ebenso durchsichtig war dann das Rückzugsgefecht des Gerichts: sie forderten Jörn Bleck auf, zu erklären, ob er nicht vielleicht bei den Leuten, die in seiner Nähe saßen, jemanden bemerkt hätte, der Tonbandaufnahmen gemacht hätte.

DAS SCHWEIGEN

Ein Gutachter der Kläger wurde vom Gericht billigst ausgetrickst und mußte ohne ausreichende Übersetzungshilfe der Verhandlung folgen. Die Pro-KKW-Gutachter entwickelten zu den bris antesten Fragen der Reaktorsicherheit (z.B. Berstsicherheit des Reaktordruckgefäßes, Notkühlung etc.) die kühnsten Thesen. Auf unserer Anwaltsbank herrschte meist tiefes Schweigen. Auf der Gutachterseite wurde gefeixt, bei der KWU sah man gähnende Münder. Die „Show" lief ungestört.

Was führen unsere Anwälte im Schilde? Warum unterstützen sie nicht mit allen Kräften unsere Gutachter? Warum stellen sie keine Fragen, haken nach , warum belegen sie das Gericht nicht mit Beweisanträgen?

So darf es nicht weitergehen! Für Montag hat das Gericht zugesagt, Robert Pollard zu den F agen der Reaktorsicherheit zu hören. Diesmal muß mit Sicherheit verhindert werden, daß dieser Experte erneut abgewürgt wird. Seine Aussagen sind von allergrößter Wichtigkeit für uns.

ZUR PERSON VON ROBERT POLLARD

Kurzer Abriß seiner bisherigen Tätigkeiten:
Instrukteur in der US-Navy für zwei Jahre. Lehrtätigkeit über Theorie und Praxis des sicheren Betriebs von Atomkraftwerken als Antriebsaggregate von U-Booten.

Sechseinhalb Jahre Arbeit für die US-Atom-Energy-Commission. Sein Aufgabengebiet war die Plannung und Ausführung von Sicherheitssystemen für Kernreaktoren. Er war maßgeblich beteiligt an der Erstellung von Reaktorschutzsystemen, die als Grundlage von Gesetzesvorlagen im Parlament dienten.

Diese Systeme dienen der Kontrolle und Auslösung aller Sicherheitsmaßnahmen z,B. Reaktorschnellabscha ltung, Start des Notkühlsystems usw.

Vertreter der US-Regierung in einer Gutachterkommission, die mit einer kritischen Durchsicht des Rasmussen-Reports beauftragt war. (die meisten Kritikpunkte blieben bei der endgültigen Abfassung des Rasmussen-Reports bezeichnenderweise unberücksichtigt.)

Projekt-Manager für sieben KKWs. Hier war er verantwortlich für die sichere Auslegung sämtlicher Konstruktionen und Einrichtungen dieser KKWs. Im Rahmen dieser Tätigkeit trat er an zahlreichen Erörterungsterminen als verantwortlicher Sprecher der US-Regierung auf. Hierbei mußte er in allen sicherheitstechnischen Fragen im Sinne der KKW-Betreiber argumentieren.

Herr Pollard trat von diesen Funktionen aus Gewissensgründen zurück, weil die US-Regierung verbot, erkannnte Sicherhietsprobleme an die Öffentlichkeit zu bringen. Als er seine Tätigkeit aufgab, gab es bereits eine Liste von über 200 Sicherheitsproblemen im nuklearen Bereich der Reaktoren (mehr als 2/3 betrafen den Typ des Druckwasserreaktors!).

Mit seinem Rücktritt gab er eine hochbezahlte sichere staatliche Anstellung auf. Heute ist er Mitarbeiter der Union of Concerned Scientists, einer privaten Organisation von verantwortungsbewußten Wissenschaftlern, die ausschließlich durch private Spenden finanziert wird.

Herr Pollard erklärte, daß viele seiner ehemaligen Kollegen in der Nuclear Regulatory Commission seine Bedenken und Ansichten teilen, aber nicht bereit oder nicht in der Lage sind, dieselben Konsequenzen wie er zu z iehen. Pollard hat hervorragende Zeugnisse von seinen Vorgesetzten in der NRC aus der Zeit seiner Tätigkeit für diese Organisation.

Arbeitskreis Umweltschutz an der Uni Freiburg
Wilhelmstr. 15, 7800 Freiburg, Tel.: 07665/1886
Konto: Öffentliche Sparkasse Freiburg, Nr. 1720224

DAS WACH- UND INFORMA... ...ER

Den folgenden Brief schickte uns Carsten aus ...chtenhorst:

LICHTENHORST 3. Februar „Heute am 16. Januar 1978, ist es genau ein halbes Jahr her, daß der Bauplatz für die geplante Wiederaufbereitungsanlage (WAA) vermessen werden sollte. Aber es ist auch der Tag, an dem das „Lager im Obstgarten vom Bauern Kraft, seit einem halben Jahr darüber wacht, daß nicht mit den vorbereitenden Arbeiten der „Atommüllfabrik" begonnen werden kann.

Aufgebaut und getragen wurde es in der Hauptsache von den Bürgerinitiativen, die sich nach dem Bekanntwerden der Pläne der Bundesregierung und der Industrie, im Frühjahr letzten Jahres, in den größeren Orten um Lichtenmoor gebildet haben.

Es waren Sommerferien und Urlaubszeit und so waren ständig viele Leute hier, die abwechselnd Wache schoben, Schilder gemalt und Besucher informiert haben. So waren bei den abendlichen Lagerversammlungen manchmal bis zu vierzig Leute. Da wurden dann die Arbeiten für den nächsten Tag vergeben und über all die Probleme gesprochen, die sich im Laufe des Tages ergaben. Lange und hitzig haben wir darüber geredet, ob und wieweit wir Parteipolitik im Lager dulden können. Wir sind zu dem Schluß gekommen, daß jeder im Lager mitarbeiten kann, unter ter der Voraussetzung, daß er seine Parteipolitik zurückstellt.

Von anfang an wurde jeden Sonntag ein Frühschoppen veranstaltet, mit Informationen über die Gefahren der WAA und der Atomenergie. Inzwischen ist ein Spätschoppen daraus geworden, der in Lichtenmoor in der Gaststätte Lindwedel stattfindet.

Die ersten guten Kontakte zur Landbevölkerung bekamen wir dadurch, daß wir im Sommer und Herbst auf den Feldern bei der Ernte geholfen haben.

Am 21. September haben wir zusammen mit Leuten aus der unmittelbaren Umgebung und den Initiativen, die auch von weiter her kamen, zeitweise 300 Leute die Wasserbohrstelle im Frankenfelder Bruch besetzt. Schon am ersten Tag stellte sich heraus, daß die Untersuchungsergebnisse der Brunnenbaufirma, die diese Bohrungen im Auftrage der Wasserwerke Hannover durchführen sollte, jederzeit von der Kewa, das ist der Konzern, der die WAA bauen will, hätte eingesehen werden können. Nach drei Tagen zog die Firma ihr Bohrgerät wieder ab. Damit hatte sie unserer Forderung „Keine Probebohrungen, solange nicht feststeht, daß keine Wiederaufbereitungsanlage gebaut wird" erfüllt, so daß auch wir den Platz verlassen konnten.

Diese erste Besetzung hat uns und der ganzen Bewegung der Atommüllgegner einigen Auftrieb gegeben. Nun waren auch mehrer Bewohner der unmittelbaren Umgebung, die dem Lager mit einer gewissen Skepsis ferngeblieben waren, eher bereit, mit uns zusammen zu arbeiten.

Sie organisierten Klönabende in den einzelnen Dörfern, auf denen über die geplante WAA aufgeklärt wird, und wo man sich überlegt, mit welchen Mitteln man sie verhindern kann. Außerdem verschiedene Aktionen, die Treckerdemonstration am 1.. November nach Hannover und die Unterschriftensammlung, die in mehreren Orten durchgeführt wurde. Ohne ihre Mithilfe wären wir, was Information und Vorbereitung der Platzbesetzung betrifft, noch lange nicht soweit. Wir im Lager können die WAA nicht verhindern, das kann nur die betroffene Bevölkerung selbst. Von den vielen Leuten, die hier im Sommer ständig auf dem Platz waren, ist eine feste Gruppe von 10 Leuten übrig geblieben, die entweder ihre Arbeit aufgegeben haben oder nur noch zwei Tage in der Woche zum Studieren nach Hannover fahren, um ständig hier sein zu können. Um genug Geld zum Leben zu haben, nehmen wir Aushilfsarbeiten an, die uns ab und zu angeboten werden.

Informationsmaterial wie Bücher Broschüren, Flugblätter und Autoaufkleber finanzieren wir zum Teil aus dem Verkauf und aus unserer Spendenkasse. Nach wie vor ist der wichtigste Teil des Tages die allabendliche Lagerversammlung um 18.00 h. Hier wird der Lagerdienst eingeteilt, der morgens um 8⁰⁰ den Ofen anmacht, alle weckt und dafür zu sorgen hat, daß das Essen auf dem Tisch steht. Es müssen auch Streifen eingeteilt werden, die das Gelände bewachen. Wir besprechen, wer zu welchem Klönabend geht, wer Montags Abends zur Versammlung im Stöckener Schützenhaus geht, da wo sich die Leute aus der näheren Umgebung treffen, um das weitere Vorgehen zu besprechen und wer Freitags zum Treffen der Bürgerinitiativen delegiert wird.

Aber daneben muß auch viel Bürokram erledigt werden. Dazu gehört Informationsmaterial verschicken, und Briefe beantworten genauso wie die Vorbereitung des Spätschoppens oder das Entwerfen eines neuen Flugblattes. Außerdem sammeln wir aus verschiedenen Zeitungen die wichtigsten Nachrichten über Wiederaufbereitungsanlagen, Kernkraft werke und andere Umweltprobleme.

Oft werden wir zu Informations veranstaltungen eingeladen, um vom Widerstand der Bevölkerung und unserer Arbeit zu berichten. Einen wichtigen Teil unserer Arbeit nimmt auch der Kampf gegen andere Atomanlagen ein. In der Hauptsache natürlich gegen das AKW Brokdorf, wo wir an den beiden großen Demonstrationen und bedingt auch an deren Vorbereitung teilgenommen haben. Die Erfahrungen werden uns helfen, die WAA in Lichtenmoor und anderswo zu verhindern."

WIEDER EINE BRENNELEMENTE–FABRIK GEPLANT

HEITERSHEIM 9. Februar Auch in Heitersheim bei Freiburg ist Brennstäbefabrikation wieder aktuell. Zwar behauptet die Babcock Brown-Boveri Reaktor GmbH (BBR), daß sie dabei auf Lagerung und Verarbeitung von Plutonium verzichten wolle. Aber wer will sich schon auf Versprechungen verlassen? Am 25. Februar will der Gemeinderat darüber abstimmen.

SIEBEN GUTE GRÜNDE GEGEN ATOMBRENNSTÄBE IN HEITERSHEIM:

Es gibt nach wie vor mehr Gründe gegen als für eine Ansiedlung dieser Firma in Heitersheim:

1. Die BBR bietet keine qualifizierten Arbeits- u. Ausbildungsplätze. Schlecht bezahlte Hilfsarbeit für einige wenige Arbeitsplätze ist kein Kaliwerk-Ersatz!
2. Nicht nur das hochgiftige Plutoium, sondern auch andere chemische u. radioaktive Substanzen, auf die die BBR nicht verzichten kann, bergen große Gefahren für die beschäftigten Arbeiter und die Landwirtschaft, für unsere Gesundheit und die Zukunft unserer Kinder.
3. Hochwasser des Sulzbachs, Erdbeben oder der Absturz eines Düsenjägers aus dem benachbarten Fliegerhorst Bremgarten können zu einer Katastrophe unvorstellbaren Ausmaßes führen.
4. Freiwerdende radioaktive Strahlung würde das in unmittelbarer Nachbarschaft der Brennelementefabrik geschöpfte Trinkwasser für rund 8000 Einwohner der Gemeinden Heitersheim, Eschbach und Ballrechten-Dottingen verseuchen.
5. Eine Brennelementefabrik in Heitersheim begünstigt die Häufung von Kernkraftwerken und umweltfeindlicher Nachfolgeindustrie am Oberrhein; sie bedroht damit Wein- und Obstbau sowie den Fremdenverkehr und die Thermalkurbäder des Markgräflerlandes als wichtigste Erwerbsquellen der Bevölkerung.
6. Vertragliche Vereinbarungen zwischen der BBR und der Stadt Heitersheim über den Verzicht der BBR auf die Verarbeitung von Plutoium oder anderer Transurane können durch neue Landes- oder Bundesgesetze, auf die die BBR spekulieren könnte, hinfällig werden.
7. Die erhofften Mehreinnahmen der Stadt stehen in keinem Verhältnis zur Gefährdung der gesamten Region!

OFFENER BRIEF AN DIE BUNDESREGIERUNG

Betr.: Geltendmachung des Anspruchs auf Teilhabe an der DDR—Unterstützung von Bürgerinitiativen

Liebe Volksvertreter,
wie vom Ministerpräsidenten von Schleswig-Holstein, Gerhard Stoltenberg, erklärt wurde, hat die DDR-Administration mehere Hunderttausend Mark zur Unterstützung von Bürgerinitiativen bereitgestellt.

Als Bürgerinitiativen Umweltschutz Westdeutschland benötigen wir insbesondere zur Installierung von Frühwarnsystemen, zum Bau von Schutzbunkern und zur Einrichtung von Strahlenkliniken einen Teil dieser Unterstützung.

Wir bitten Sie deshalb, uns mitzuteilen, über welche Konten diese Gelder laufen, bzw. an welcher Stelle wir unsere Ansprüche geltend machen können.

Sollten diese Gelder nach Ihren gesicherten Erkenntnissen bereits ihrem Zwecke zugeführt worden sein und weitere Zahlungen seitens des anderen Teils unseres Heimatlandes ihren Nachforschungen gemäß nicht erfolgen, möchten wir an die Präambel des Grundgesetzes erinnern, wonach Deutschland als Ganzes unteilbar ist.

Deshalb ersuchen wir Sie als Rechtsnachfolger des 3. und möglicherweise eines 4. Reiches (Reichsführer n.n.) Ihren gesamtnationalen Verpflichtungen nachzukommen und die Weiterzahlung von Unterstützungsgeldern zu sichern.

Bürgerinitiativen Umweltschutz Westdeutschland

EIN REAKTOR — MITTEN IN DER STADT

KÖLN
8. Februar

Gegen Ende des letzten Jahres wurde es in Köln durch Zufall bekannt: das Institut für Kernchemie der Uni Köln plant den Bau eines Versuchs-Atomreaktors. Die Uni benötigt den Reaktor angeblich zu Forschungszwecken in den verschiedensten Bereichen der Chemie und der Physik. Aber der Reaktor soll noch eine ganz andere Aufgabe haben. In der Begründung der Uni Köln steht: „...Da wir in Deutschland schon mehrere Kernreaktoren installiert haben und in Zukunft als Industrienation mit einem steigenden Energiebedarf rechnen müssen, der sicherlich z.T. nur durch die Kernenergie gedeckt werden kann, ist gerade der Punkt, eine praxisnahe Ausbildung der Studenten an einem solchen physikalisch absolut sicheren Kleinstforschungsreaktor von großem Wert." Das heißt, daß man den Reaktor in Köln für die Ausbildung von Wissenschaftlern braucht, die für einen zukünftigen Nuklear-Staat notwendig sind. Diese Wissenschaftler werden für die friedliche, aber auch für die militärische Nutzung der Kernenergie von großer Bedeutung sein, schon allein das ist ein Grund, den Reaktor in Köln zu verhindern.

Aber es gibt noch eine weitere Gefahr: bei dem angeblich so sicheren Reaktor handelt es sich um den Reaktortyp „Slowpoke II", der eine Weiterentwicklung des Minireaktors SL1 ist. In den 60er Jahren ereignete sich beim SL1 in einer Marineteststation in Idaho (USA) ein tragischer Unfall, bei dem drei Menschen gestorben sind! SL2 soll in einem der am dichtesten besiedelten Stadtgebiete von Köln liegen ...

Inzwischen haben Mitglieder der Bürgerinitiative „KKW-Nein-Köln" Einspruch gegen das gefährliche Projekt erhoben. Schon bei der „Einsicht" der Pläne und des hundertseitigen Sicherheitsberichts hatten unsere Freunde aus Köln Schwierigkeiten mit den Behörden. So lehnte man es beispielsweise ab, für die Bürgerinitiative Kopien von den Berichten anzufertigen. Die Bürgerinitiative wollte die Kopien Fachleuten zur Beurteilung vorlegen. Aber auch ein verwaltungsgerichtliches Verfahren machte es nicht möglich: das Gericht meinte zynisch, daß man solche Kopien nicht unbedingt braucht und daß man außerdem ja Abschriften anfertigen kann oder die Berichte auf Tonband sprechen kann (100 Seiten). Die mündliche Erörterung des Projekts ist am 3.3.77 um 10 Uhr im Physikalischen Institut der Universität Köln.

DER „AMERICAN WAY OF DEATH"

IDAHO
9. Februar

Alex Williams, ein Techniker für Nuklearenergie in der amerikanischen Marine, meinte es gut, als er sich weigerte, einen Nuklearreaktor bei der „Nacy Nuclear Power Training Unit" im Bundesstaat Idaho in Gang zu setzen.

Ein Sicherheitsgerät war defekt und der Instrukteur erinnerte daran, daß vor 16 Jahren ein Reaktor desselben KKWs infolge einer ähnlichen Panne explodiert war. Dabei waren drei Menschen ums Leben gekommen.

Seine Vorgesetzten erwiderten ihm schroff, daß seine Rolle sich darauf zu beschränken habe, die Störungen in bezug auf Sicherheit aufzudecken und nicht einen Befehl zu verweigern. Dann wurde ihm Berufsverbot erteilt, sein Gehalt um 6.000 Dollar jährlich gekürzt, und der Instrukteur wieder zum Matrosen degradiert.

(aus: Liberation, 26.1.77)

UNTERRICHTSMATERIAL ZUR ATOMENERGIE

TÜBINGEN 8. Februar Es gibt jetzt Unterrichtsmaterial zur Atomenergie in zwei Teilen:
Teil 1 ist vorwiegend Schülermaterial
Teil 2 ist vorwiegend Hintergrundmaterial für den Lehrer. Jeder Teil kostet 2,50 DM plus Porto und ist erhältlich bei:

Bund für Umweltschutz, Bachgasse 22, 7400 Tübingen

KKW-BUCH VERBILLIGT

HAMBURG Der Verlag ASSOCIATION teilt mit, daß der Titel von Holger Strohm „Friedlich in die Katastrophe" von 16.- DM auf 13.- DM heruntergesetzt wurde. Der Verlag ist der Meinung, daß bei dem augenblicklichen Bedürfnis, sich über die Gefahren der Atomindustrie zu informieren, eine preiswerte Ausgabe unbedingt notwendig sei. Zustandekommen konnte dieser Preis, weil der Autor Holger Strohm auf sein Honorar verzichtete und der Verlag, der Wichtigkeit des Buches wegen, eine geringere Gewinnspanne in Kauf nahm.

DEMNÄCHST ALSO VOR DER STAATSSCHUTZ-KAMMER: JAROWOY + REIMERS

FRANKFURT 10. Februar Der Prozeß gegen Robert Jarowoy und Wernfried Reimers, die als „Kriminelle Vereinigung" – l aut Anklage – das ‚Fern- und Wunschziel' verfolgt haben, die BRD in eine ‚kommunistische Gesellschaft mit anarchistischer Prägung umzuwandeln' fängt am 14. Februar in Frankfurt an (siehe ID 163). Ein Haftprüfungstermin am 4.2. hat ergeben, daß die Haftdauer bestehen bleibt.

Prozeßbeginn: 14. Februar am Landgericht Frankfurt, Gebäude A, Saal 146 um 10.00 Uhr!

SCHNELLGERICHT VERURTEILT WALTRAUD BOOCK ZU 15 JAHREN
FRANKFURTER STAATSANWALT WILL AUSLIEFERUNG

WIEN 8. Februar Am Freitag, dem 4.2. fand der Prozeß gegen Waltraud Boock unter faktischem Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Zwei Wochen vorher schrieb Waltraud noch, sie rechne mit ihrem Prozeß für Mitte Februar bis Anfang März. Wie die Stuttgarter Zeitung vom 7.2.77 schreibt, war aber eine Woche vor dem Prozeß schon in der österreichischen Presse zu lesen, er würde am 4.2. unter strengsten Sicherheitsvorkehrungen beginnen und sei für drei Tage angesetzt. Es liegt wohl an der guten Zusammenarbeit mit dem BRD-Staatsschutz, daß Besucher aus der BRD grundsätzlich nicht zu Waltraud dürfen (ID 161) und auch in der BRD kaum Informationen über Beginn und Verlauf des Prozesses verbreitet wurden. Das Kalkül – die Wiener Öffentlichkeit durch faschistische Provokationen vor dem Prozeß abgeschreckt, die solidarische Unterstützung aus der BRD durch Besuchsverbote und unterbliebener Information verhindert, den deutschen Verteidiger nicht zugelassen – ist dabei aufgegangen: in aller Friedhofsruhe, nur Journalisten als Zuschauer konnte aus dem für drei Tage angesetzten Prozeß ein Schnellgerichtsverfahren gemacht werden, „ein Musterbeispiel straffer Verhandlungsführung", wie die „Stuttgarter Zeitung" schreibt. (die folgenden Zitate alle aus „Stuttgarter Zeitung" vom 7.2.77).

„Am Freitagmorgen, knapp nach acht Uhr, hat er begonnen (...) Nachmittags um vier Uhr war das Urteil gesprochen. Das Gericht hatte der Angeklagten glatt die Show gestohlen. Ihr Versuch, das Verfahren ins Politisch-Revolutionäre umzubiegen, hatte nicht die geringste Chance, Der Vorsitzende, Oberlandesgerichtsrat Edwin Schulz, hat ihn im Keim erstickt." Die für dieses „unpolitische" Verfahren typischen „Sicherheitsmaßnahmen": innen und außen schwere Gebäudeüberwachung, bis zum Gerichtssaal fünf Ausweis- zwei Taschenkontrollen und eine Leibesvisitation. 20 Minuten vor Prozeßbeginndürfen die „Zuschauer" – nur Fotografen und Journalisten – jeweils zu zweit den Saal betreten. Wenige Minuten verschwendet das Gericht für Vernehmung zur Person und Verlesung der Anklageschrift. Waltraud äußert sich zu den erhobenen Vorwürfen nicht, ihr Ansatz zu einer Erklärung: „Ich bin eine politische Gefangene und fühle mit mich mit den Palästinensern solidarisch. Ich erkläre meine Solidarität mit den Völkern und Kämpfern, die den bewaffneten Kampf in der Bundesrepublik und in anderen Ländern gegen Imperilalismus und Faschismus aufgenommen haben ..." wird vom Vorsitzenden unterbrochen: „Das ist nicht Gegenstand der Verhandlung. Nehmen Sie Platz. Den ersten Zeugen, bitte." In diesem Tempo geht es weiter: Identifizierung durch die Zeugen, Rekonstruktion der Vorfälle während der Flucht, wo ein Passant und ein Polizist verletzt wurden, was Waltraud aber nicht angelastet werden kann, der Staatsanwalt läßt diese Vorgänge als Gegenstand der Verhandlung fallen. Der (Wiener) Verteidiger stellt mehrere Beweisanträge, will auch die Motivation der Tat geprüft wissen. Das wird vom Gericht abgelehnt: „Da die Angeklagte die Tat bestreitet, kann uns die Motivation nicht interessieren".

Der Staatsanwalt fordert die Höchststrafe: „Es kann nicht angehen, daß eine kleine Gruppe, aus welchen Gründen immer, wild um sich schießt, nur um zu Geld zu kommen." Der Verteidiger macht noch mal den Versuch, den Zusammenhang zwischen Tat und Motivation herzustellen, Waltraud kritisiert in ihrem Schlußwort die Bombendrohungen und -anschläge, die angeblich ihre Befreiung bewirken sollten, als Provokation der Reaktion und ein faschistisches Produkt" (siehe nachfolgende Erklärung).

Die Geschworenen sprechen Waltraud schuldig, der Vorsitzende verkündet das Urteil – 15 Jahre für „vollbrachten Raub, versuchten Widerstand gegen die Staatsgewalt und wegen Übertretung des Waffengesetzes". Der Verteidiger legt Berufung ein.

Hinter dem Schnellgerichtsverfahren steht das Interesse Österreichs, Waltraud möglichst bald loszuwerden. Das Interesse des BRD-Staatsschutzes kommt dem entgegen, da seine jetzt angeblich vorhandenen Erkenntnisse über Waltrauds Beteiligung an Guerillaaktionen in der BRD sich in 15 Jahren nicht mehr verwerten lassen. Entweder wird Waltraud demnächst klammheimlich abgeschoben, oder sie wird zur Strafverfolgung an die BRD ausgeliefert, um dann nach Verurteilung und Strafverbüßung Waltrauds in der BRD wiederum ihre Auslieferung zur Verbüßung der 15 Jahre in Österreich zu verlangen. Mit der so erreichten lebenslangen Internierung soll Waltraud als gefangene Revolutionärin vernichtet werden.

Zu der psychologischen Vorbereitung und Absicherung des Schnellgerichtsverfahrens gehörten die schon von Wal-

traud angegriffenen Provokationen in der Zeit nach ihrer Festnahme. Inzwischen haben sich die einer „Aktion W. Boock" zugeschriebenen Anschläge und Drohungen als Produkte von Wiener Faschisten erwiesen. Die FR schreibt am 29.1.77 unter der Überschrift:

„WIENER BOMBENLEGER BEI EXPLOSION GETÖTET

Die mysteriösen Bombenanschläge, die in den letzten Monaten in Wien und der nächsten Umgebung der Stadt verübt wurden, sind aufgeklärt. Der Täter, der 31jährige Versicherungskaufmann Hans Georg Wagner, kam am Donnerstag bei der Explosion einer selbstgebastelten Bombe in seinem Personenauto ums Leben. Der Wagen wurde vollkommen zerstört. Sein Komplize, der 24jährige Autoverkäufer Peter Hörmann, wurde bei der Explosion schwer verletzt.

Der Wiener Polizeipräsident Karl Reidinger gab am Freitag bekannt, in Wagners Wohnung sei Beweismaterial gefunden worden, das ihn in Zusammenhang mit zwei Sprengstoffanschlägen auf eine Wiener Polizeikaserne am 17. Dezember vorigen Jahres und gegen die Westbahnstrecke nahe Wien am 19. Januar in Verbindung bringe. Von anderer offizieller Seite war zu hören, in Wagners Wohnung gefundene Briefe zeigten eindeutig, daß Wagner der Verfasser der Drohbriefe einer sogenannten „Befreiungsgruppe Waltraud Boock war. ...

Die Drohbriefe hatten die österreichische Polizei zunächst zu der Vermutung veranlaßt, daß ihre Verfasser Gesinnungsgenossen der Deutschen waren, die sie befreien wollten. Nach dem jetztigen Erkenntnisstand scheint es sich bei Wagner un Hörmann vielmehr um Rechtsextremisten zu handeln. In Wagners Wohnung wurde ein Buch mit dem Titel „Der Weg Adolf Hitlers" gefunden. Im Kellergeschoss der Wohnung befanden sich ein Schießstand und ein Lager von Waffen und Sprengstoffen ..."

Klaus Dorff, der in Frankfurt inhaftiert ist, hat dazu schon am 22.12.76 folgende Erklärung abgegeben:

„Bei den Berichten über die Vorgänge der letzten Woche in Wien hat offensichtlich der Staatsschutz der westdeutschen Presse die Feder geführt. Trotz oder vielleicht wegen dieser Desinformationspolitik war in verschiedenen Zeitungen die folgende Behauptung zu lesen:

Das „Kommando Waltraud Boock" habe damit gedroht, „einen vollbesetzten Eisenbahnzug in die Luft zu sprengen" zu wollen (WELT vom 20.12.76) falls diese in der letzten Woche verhaftete Genossin nicht freigelassen und eine Million Schilling gezahlt würden. Ohne auf andere Ereignisse in diesem Zusammenhang derzeit schon eingehen zu können, stelle ich zu dieser offenkundig erlogenen Behauptung fest:

Die bewaffneten revolutionären Organisationen in Westdeutschland und Westberlin, insbesondere die Rote Armee Fraktion und die Bewegung 2. Juni, haben grundsätzlich und ein für allemal erklärt, daß sie keine willkürlichen Aktionen gegen die Zivilbevölkerung durchführen, weder in der BRD noch in Österreich noch sonstwo, auch nicht mit dem Ziel der Befreiung gefangener Genossen. Alle früheren Aktionen, denen eine solche Absicht zugrunde lag, haben sich gegen erklärte Feinde des Volkes gerichtet, die den Herrschenden, wie die Erfahrung gezeigt hat, ohnehin mehr am Herzen liegen als anonyme Zivilisten. In der BRD ist es wiederholt zu Anschlägen und Drohungen (z.B. im Hamburger und Bremer Hauptbahnhof und in Stuttgart) gekommen, für die keine linke Organisation verantwortlich war, die keine bewaffnete Einheit jemals als mögliches taktisches Mittel definiert hat, die aber von der Propaganda des westdeutschen Staatsschutzes benutzt und teilweise direkt von diesem lanciert wurden.

Es ist offensichtlich, daß auch im vorliegenden Fall die westdeutschen „Sicherheits"-Behörden ein Interesse an der Verunsicherung und Einschüchterung der Bevölkerung haben, möglicherweise um so eine rasche und reibungslose Auslieferung von Waltraud durchzusetzen oder aber im Fall eines Prozesses in Österreich einer Solidarisierung durch dei österreichische Linke vorzubeugen. Die massiven Einmischungen der BRD-Regierung in die Angelegenheiten Griechenlands im Fall des Genossen Rolf Pohle sind schließlich noch in frischer Erinnerung. Es ist zu befürchten, daß Waltraud derzeit keine Öffentlichkeit hat, zu der von der Presse unter Mißbrauch ihres Namens verbretiteten Lügen Stellung zu nehmen. Daher halte ich diese Erklärung — in Übereinstimmung mit der von der RAF zu vergleichbaren Vorgängen bezogenen Stellung — für erforderlich.

Klaus Dorff"

Zum Antrag auf „vorläufige Auslieferungshaft" stand am 9. Februar im Lokalteil der „Frankfurter Rundschau":

„Im Fall der aus Frankfurt stammenden 26 Jahre alten Arzthelferin Waltraud Boock ... will die Frankfurter Staatsanwaltschaft einen Antrag auf vorläufige Auslieferungshaft stellen. Wie der Leiter der Frankfurter Anklagebehörde, Oberstaatsanwalt Dietrich Rahn, am Dienstag mitteilte, stützt sich der Auslieferungsantrag auf einen erneuten Haftbefehl des Frankfurter Amtsgerichts, demzufolge Waltraud Boock des versuchten Mordes sowie vierer Raubdelikte dringend verdächtig sei. ...

Nach den Feststellungen der Staatsanwaltschaft gehörte Waltraud Boock einer kriminellen Vereinigung an, die sich zum Zwecke der Geldbeschaffung 1974 zusammengeschlossen habe. Wie Rahn auf Anfrage erklärte, „begründen die Personen, mit denen sie in Verbindun dung stand, den Verdacht, daß es sich dabei um eine Vereinigung mit anarchistischer Zielsetzung handelt".

ZUM VORVERURTEILUNGSPROZESS GEGEN DIE BEWEGUNG 2. JUNI

WESTBERLIN
26. Januar

Im ID 161 druckten wir einen Bericht der Roten Hilfe Westberlin zum Prozeß gegen Waltraud Siepert und Christina Doemeland, angeklagt der Unterstützung einer kriminellen Vereinigung, die als solche noch gar nicht verurteilt ist, ab.

Am 26.1. fand ein Teach-in der RH Westberlin zu diesem Prozeß statt. Dabei wurde auch ein Tonband der sechs Gefangenen vom 2. Juni abgespielt, aufgenommen in deren derzeitigem „Wohnort" Berlin-Moabit. Wir entnehmen die Abschrift dem Info-BUG Nr. 141:

„Wir wollen hier nicht nochmal alles wiederholen, was hier schon zur juristischen Betrachtung des sogenannten Unterstützerprozesses gesagt worden ist oder noch gesagt wird. Deshalb von uns hier nur etwas Kurzes:

Wir sind Drucker, Kraftfahrer, Schweißer usw.. bis auf einen sind alle Arbeiter. Fast alle von uns sind vorbestraft wegen Haus- und Landfriedensbruch, Sachbeschädigung, Widerstand gegen die Staatsgewalt, Diebstahl, Brandstiftung und anderen sogenannten Verbrechen, die sich immer gegen die Herrschenden, Besitzenden, Besatzer, und Imperialisten und ihre Büttel richteten, — niemals gegens Volk! Alle haben schon früher im Knast oder Erziehungsanstalten gesessen — es ist also nichts neues füruns.

Wir sagen das deshalb, weil die Zeiten vorbei sind, wo die als Aktivisten der Stadtguerilla Beschuldigten aus der Studenten szene kommen. Wir sind Arbeiter und deshalb hat die Staatsanwaltschaft große Töne gespuckt und darauf spekuliert, daß wir als Arbeiter im Knast umfallen und sie zu ner schnellen Anklage gegen uns kommt. Getreu dem Motto: ficken und besoffen sein ist des Proleten Sonnenschein. Denn beides hat man uns angeboten, damit sollten wir gekauft werden. Beweise haben, ist schön, Verräter sind besser. Beides hat Buback und die Staatsanwaltschaft hier nicht, deshalb sind sie in Schwierigkeiten.

Also mußten sie sich einen neuen Dreh einfallen lassen, um aus ihrer Beweisnot und aus ihrer Angst vor einem spektakulären Prozeß gegen uns herauszukommen. Deshalb begann gestern der Prozeß gegen Wally und Tina. Offiziell ist es ein Prozeß wegen Unterstützung von uns, juristisch ausgedrückt ein Prozeß wegen Unterstützung einer kriminellen Vereinigung. Aber in Wirklichkeit geht es um mehr:

DEr Prozeß gegen Wally und Tina soll ein Urteil schaffen, was dann im eigentlichen Prozeß gegen die Bewegung 2. Juni benutzt werden kann und der Bundesanwaltschaft aus ihrer Beweisnot gegen uns heraushilft. Sie wollen, daß

wir in dem Prozeß gegen uns mundtot sind und uns nicht verteidigen können. Deshalb muß unter allen Umständen auf Biegen und Brechen vor dem Prozeß gegen uns die Bewegung 2. Juni als kriminlelle Vereinigung verurteilt werden.

Natürlich geht es nicht um kriminell oder nicht. Das ist klar. Jede revolutionäre Aktion gegen die kapitalistische Ausbeutung ist für die Herrschenden kriminell, weil gefährlich .Vielmehr geht es um unsere Vorverurteilung, ohne daß wir selbst in den Prozeß gegen Wally und Tina eingreifen können, weil wir als Personen nicht in diesem Prozeß angeklagt sind. Buback kann uns in Ruhe verurteilen lassen, er braucht dann nur noch im Prozeß gegen uns das Urteil verlesen zu lassen, und das, war es dann auch schon. Der Bubackwaltschaft und der politischen Staatsanwaltschaft hier in Berlin ist klar, daß die Frage der Berechtigung des bewaffneten Kampfes gegen kapitalistische Ausbeutung und die durchgeführten revolutionären Aktionen der Bewegung 2. Juni nicht Bestandteil des Prozesses gegen uns sein darf.

1. ist bei dem Prozeß gegen uns mit starkem nationalen und internationalen Interesse zu rechnen. Der Prozeß wird also aufmerksam verfolgt werden.
2. will Buback — dieser eitle Gartenzwerg — den Prozeß gegen uns selber führen. ER will als der große Saubermann auftreten, der — wenn er es erstmal in seine Wurstfinger genommen hat — auch mit einem spektakulären Prozeß gegen die Stadtguerilla fertig wird.

Darum will er unseren Prozeß entpolitisieren und alles herausnehmen und im voraus regeln, was mit der Geschichte, dem Kampf und den Absichten der Bewegung 2. Juni zu tun hat, d.h. der kriminellen Vereinigung Bewegung 2. Juni, denn nur so geht es. Uns und der Verteidigung sind dann die Möglichkeiten der Darstellung und der Prozeßführung total eingeschränkt, das ganze ist dann im wahrsten Sinne des Wortes nur ncoh Schauprozeß.

Nach Bubacks Staatsschutzabsichten muß eine Propaganda für die Ziele und den bewaffneten Kampf der Bewegung zweiter Juni unterbleiben.Im Prozeß gegen uns soll dann nur noch versucht werden festzustellen, wo und wer was von uns gemacht haben soll. Undselbst das ist neuerdings nicht mehr nötig.

Der Hauptprozeß gegen die Bewegung 2. Juni ist nicht mehr der Prozeß wegen der Drenckmann-Hinrichtung, der Entführung von Lorenz, der Befreiung von Revolutionären aus dem Knast und anderen Aktionen, die gegen die Ausbeutung und Unterdrückung gerichtet sind, sondern der Hauptprozeß gegen Wally und Tina!

Die politische Staatsanwaltschaft versucht hier ein Urteil zurechtzuzimmern, nach dem die Bewegung eine kriminelle Vereinigung sei, versucht nachzuholen, was sie in allen Prozessen gegen Aktivisten und sogenannte Unterstützer der Bewegung 2. Juni aus Gründen der Beweisnot und einfacheren Prozeßführung unterlassen hat.

Das muß klar sein und klar werden. Es muß verhindert werden, daß die Klassenjustiz den Prozeß gegen Wally und Tina heimlich und in aller Stille durchziehen kann. Es muß verstanden werden, daß dieser Prozeß der Hauptprozeß ist. Das ist die eine Seite des Prozesses. Der zweite — aber genauso wichtige — Punkt richtet sich nicht nur gegen uns, sondern betrifft noch mehr alle! An Wally und Tina, aber besonders an Wall y, die schon seit andertalb Jahren eingeknastet ist — soll ein Exempel statuiert werden. Aber nicht nur Wally, Tina und alle anderen angeblichen sogenannten Unterstützern des bewaffneten Kampfes, dienach mehr als einem halben Jahr Knast rausgelassen wurden, sind betroffen. Auch der Genosse Eb, der jetzt schon fast ein Jahr im Knast sitzt und bisher kaum erwähnt wurde. Er muß ebenfalls mit einem vorgezogenen Prozeß wegen Unterstützung der Bewegung zweiter Juni rechnen. Lange Untersuchungshaft und möglichst hohe Strafen — das sollen die Mittel sein, um diejenigen einzuschüchtern und abzuschrecken, die bereit sind, den Kampf der Bewegung 2. Juni für Selbstorganisation und soziale Befreiung zu unterstützen oder selbst aufzunehmen.

Wir machen uns keine großartigen Hoffnungen, daß der Prozeß verhindert werden kann. Aber versucht werden muß es. Gerade die Freilassung von Peter und Christoph hat gezeigt, daß es sich lohnt und richtig ist, es zu versuchen. Es geht nicht um Caritas oder Solidarität mit Opfern, auch nicht um Entrüstung über die Kriminalität der Klassenjustiz. Der Prozeß muß deshalb verhindert werden, weil diese Form der Vorverurteilung neu ist. Aber es wird nicht nur bei uns sein, demnächst werden die Prozesse gegen die revolutionäre Linke, die Stadtguerilla nur noch in Abwesenheit der Angeklagten laufen. Deshalb muß jetzt versucht werden, diesen ersten Prozeß dieser Staatsschutzmasche zu verhindern.

Unsere Forderungen sind:
Sofortige Einstellung der Verfahren gegen Wally, Tina und alle anderen sogenannten angeblichen Unterstützer der Bewegung 2. Juni!
Sofortige Freilassung von Wally und Eb! (und unsere natürlich auch)

Laßt euch was einfallen! Nehmt die Initiative in die Hand. Dieses Teach-in kann nur ein Teil und der Anfang sein. Nutzt eure Mittel zur Gegeninformation: Flugblätter, Parolen, Plakate, Piratensender. Schickt Richter Kubsch massenweise Särge und Torten ins Haus! Ein Anruf genügt. Geht zu Hauf in den Gerichtssaal — besetzt ihn! Bringt Negerküsse mit — das gibt wunderbar verschmierte Richter — und Staatsanwaltsfressen. Auch in nen Brief scheißen und an Richter schicken ist Guerilla, weils jeder kann und massenhaft noch besser! Bringt Notausgaben der Zeitungen raus! Übrigens: ihr habt auch einen eigenen Kopf. Aber: Negerküsse ist nicht alles. Unterstützt die Bewegung und kämpft mit!.

Die Moabiter Sechserbande."

(aus: Info-BUG, 1 Berlin 21, Stephanstr. 60)

ÜBER DIE EREIGNISSE UND ZUSTÄNDE IN DER JVA WERL

WERL
6. Februar

"In der geschlossenen JVA Werl sitzen ungefähr 1.300 Strafgefangene, neben vielen Langstrafern, 100 bis 150 Lebenslängliche und ca. 100 Sicherheitsverwahrte. In den letzten zwei Monaten häuften sich Berichte von Gefangenen über eine miserable medizinische Versorgung, über Arreste und Isolierung, Gefangener die sich gegen den Zwang zu arbeiten auflehn-ten, Streiks gegen die Arbeitsbedingungen, Zustände auf der psychiatrischen Station BI und über verloren gegangene und zurückgehaltene Post.

Beispiel:

25.12.76. Der Gefange Eicker, 64 Jahre, „verstarb" morgens an einem Herzinfarkt. Erst nach einer Dreiviertelstunde kam ein Krankenwagen und der Anstaltsarzt Dr. Michaelis. Eicker war mehrmals beim Arzt vorstellig geworden. Es war bekannt, daß er herz- und zuckerkrank war. Er erhielt zwar

Medikamente, aber auch Einzelzelle verschrieben. Mittlerweile wurde von Mitgefangenen Anzeige wegen unterlassener Hilfeleistung, Körperverletzung im Amt und Mord gegen die Anstaltsleitung und den diensthabenden Arzt erhoben (siehe ID 162).

Die Unfähigkeit des Zahnarztes schreckt Gefangene ab, sich behandeln zu lassen. Im Sommer 1976 riß der Zahnarzt anstatt des kranken Zahns versehentlich einen Stiftzahn aus einer im Kiefer eingepflanzten Schiene aus. Einem anderen Gefangenen wurde bei einer Zahnentfernung die Unterlippe eingerissen. Oft wird nicht behandelt bzw. nachbehandelt. So wurden dem Gefangenen Köster am 14.12.76 die angeordnete Nachbehandlung eines Arbeitsunfalls am Auge verwehrt.

Der Strafgefangene Lothar Gend beantragt seit zwei Jahren in verschiedenen Anstalten und bei verschiedenen Anstaltsärzten eine fachärztliche Untersuchung wegen Verdacht auf Darmkrebs. Die Symptome (seit mehreren Jahren Schmerzen im Unterleib, seit unbestimmter Zeit Blut im Stuhlgang) begründen den Verdacht und sind auch aktenkundig geworden (30.12.76). Erst nach mehreren Anträgen, Ablehnungen, Rausschmissen aus dem Untersuchungsraum, Beschwerden wurde er am 18.1.77 in der JVA Bochum von dem Arzt Hoffmann (behandelnder Arzt von K.-H. Roth) untersucht. Eine Untersuchung durch einen unabhängigen Facharzt seines Vertrauens wurde bislang nicht durchgeführt. Als Gend sich am 1.2.77 nach dem genauen Befund erkundigen wollte, ließ ihn der Anstaltsarzt Michaelis durch Beamte rausschmeißen. Zeitweise war der Kontakt Gends zu seinen Anwälten und zu seiner Verlobten unterbrochen worden (siehe ID 162, 163). Wegen der schlechten ärztlichen Behandlung bzw. Nichtbehandlung in der JVA Werl haben in verschiedenen Fällen Betroffene und Mitgefangene Anzeige erstattet.

ARREST

Der Gefangene Rudolf Klein wurde bestraft wegen Arbeitsverweigerung im Strafvollzug mit insgesamt 61 Tagen Arrest, strenger Einzelhaft über mehr als fünf Monate (Isolation) allein im Jahre 76, sowie mit zeitweisem Entzug des Lesestoffs und Schreibmaterials. Resozialisierung ? ? ?

STREIK

Vom 3.1. bis zum Mittag des 5.1. legten die Gefangenen die auf dem Hof mit Kabeln arbeiten (Schwerstarbeit) ihre Arbeit nieder. Durch das neue Strafvollzugsgesetz müssen sie ihre Arbeitsleistungen um ungefähr 65 % steigern, erhalten gleichzeitig aber weniger Lohn (55 Pfennige pro Stunde, Lohngruppe 3). Sie forderten für ihre Mehrarbeit mehr Lohn Auch in anderen der JVA angeschlossenen Betrieben wurden die Akkorde und Arbeitsleistungen erheblich erhöht.

DIE STATION B I

Die Psychiatrische Abteilung JVA Werl dient als Isolationsstation/Strafstation für „Querulanten", d.h. Leute, die die Arbeit verweigern, stark fluchtverdächtig oder „nicht gruppenfähig" sind. Hier werden unbequeme Gefangene diszipliniert. Der Gefangene Ernst Hilscher wurde wegen Meinungsverschiedenheiten mit dem Anstaltspersonal (darunter vier NPD-Mitglieder) auf die Abteilung B I verlegt. Durch Verabreichung medikamentöser Mittel wurde der vorher völlig normale Hilscher zum geistigen Krüppel. Nach verbüßung seiner Strafe sollte er aufgrund dieser Foltermethoden in das LKH Eickelborn eingeliefert werden.

Der Gefangene Hans Lattner ist seit mehreren Jahren schizophren. Er befindet sich seit neun Jahren in Sicherheitsverwahrung auf der Station B I, anstatt wie gesetzlich vorgesehen im LKH behandelt zu werden. Er ist bis auf 45 kg abgemagert, halluziniert, ißt sehr selten und ist nicht in der Lage, seine Notdurft normal zu verrichten. Dort befindet sich z.Zt. auch der Lebenslängliche Johann Jansen, der am 1.10.76 in einer Verzweiflungstat den Leiter der JVA Rheinbach mit dem Messer angriff.

Die Zellen der B I sind nur 22 Kubikmeter groß, teilweise bestehen die Fenster aus Glasbausteinen mit insgesamt vier fünfmarkstückgroßen Löchern. Die Gefangenen versichern, daß ihre Berichte wahr sind. Wir werden diese Berichte ausführlich zusammenstellen und ihnen nächste Woche zusenden. Es geht uns darum, die Verhältnisse in der JVA Werl die Erinnerungen an den Mannheimer Gefängnisskandal hervorrufen, aufzudecken und zu veröffentlichen. Durch einen massiven Druck der Öffentlichkeit haben die Gefangenen die Möglichkeit, ihre Situation zu ändern."

Knastgruppe Ossendorf, c/o Der andere Buchladen, Zülpicher Str. 197, 5000 Köln 41

DAS SPANISCHE ZENTRUM SOLL RAUS ES GEHT ABER NICHT

ESSEN 7. Februar — Dem Spanischen Kulturkreis in Essen sind vom Vermieter, der Kaffeefirma Eduscho, die Räume in der Kibbelstraße 12 gekündigt worden. Die Leute vom Kulturkreis erhielten Anfang Januar von einem Rechtsanwalt namens Merz folgenden Brief:

„Untermietvertrag für die Räumlichkeiten Essen, Kibbelstr. 12 Sehr geehrte Herren! In obiger Sache hat mich die Firma Eduscho um die Wahrnehmung ihrer Interessen gebeten.

Wie mir meine Mandantin mitteilte, beträgt der Mietrückstand immer noch 15523,54 DM. Außerdem liegen meiner Mandantin Beschwerden der Hauseigentümerin über die Verschandelung der Außenfassade sowie die Vernachlässigung sowohl des Treppenhauses als auch der Mieträume vor. Die Eigentümerin des Hauses hat meiner Mandantin bereits eine Kündigung des Hauptmietverhältnisses angedroht für den Fall, daß das Untermietverhältnis zu Ihnen nicht beendet wird.

Meine Mandantin hatte deshalb bereits mit Schreiben vom 13.12. 1976 fristlos gekündigt und Sie aufgefordert, die Mieträume bis spätestens zum 31.12.1976 zu räumen.

Die fristlose Kündigung wird hiermit noch einmal ausdrücklich wiederholt. Gleichzeitig setze ich Ihnen eine letzte Frist zur Räumung bis zum 31.1.1977. Sollte mir eine Bestätigung von Ihnen darüber, daß die Räumung bis zu diesem Zeitpunkt erfolgt, nicht spätestens am 2.1.77 vorliegen, werde ich ohne weitere Anmahnung Räumungsklage gegen Sie erheben müssen, wodurch erhebliche Gerichts- und Anwaltskosten entstehen. Es liegt somit in Ihrem Interesse, eine Räumungsklage durch rechtzeitige Bestätigung der fristgemäßen Räumung zu vermeiden."

Dazu die Leute vom Zentrum:
Zu Anfang etwas zu dieser Kündigung! Zu den Mietrückständen ist zu sagen: Wir sind durch die Einnahmen des Gruga-Festes auf den bisher geringsten Mietrückstand der letzten Jahre aufgerückt. Schon seit Jahren hätte Eduscho die Möglichkeit gehabt, (Eduscho ist Hauptmieter) uns auf Grund von Mietrückständen zu kündigen. Die Kündigung hat offensichtlich andere Gründe.

Zur Verschandelung des Hauses ist zu sagen: Die Außenfassade des Hauses ist schon seit Jahren grau und schmutzig (aber das ist nicht unser Bier), lediglich das Erdgeschoß sieht bunt und farbenfroh und v.a. informativ aus. Dort kleben Ankündigungen von Film, Demos, Veranstaltungen, Öffnungszeiten, neuen Büchern und Platten des Buchladens im Erdgeschoß. Für uns ist die Sterilität der Essener Geschäftssilos, sind die abwaschbaren Häuserwände, die menschenleeren Viertel der Innenstadt viel mehr eine Verschandelung, nämlich eine Entmenschlichung der Stadt.

Wir haben unserem Vermieter Eduscho geantwortet, daß wir uns von einer Kündigung nicht beeindrucken lassen.

Wir haben unserem Vermieter Eduscho geantwortet, daß wir uns mit der Eigentümerin direkt selbst in Verbindung setzen wollen. Daraufhin hat Eduscho uns – bis auf eine Etage – Räumungsaufschub gewährt. Diese eine Etage, auf die Eduscho scharf ist, ist aber unser Veranstaltungssaal und gerade den brauchen wir, auch um diese Kündigung öffentlich zu machen. Für uns ist klar, daß wir das Zentrum brauchen und daß wir uns von der Kündigung nicht beeindrucken lassen, daß wir bis auf weiteres hier drin bleiben.

Wir fordern alle Freunde, alle Kollegen und Genossen, die uns kennen auf, sich mit einem freundlichen Schreiben an Eduscho bzw. an die Hauseigentümerin zu wenden, um diesen mitzuteilen, was man von dieser Kündigung hält, und um zu bestätigen, daß wir in unserem Kampf um das Haus nicht alleine dastehen (unten beide Anschriften).

Spanischer Kulturkreis e.V., Kibbelstraße 12, 4300 Essen, Telefon 0201/236602. Konto: Commerzbank Essen Nr. 3643715.

Adressen für Protestschreiben: Eigentümerin des Hauses: Frau Berta Mischell, Am Ruhrstein 20, 4300 Essen. Hauptmieter und Kündiger: Eduscho GmbH, Am Europahafen, Lloydstraße 4, 2800 Bremen.

DAS BOCHUMER VOLKSBLATT STELLT SICH VOR

BOCHUM
10.Februar

BOCHUMER VOLKSBLATT (Bochumer Initiativen informieren) an der Landwehr 47, 463 Bochum (noch kein Telefon):
Auflage: 3000; erscheint monatlich; Redaktionsschluß: etwa 20. des Vormonats; Treffen wöchentlich; Solidaritätsfond: (leider) noch nicht diskutiert

Nullnummer: Nr.1 Februar 1977 12 Seiten 50 Pfennige

Das BOCHUMER VOLKSBLATT soll die Belange und Bedürfnisse der Bevölkerung darstellen und sich über die Leute mit bestimmtem Bewußtseinsstand hinaus an die breite Bevölkerung wenden, wodurch sowohl genügend interessierte (bzw. zu interessierende) und betroffene Leser angesprochen werden als auch die Arbeit der beteiligten Gruppen verbreitet und verbessert wird.

Ziel soll sein: Gegenöffentlichkeit, Informationen aus den Arbeitsbereichen (der Gruppen), Meinungsbildung (mehr durch Information als durch Kommentare), Anregung zu Eigeninitiative und wachsender Kritikfähigkeit, Richtigstellungen verdrehter Berichterstattungen, politische und gesellschaftliche Arbeit und Widerstand zu erleichtern bzw. zu ermöglichen: Zeitung als Mittel in aktuellen Konflikten.

Den Zeitungen bzw. Initiativen, die in den Adressen-Listen von Klenkes bzw. ID aufgeführt sind, schicken wir ein Exemplar zu. Sonstige Initiativen aus dem Ruhrgebiet (und Umgebung) sollen sich schleunigst mit uns in Verbindung setzen.

BERLINER KOLLEGEN : WEHRT EUCH !

WESTBERLIN
4. Februar

Berliner Kollegen haben eine Dokumentation zur Repression in Betrieb und Gewerkschaft herausgebracht (Buchhandel, Solex, Druck und Papier, Krone, Gesundheitswesen). „Wehrt euch! Für anti-kapitalistische Gewerkschaftsarbeit" ist für zwei Mark zu haben bei:

Manuel Dohn, c/o „Radikal", Gustav-Müller-Str. 46 1000 Berlin 62

METALLTARIFRUNDE: RESIGNATION WAR NICHT DAS GANZE LIED

FRANKFURT
4. Februar

Von Kollegen aus einem größeren Automobilbetrieb (Nutzfahrzeuge) erhielten wir die folgende Einschätzung der Metalltarifrunde, die in den meisten Bezirken jetzt abgeschlossen ist. (Der Betrieb wird nicht genannt, weil die Kollegen sonst Ärger zu befürchten hätten.)

Die Stimmung im Betrieb war während der ganzen Tarifrunde resignativ. Niemand erwartete etwas großartiges. Doch das änderte sich mit dem halbstündigen Warnstreik am 27.1., an dem etwa 1800 Kollegen beteiligt waren. Es war der erste Streik seit 25 Jahren, fast die gesamte Produktion ruhte. In der Stimmung der Kollegen trat ein Umschwung ein, wenn auch zu spät. Auf einmal wußten alle Kollegen: „Den Unternehmern, denen können wir es noch geben!" „Für 6% streiken wir nicht, aber für 9,5 %!" Die Belegschaft hatte große Freude am Streik und sprach noch Tage danach mit Begeisterung davon. Es war für alle eine völlig neue Erfahrung.

Zum Abschluß von 6,9% (Forderungen siehe ID 154): Dieser Abschluß wurde in der Belegschaft weder mit großer Begeisterung noch mit Niedergeschlagenheit aufgenommen. Für die einen war er der Ausdruck dessen, was dieses Jahr drin war, andere meinten, es wäre mehr drin gewesen, wenn man nicht so früh abgeschlossen hätte, wenn man die Belegschaft früher mobilisiert hätte.

Der 6%-Abschluß im Stahlbereich zeigte der Belegschaft auf, in welche Richtung von der Gewerkschaftsführung gesteuert wird. Mit dem formalen Argument, der Lohngruppenschlüssel im Manteltarifvertrag verbiete eine DM-Forderung, wurde eine lineare Forderung gleich zu Beginn der Tarifrunde unter den Tisch gebügelt. Bei der Aufstellung einer Prozent-Forderung mußte die Ortsverwaltung dann wieder ihre Tricks aufbieten um die Vertrauensleute statt auf 12% auf 10% einzuschwören oder sogar weniger. „Die Belegschaft ist zu schwach und zu unorganisiert", sie sei nicht kampfbereit, deshalb sei mehr als 10% Forderung nicht drin. Mit diesem ständigen Pochen auf der Schwäche der Belegschaft wurden die Vertrauensleute von Anfang an von der Gewerkschaftsführung demoralisiert und an jeglicher Mobilisation der Belegschaft gehindert. Besondere Aktivitäten begannen die Vertrauensleute erst zwei Tage vor dem Warnstreik zu entwickeln, um die Belegschaft zu einem Warnstreik zu organisieren.

War dieser Streik nur als einfacher Sitzstreik gedacht, so machten die Kollegen aus dem Preßwerk mit ihrem Marsch zum Haupttor, dem sich etwa 1000 Kollegen anschlossen, denjenigen einen Strich durch die Rechnung, denen die Schwäche der Belegschaft immer höchst willkommen war.

Der Höhepunkt der Tarifrunde war sowohl für die Belegschaft, wie auch für uns der Warnstreik. War es bisher gängige Weisheit im VK, daß „von denen ja doch keiner mitzieht", daß

„man hier keine zwei oder drei unter einen Hut bekommen kann", so machten wir alle die gleiche Erfahrung: als es draufankam, wurde nicht über Solidarität theoretisiert, sondern da wurde mitmarschiert.

LOHNFORDERUNGEN IN DER ÖTV: DIE ‚GLEICHMACHEREI' IST NICHT TOT

FRANKFURT 9.Februar

In der Tarifrunde 1977 fangen jetzt die Verhandlungen an. Die Forderung des Hauptvorstandes (8% mehr Lohn und Gehalt, 300 Mark Urlaubsgeld, dazu 50 DM für jedes Kind und teilweise mehr Urlaubstage) wurde von der Großen Tarifkommission gegen wenige Stimmen bestätigt. In vielen Diensstellen, Betrieben und ÖTV-Gliederungen waren höhere Forderungen gestellt worden.

Aus den Betrieben und Kreisen wurden der reinen Prozentforderung des Hauptvorstandes vielfach ‚gemischte' und Festbetrags-Forderungen entgegengestellt, die die schlechtbezahlten Arbeiter- und Angestelltengruppen begünstigen. Nicht nur in Hessen und Weser-Ems (siehe ID 163), sondern auch anderswo. Weil die ÖTV diese Forderungen nur lokal veröffentlicht sodaß Kollegen in anderen Städten nichts davon erfahren, setzen wir die Liste heute fort.

(Wir nennen im folgenden nur die Forderungen zur Lohn- und Gehaltserhöhung sowie evtl. Zusatzforderungen, denn Urlaubsgeld und mehr Urlaubstage wollen so gut wie alle.)

Hessen: Bezirks-Forderung: 9%

Niedersachsen: Bezirks-Forderung: 8%

Kreisdelegiertenkonferenz Hannover: 170 DM; außerdem Kündigungsmöglichkeit des Tarifvertrages, wenn die Mehrwertsteuer erhöht wird; zusätzliche vermögenswirksame Leistungen

Kreisverwaltung Göttingen: 180 DM, mindestens 125 DM

Kreisverwaltung Alfeld: 9% als Gesamterhöhung, ein Teil davon als Sockelbetrag für alle gleich

Kreisdelegiertenkonferenz Braunschweig: 8%, mindestens 120 DM

Kreisverwaltung Celle: 8% reichen nicht aus — mehr Prozente! außerdem mehr vermögenswirksame Leistungen

Kreisverwaltung Goslar: 8%, mindestens 145 DM

Kreisverwaltung Hameln: 8%

Hildesheim: 8% und ein Mindestbetrag; außerdem mehr Geld für Auszubildende

Kreisverwaltung Nienburg: 8%, mindestens 120 DM

Kreisverwaltung Northeim: 8%, mindestens 120 DM

Osnabrück: 8%, mindestens 150 DM, außerdem mehr Geld für Auszubildende

Kreisverwaltung Salzgitter: 8,5% als Gesamterhöhung, davon ein Drittel als Sockelbetrag für alle gleich; außerdem Herausnahme der Ortszuschläge aus dem Beamtenrecht (d.h. sie könnten dann nicht wie 1975 ohne Kündigung des Tarifvertrags gekürzt werden!) und mehr vermögenswirksame Leistungen

Kreisverwaltung Uelzen: 100 DM und 5%; außerdem mehr Geld für Auszubildende

Kreisverwaltung Wolfenbüttel-Helmstedt: 8%, mindestens 170 DM

Nordrhein-Westfalen: Bezirks-Forderung NRW I: 8%
Bezirksjugendausschuß NRW I: 12%, mindestens 200 DM

Kreisverwaltung Aachen: 8%

Bonn: Bundeskanzleramt: 5% — hört, hört!
Bundespresseamt: 5% und 55 DM
Stadtverwaltung: 8,5% mindestens 150 DM (falls Urlaubsgeld nicht durchgesetzt wird)
Universität: 200 DM
Kreisjugendausschuß: 190 DM

Kreisdelegiertenkonferenz Düsseldorf: 8%

Kreisverwaltung Duisburg: 8% Gesamterhöhung; ein Teil davon als Sockelbetrag

Kreisverwaltung Kleve: 8%

Kreisverwaltung Köln:
GEW (Gas-Elektrizitäts-Wasser)Werke: 60 DM und 6%
Vertrauensleute Gemeinde/Gesundheitswesen: 8%
Wissenschaft und Forschung: 180 DM
Stadtwerke 175 DM
Fachhochschule: 8%, höchstens 300 DM
Sozialversicherungsträger (Arbeiter): 200 DM
Universitätskliniken: 180 DM
Bundesverwaltung: 145 DM
Bundesstraßenamt: 110 DM
Vertrauensleute Sparkassen: 8%

Kreisdelegiertenkonferenz Moers: 8%

Kreisverwaltung Neuß: 9%

Kreisverwaltungen Remscheid, Siegburg, Solingen, Wesel, Wuppertal: 8%

Weser-Ems:
Delmenhorst: Stadtreinigungsbetriebe (privat): 1 DM pro Stunde für alle gleich

I N T E R N A T I O N A L E S

ROM: FASCHISTEN UND POLIZISTEN SCHIESSEN AUF LINKE SCHÜLER UND STUDENTEN

ROM 10.Februar

1.Februar: FASCHISTEN GREIFEN IN DER UNI LINKE STUDENTEN AN:

Am 1.Februar findet in der Fakultät für Politikwissenschaften eine von den revolutionären Gruppen einberufene Versammlung statt, auf der über Maßnahmen gegen die Studienreform diskutiert werden soll. Gegen 15.oo Uhr kommen einige andere Genossen in diese Versammlung und berichten vom Anmarsch einer Gruppe von mehreren Dutzend Faschisten. Die Genossen dieser und anderer Fakultäten verlassen die Hörsäle, um sich den Faschisten entgegenzustellen. (Dies war bereits der dritte Überfall von Faschisten innerhalb einer Woche: am 25.1. überfielen eine Gruppe von ihnen das Studentenhaus und am 27.1. schon einmal die Universität). Diesmal treffen die Genossen auf ca. 100 Faschisten, von denen viele bewaffnet sind und sofort und unerwartet Schüsse abgeben. Zwischen den Fronten taucht einmal ein Polizist auf und schießt ebenfalls in Richtung der Genossen.

Nach einem ersten Augenblick der Verwirrung beginnen sich die Genossen erneut zu formieren und gehen auf die Faschisten zu. Einer der Faschisten kniet sich hin, zielt und schießt: zwei Genossen werden getroffen und brechen zusammen. Einer von ihnen, Guido Bellachioma, ein 22jähriger Jurastudent wird im Genick getroffen und lebensgefährlich verletzt (auch wenn er diese Schußverletzung überlebt, wird er höchstwahrscheinlich gelähmt bleiben). Der andere, ein 24jähriger Student der Wirtschaftswissenschaften und Mitglied des Kollektivs arbeitsloser Intellektueller erlitt einen Durchschuß am linken Fuß.

Die Polizei greift erst ein, als die Genossen selbst bereits die Faschisten vertrieben haben und ihre einzige Funktion ist es, zu versuchen, einen spontan sich bildenden Demonstrationszug aufzulösen. Dennoch kommt es unmittelbar danach zu einer Demonstration von ca. 1500 Studenten.

2. Februar: TAUSENDE VON SCHÜLERN UND STUDENTEN DEMONSTRIEREN GEGEN DEN TERROR DER FASCHISTEN – DIESMAL IST ES DIE POLIZEI, DIE SCHIESST:

Als Protest gegen den Angriff der Faschisten auf die Uni machen die Schüler und Studenten Roms am 2.2. eine Demonstration, ander sich trotz des Boykotts der FGCI (der Jugendorganisation der kommunistischen Partei Italiens) mehrere tausend beteiligen.

Als der Demonstrationszug auf einem großen Platz, dem piazza dell'Indipendenza ankommt, beginnt die Polizei, die Demonstranten anzugreifen: zunächst fahren sie mit ihren Streifenwagen in die Menge und versuchen so einige Unfälle mit anderen Wagen. Und beinahe wäre ein Genosse von einem Mannschaftswagen überfahren worden. Schon zu diesem Zeitpunkt eröff nen einige Polizisten das Feuer, ohne auch nur eine Spur von einem Anlaß zu haben. Als der größte Teil des Demonstrationszuges bereits weitergezogen ist, werden die letzten Reihen von hinten mit Salven aus Maschinenpistolen beschossen. Die Schüsse lösen unter den Leuten auf dem Platz eine Panik aus und jeder versucht, irgendwohin zu fliehen oder in Deckung zu gehen. Auch an anderen Stellen wird aus Pistolen und Maschinenpistolen geschossen. Ein Mann wird getroffen und schwer verletzt. Es ist – wie sich bald herausstellt – ein Ziviler. Seine umstehenden Kollegen diskutieren unter sich, ob er wohl geschossen habe – auf jeden Fall aber heben sie seinen auf dem Boden liegenden Trommelrevolver auf und lassen ihn verschwinden. Dieser Zivile, der von der politischen Polizei ist, war der Demonstration zusammen mit einem anderen Zivilen in einem zivilen Wagen gefolgt und ist unzweifelhaft dabei gesehen worden, wie er geschossen hat.

Auch an anderen Stellen des Platzes kommt es zu Verletzten: darunter Paolo Tommasini, ein Student, der durch Schüsse an den Beinen verletzt wurde. Obwohl er schon verletzt am Boden lag, ist er von einigen Polizisten noch mit Fußtritten traktiert worden. Ihm und einem anderen, ebenfalls verletzten Demonstranten wird jetzt von der Polizei unterstellt, sie hätten die Schüsse abgegeben, die den Zivilen schwer verletzten. Ein Rentner, der es wagte, laut zu äußern: „Die haben sich gegenseitig beschossen!" wurde für diese Äußerung gleich von einigen Polizisten zusammengeschlagen. Weitere Verletzte dieser Schießerei: ein 60jähriger Verkehrspolizist (so was wie die Hilfspolizisten hier) und ein Busfahrer.

Als Reaktion auf diese Angriffe der Faschisten und die terroristischen Polizeieinsätze ist es in vielen Städten Italiens dann am 3.2. vor allem unter den Schülern und Studenten zu zahlreichen Streiks, Demonstrationen und Universitätsbesetzungen gekommen.

(aus Lotta continua vom 2. und 3.2.77)

URTEILE IM MAILÄNDER „SCALA-PROZESS"

MAILAND 9. Februar *Am 7. Dezember vergangenen Jahres protestieren Jugendliche aus Mailand und Umgebung gegen die Opern-Premiere in der Mailänder Scala. Die Jugendlichen, die sich um Drogenabhängige kümmern, können nicht einsehen, daß riesige Beträge Geld für Vergnügungen der Kapitalisten aus dem Fenster geschmissen werden und demonstrieren vom Nachmittag bis tief in die Nacht (*Siehe dazu ID 160: Die Schlacht um die Skala und die Rolle der freien Radios). *Die Premierenbesucher (der billigste Platz kostet rund 200 Mark) konnten nur unter Polizeischutz in die Scala gelangen. Während der Aktion wurden zahlreiche Jugendliche verletzt und jetzt in Mailand verurteilt. Dazu der Bericht des Centro di Documentazione, Via Mascarella 24 b, Bologna:*

„Das Plädoyer des Staatsanwalts war klar und lapidar: ‚Diese Jugendlichen sind schuldig und müssen bestraft werden; aber vielleicht ist es nicht sinnvoll, sie ins Gefängnis zu stecken, denn dann könnten sie endgültig zu politischen Kriminellen werden", und das Gericht führte das Plädoyer aus, es entsprach in fast allen Punkten der Argumentation des Staatsanwalts.

Es spielte kaum eine Rolle, daß sich die Schilderungen der ‚Tathergänge' von Polizei und Carabinieri Punkt für Punkt als Lügen herausstellten, während sich die Beispiele für Übergriffe der Polizei (durch Zeugenaussagen und Fotos belegt) im Verlauf des Prozesses vollauf bestätigten. Die Aufgabe für den Richter Borelli war die Rechtfertigung des Verhaltens der Hüter der Ordnung.

Von den neun Angeklagten erhielt einer (Fiorenzo Cislaghi) zwei Jahre und zwei Monate, zwei wurden freigesprochen, alle übrigen erhielten zwischen einem und zwei Jahren Knast. Die Strafen wurden aber (gemäß dem Plädoyer des Staatsanwalts) sämtlich auf Bewährung ausgesetzt.

Als am späten Abend die Urteile gesprochen wurden, waren im Justizpalast noch etwa 200 Genossen anwesend. Das Klima war während des Prozesses durch ständige Provokationen der Carabinieri gegen die Zuhörer aufgeheizt worden. Es war offensichtlich, daß man es darauf abgesehen hatte, die Atmosphäre vom 7. Dezember möglichst genau zu rekonstruieren. Aufgrund der lautstarken Proteste gegen das Gerichtsverfahren und gegen die Urteile kam es zu massiven Ausschreitungen der Bullen gegen die Zuhörer. Beim Räumen des Saals wurden einer Genossin ein ganzes Büschel Haare ausgerissen, einige erhielten Schläge mit Gewehrkolben und Schulterriemen ins Gesicht. Das alles nahm ein solches Ausmaß an, daß schließlich selbst der Staatsanwalt den Bullen über die Flure nachlief, um sie zur Zurückhaltung zu ermahnen (es paßte wohl nicht ganz in die Linie seines Plädoyers, siehe oben)."

(Teilweise nach einem Bericht in Lotta Continua, vom 27.1.1977)

PUTSCHVORBEREITUNGEN DER ULTRARECHTEN IN SPANIEN

WESTBERLIN 7. Februar Das Spanien-Komitee Westberlin verfaßte folgenden Beitrag:

Die Terroranschläge der letzten Woche in Madrid, bei denen zehn Menschen ermordet wurden, waren offenbar mit Putschplänen ultrarechter Militärs koordiniert. Darauf deutet inzwischen einiges hin. Zunächst die Ereignisse in Madrid:

DARSTELLUNG DER EREIGNISSE SEIT MITTWOCH, DEM 26. JANUAR 1977

Nach den Ermordungen der Anwälte wurde der Chef der Christkönigskrieger und 15 weitere Faschisten verhaftet. Alle wurden im Verlauf der nächsten Tage wieder freigelassen. Wie Sanchez Covisa selbst angab, wurde er nicht einmal verhört. Verhaftet waren .a. Argentinier, Kubaner, Kroaten, Italiener, Chilenen.

Am Mittwoch, dem 26.1., findet in Madrid ein Generalstreik aus Protest gegen die Morde statt. Arbeiterkommissionen, UGT, USO und PCE fordern die Arbeiter auf, nicht auf die Straßen zu gehen, sondern in den Fabriken zu bleiben. Begründet wird diese Aufforderung mit einem angeblich vorbereiteten Rechtsputsch.

Am Donnerstag, dem 27.1. nehmen an der Beerdigung der fünf Anwälte 100.000 Madrider schweigend teil.

Einen Tag nach der Beerdigung, also am Freitag, dem 28. 1., werden in Madrid innerhalb von zwei Studnen an zwei verschiedenen Orten drei Polizisten erschossen und drei weitere schwer verletzt. (Guardia Civil und Policia Armada). GRAPO macht sich angeblich aus Algier für die Erschießung der Polizisten verantwortlich. Die Ermordung der Polizisten wird von der gesamten Opposition verurteilt und als Aktion der Ultrarechten hingestellt. Der spanische Christdemokrat Ruiz Gimenez spricht von einer „Argentinisierung" der politischen Lage in Spanien, die die Rechte plane.

Ab Samstag, dem 29.1., werden per Regierungsdekret die Artikel 15 und 18 der „Rechte der Spanier" außer Kraft gesetzt, d.h. die Polizei kann jederzeit Wohnungsdurchsuchungen vornehmen, und Personen können ohne Anklage länger als 72 Stunden auf den Polizeikommissariaten festgehalten werden.

Über das Wochenende werden nach Korespondentenberichten aus Madrid Hunderte von Personen verhaftet, alle Mitglieder linker Parteien und Gewerkschaften (der PTE, ORT, MCE, also links der PCE stehenden Parteien, außerdem Mitglieder der Arbeiterkommissionen, UGT).

Das bedeutet, die staatlichen Maßnahmen richten sich ausschließlich gegen die Linke.

Nach den Attentaten auf die Polizisten tauchen viele Persönlichkeiten der demokratischen Opposition und Mitglieder linker Organisationen unter.

Die AAA bekennt sich zu den Ermordungen der Rechtsanwälte.

DAS MILITÄR

Die Regierung Suarez ist schon seit einiger Zeit dabei, die militärsichen Machtzentren von Ultrarechten zu säubern und mit königstreuen zu besetzen. Ein solcher Wechsel fand Anfang der Woche statt. Der Generalstabschef des Heeres war abgelöst worden und sein Nachfolger sollte erst am Dienstag ins Amt eingeführt werden. Für einen Tag fiel die Funktion des Oberkommandierenden an den rechtsradikalen General Milans, des Bosch, Befehlshaber der kampfstärksten spanischen Einheit, der Panzerdivision von Brunete bei Madrid. Er hatte bereits angekündigt, er werde bei den Protestdemonstrationen gegen die Ermordung von Arturio Ruiz am Sonntag mit seiner Einheit selbst die Ordnung in der Stadt herstellen, falls die Polizei das nicht hart genug tue. Die Polizei griff aber sehr brutal ein und ermordete Maria Luiz Najera. Das war am Montag.

Mit der Entführung von Villaescusa und der Ermordung von fünf Anwälten sollte offenbar das Klima für einen Putsch geschaffen werden. Dei Funktion der Entführung Villaescusas für die Schaffung eines solchen Klimas springt dabei sofort ins Auge. Als verantwortlich gab sich die angeblich linke GRAPO aus. Die fünf Anwälte dagegen wurden möglicherweise ermordet, damit die Putschisten vorgeben können, nicht nur gegen den linken sondern auch gegen den rechten Terror vorgehen zu wollen, im Grunde überpolitisch und nur der Ordnung verpflichtet zu sein. Das hätte vermutlich zu Spaltungen oder wenigstens zu einer Neutralisierung der übrigen Teile des Heeres führen sollen.

Neben den bekannten Äußerungen Milans des Boschs liefen in der Nacht von Montag auf Dienstag Gerüchte um, die Generalkapitäne (militärische Oberbefehlshaber) von Sevilla, Burgos und Katalonien seien bereit, ihre Panzer auf die Straße zu schicken (so der Korrespondent des spanischen Rundfunks in München am 30.1.). Einen Tag später, mit der Einsetzung der Generäle Vega und Gomez de Salazar war die Möglichkeit vorerst vorbei.

Über den Grund, weshalb es nicht zu dem Putschversuch gekommen ist, kann man nur spekulieren, möglicherweise war die Basis im Militär selbst nicht groß genug. Jedenfalls würde das erklären, weshalb einige Tage später noch fünf Polizisten ermordet wurden, und zwar Angehörige zweiter verschiedener Polizeigattungen, Zivilgarde (Guardia Civil) und Bewaffnete Polizei (Policia Armada). In diesen beiden Polizeieinheiten gibt es sehr starke ultrarechte Tendenzen.

Sehr augenfällig wurde das bei der Hinrichtung der drei FRAP- und zwei ETA-Genossen am 27. September 1975 als das Militär es ablehnte, Exekutionen vorzunehmen und daraufhin Zivilgarde und Bewaffnete Polizei es freiwillig übernahmen. Diese beiden Polizeieinheiten sollen möglicherweise einen Putsch mit unterstützen. Deswegen erklärte sich auch die GRAPO als verantworlcih für die drei Polizistenmorde, was der Polizei als linker Terror gegen sie selbst erscheint.

Anläßlich der Beerdigung der Polizisten zeigte sich deutlich der ultrarechte Widerstand von Zivilgarde und Bewaffneter Polizei gegen den Innenminister (dem sie unterstellt sind) und den stellvertretenden Ministerpräsidenten, General Gutierrez Mellado. Die Rechnung einiger Militärs, sich bei den beiden wichtigsten Polizeitruppen Unterstützung zu holen, geht offenbar auf. Juan Carlos hat inzwischen durch einen Besuch versucht, die Panzerdivision von Milans del Bosch zur Loyalität zu verpflichten.

ROCA–STREIK: ZUM GENERALSTREIK

In Frankfurt berichteten am vergangenen Wochenende zwei Roca-Delegierte über ihren Kampf um die Wiedereinstellung von 42 entlassenen Kollegen.

FRANKFURT/ BARCELONA 10.Februar

Seit drei Monaten sind jetzt 4500 Arbeiter von ‚Roca-Radiadores' im Streik; einem Unternehmen für sanitäre Anlagen im Industriegebiet Llobregat bei Barcelona mit Filialen in Sevilla und Madrid.

Die Geschichte des Streiks (siehe ID 161/162), der innerhalb Spaniens vor allem deshalb von der Arbeiterbewegung mit Spannung beobachtet und mit Solidarität unterstützt wird, weil er unabhängig von irgendwelchen politischen Organisationen geführt wird, ist geprägt durch die Parole „Unidad-accion-autogestion" (Einheit - Aktion - Selbstverwaltung)

Merkwürdig war deshalb, daß der Ort der Versammlung, ein Hörsaal der Frankfurter Universität, so ganz nach dem Geschmack von FRAP und KPD/ML ausgestaltet war. Nicht verwunderlich allerdings war es, als — nach dem Beitrag der Roca-Delegierten — ein Sprecher der maoistischen

FRAP seiner Organisation die „führende Rolle im Kampf der Roca-Arbeiter" zuschanzen wollte.

In der Diskussion nachher beschrieben die Roca-Delegierten die Realität; zwar wird ihr Streik von nahezu allen politischen Organisationen (auch der in den Tagen des Bürgerkriegs in Katalonien wichtigen trotzkistischen POUM) um Barcelona – mit Ausnahme der KP-gelenkten ‚Commissiones obreras' unterstützt, wozu auch Nachbarschafts-Vereine und Studentenverbände gehören, bedingungslose Solidarität erfahren sie jedoch nur von den Anarchisten: der Frauen–Organisations "Mujeres Libres" (Freie Frauen) und dem Gewerkschaftsbund CNT (Nationaler Arbeiterbund). Am 6. Januar hatten sie z.B. in Barcelona für die Kinder der 4500 Roca-Familien Spielzeug gesammelt.

Und von diesem Moment an prangte an der Rückseite des Hörsaals die schwarz-rote Fahne der Anarchisten!

Am 29. Januar hatte ein Gericht zwar den Roca-Arbeitern entsprochen – nachdem die Unternehmensleitung erfolglos versucht hatte, die Delegierten mit Prämien zu kaufen – aber die allein entscheidungsfähige Vollversammlung beschloß am Samstag, den 5. Februar, die Arbeit werde nicht eher aufgenommen, bis die 42 entlassenen Kollegen wieder eingestellt werden. Sie hätten den Streik jetzt schon drei Monate geführt und würden ihm bis zum Sieg fortführen „bis zum letzten Blutstropfen".

Die einzige Lösung, um der Gefahr der Isolierung zu entgehen, sehen die Roca-Arbeiter jetzt im Generalstreik der Region Barcelona.

Als Spendenkontao steht zur Verfügung das Postscheckkonto 97987–505 PschA Köln (Rolf Stein) Stichwort ‚Roca'.

18 PAZIFISTEN IN SPANIEN VERHAFTET

MADRID
Januar 77

Am 7. Januar brachte die Frankfurter Rundschau folgende Notiz:

„Spanien legalisiert Kriegsdienstverweigerung. Als eines der letzten europäischen Länder hat nun auch Spanien die Kriegsdienstverweigerung legalisiert. Allerdings kann nur derjenige in Zukunft ersatzweise 3 Jahre (!) Zivildienst – der Grundwehrdienst beträgt nur 18 Monate – leisten, der den Wehrdienst aus religiösen Gründen ablehnt. Der Zivildienstplatz darf außerdem nicht im Wohnort des Wehrdienstverweigerers liegen."

Gegen diesen angeblich fortschrittlichen Willkürbeschluß protestierten die organisierten spanischen Kriegsdienstverweigerer mit einer Erklärung, in der es heißt:

„Wir Kriegsdienstverweigerer, die in verschiedenen Zivildienstprojekten im Staat arbeiten (Anmerkung: Es handelt sich um selbsternannte KDVler in ‚illegalen', selbstgewählten Projekten) und Mitglieder von gewaltfreien Gruppen aus Bilbao, San Sebastian, Hospitalet de Llobregat (Can Serra), Malaga, Vic, Valencia, Alicante, Tarragona, Valladolit, Vitoria, Palma de Mallorca, Alcoy, Cordoba, Oviedo, Zaragoza und Madrid haben am 8./9. Januar ein Treffen abgehalten, um den kürzlich erlassenen königlichen Erlaß zu analysieren und zu kritisieren.

Obwohl der königliche Erlaß junge Menschen vom Militärdienst ausnimmt, die „aufgrund von Gründen mit religiösem Charakter" sich der Verwendung von Waffen widersetzen; und trotz der Bestätigung des internationalen Vertrags über Bürger- und politische Rechte der Regierung am 28. Oktober 1976 und obwohl sich einige von uns überlegen, die Regelungen des Erlasses unter bestimmten Umständen zu akzeptieren;

lehnen wir diesen Erlaß ab, weil er weder das Recht auf Kriegsdienstverweigerung anerkennt noch den bestehenden wahrhaften Zivildienst als Alternative zum Militärdienst anerkennt.

Ferner: der Erlass ist diskriminierend, er begrenzt die Motivation, aus der junge Männer diesem Erlaß nachkommen können.

Er ist Militärgesetz...Er ist bestrafend...Er ist unklar...

Das erneute Vorbringen unserer Forderungen für diesen Status bedeutet nicht eine Weigerung, den Dialog mit der Regierung fortzusetzen, den wir seit 1971 versuchen zu führen.

In der Zwischenzeit werden wir unsere Arbeit in dem selbstbestimmten Zivildienst fortsetzen...."

Zur Unterstützung dieses Kampfes ketteten sich 18 Spanier auf dem Plaza de Espania in Madrid an, um gegen den KDV-Erlaß zu protestieren. Sie rollten Plakate aus, auf denen es hieß: „über das Gewissen läßt sich nicht verhandeln" und „Ich will, daß man mein Gewissen unabhängig von der Religion respektiert." Eine halbe Stunde später wurden die Demonstranten verhaftet und aufs Polizeirevier geschleppt, von dort ins Hauptquartier nach Puerta del Sol gebracht und erst nach 30 Stunden wieder entlassen. Sie haben alle mit erheblichen Geldstrafen zu rechnen. Die „illegalen" Zivildienstprojekte – Kindertagesstätten, Alphabetisierung der Erwachsenen, Dienste für Alte unf Behinderte – können finanziell unterstützt werden:

Kto.: „Für KDV Spanien, Robert Jarmuth, PScha Hamburg Nr. 590 54-204

NEUE MILITÄRISCHE OFFENSIVE DER IRA IN ENGLAND

LONDON
9. Februar

Vor einer Woche eröffnete die provisorische IRA eine neue Bombenkampagne in London. An einem Samstag explodierten zur Nachtzeit mehr als 13 Feuerbomben kleineren Kalibers, die einen Sachschaden in Millionenhöhe anrichteten. So mußte für einen ganzen Tag das Londoner Geschäftsviertel Oxford Street für den Publikumsverkehr gesperrt werden. Es ist dies jene Gegend, die seit neuestem wegen des niedrigen Pfundkurses von zehntausenden von Kontinentaleuropäern als Einkaufszentrum benutzt wird. Die Aktion verletzte keinen Menschen. Einen Tag darauf explodierten in Belfast insgesamt 30 Bomben größeren Kalibers.

Diese neue Kampagne wurde in Verbindung gebracht mit dem Blutsonntag von Derry am 30.1.1971 und dem aktuell eröffneten Prozeß gegen mehrere Mitglieder der IRA vor einem Londoner Gericht.

Joe Cahill, Mitglied der provisorischen Sinn Fein Partei, erklärte dazu in Dublin am 4.2.77: „Die neue Bombenkampagne wird stärker und wirkungsvoller werden, als alles, was vorher gewesen ist. Sie wird sich auf Nordirland und England beziehen. Wir werden den Krieg deshalb vor die Tore Englands tragen, weil wir es leid sind, nur in Belfast den Krieg zu führen, der nur unsere eigenen Leute betrifft. Außerdem ist Nordirland arm und ökonomisch weniger bedeutungsvoll, während unser Krieg in England – wo mehr irische Emigranten leben als zur Zeit Iren in Irland – viel eher die Reichen, Verantwortlichen trifft, und wo es leichter ist für uns, ökonomisch bedeutsame Ziele auszumachen.

Wir eröffnen diese Kampagne nach Monaten friedlichen Protests für den Abzug der Briten, für den politischen Status unserer Gefangenen, gegen die alltägliche Folter, die ihnen angetan wird. Wir haben gewarnt, und niemand soll sich jetzt über uns wundern."

Westdeutsches Irland Solidaritätskomitee (WISK)
637 Oberursel 5, Postfach 35

BERUFSVERBOT AUF SCHWEIZER ART

ZÜRICH
7.Februar

Über 6000 Unterzeichner protestieren in einer Petition gegen die Verweigerung einer Weiterbeschäftigung des Lehrers Dieter Grünfelder in Embrach (Kanton Zürich). Die Weigerung der Schulbehörde hat eindeutig politische Gründe. Dieter Grünfelder ist Präsident des 'Demokratischen Manifest', einer auf radikaldemokratischer Grundlage aktiven Bewegung, die innerhalb weniger Monate bekannt wurde und jetzt in vielen Orten der Schweiz vertreten ist. (siehe ID Nr. 153)Die Veröffentlichung des 'Dossiers Cincera', in dem die Machenschaften des Schweizer McCarthy enttarnt werden, machte das 'DM' in kurzer Zeit bekannt.

Genau diese Publikation war der Justiz Anlaß genug, Dieter Grünfelder für drei Tage in Haft zu nehmen. Und dies wiederum reicht der Schulbehörde, ihm die Weiterbeschäftigung zu verweigern. Die Eltern und Kollegen werden das nicht hinnehmen.

Kontaktadresse: **Demokratisches Manifest**
Postfach 107; 8036 Zürich

MAULKORB - URTEIL

WIEN
Januar 77

Genosse Martin Auer aus Wien informierte uns über seinen Gerichtsprozeß, in dem er zu einer hohen Geldstrafe verurteilt wurde (insgesamt muß er 29.800 Schilling blechen).Der Genosse, der von der Firma Eumig verklagt wurde, weil er in einem Theaterprogrammheft ein Zitat aus der „Roten Lupe" (KB) verwendet hatte, das sich mit Akkord, Prämienhetze, Überstunden usw. bei Eumig befaßte, schreibt u.a.:

„Für das Zitieren dieses Artikels haben mich die beiden Herren vor Gericht gebracht... Im gerichtlichen Verfahren ging es aber nur mehr darum, ob es bei Eumig schlimmer sei als anderswo. Das sollte ich nachweisen. Wenn das so wäre, würde ja kein Mensch mehr bei Eumig arbeiten. Der von mir zitierte Artikel aus der „roten lupe" greift ja – am Beispiel der Eumig-Besitzer – den Kapitalismus als Ganzes an, nicht allein die Eumig-Besitzer.

Der Richter beachtete einen Teil meiner Beweise gar nicht. Er vernahm nur einen meiner Zeugen ausführlich, bestritt aber schließlich dessen Glaubwürdigkeit, weil er sich zwar bemüht hätte, zur Wahrheitsfindung beizutragen, aber die Dinge ideologisch einseitig gesehen hätte."

Im Urteil hieß es dann: „Es ist tatsächlich die Absicht dieses Urteils, den Arbeitskampf einzuschränken, denn der Arbeitskampf hat sich an die Gesetze zu halten. Und er muß seine Grenze finden, wo die Privatsphäre des Unternehmens beginnt."

Der Brief schließt mit einem Solidaritätsaufruf gegen das Maulkorb-Urteil, das die Rede- und Pressefreiheit empfindlich einschränkt.

Kontaktadresse: Martin Auer, Lindengasse 39/9, A-1070 Wien.

„PROGRAM ALTERNATIV" – DAS ERSTE FREIE RADIO

KOPENHAGEN
7. Februar

Ein linker Rundfunksender drängt sich jeden Dienstag ab 19^{00} in den von „Danmarks Radio" monopolisierten Äther Kopenhagens. Das Programm besteht aus Musik, Nachrichten und Kommentaren. Die Sendeanlage ist vermutlich in einem Lastwagen oder Bus installiert, um durch häufigen Ortswechsel den Nachforschungen der Peilwagen von Danmarks Radio zu entgehen. Aber bis jetzt erklingt noch jeden Dienstag um 19^{00} als Erkennungszeichen die Spieldoseninternationale und auf 93 MHz meldet sich „Program Alternativ". Das Programm ist unterschiedlich lang, je nachdem, was die Genossen an Material zusammengetragen haben. Ihr politisches Programm formulieren sie ganz locker: „ Es ist ganz klar, daß man als 'Arbeitgeber', als Parteiboss usw. ein Interesse daran hat, die Wahrheit über die wirklichen Verhältnisse zu verstecken; und das macht man ganz einfach, indem man richtig fette Lügengeschichten auftischt über die Menschen, die sowieso schon die Betrogenen sind. Z.B., daß sie faul sind und keine Arbeit annehmen, wenn man ihnen eine anbietet usw. – Damit ist jetzt Schluß!!"

Nach einem Bericht der kopenhagener Alternativzeitung „KØBENHAVN" Nr. 4, Jan. 77.

REGENBOGENSEMINAR IN CHRISTIANIA

KOPENHAGEN 8. Februar — Der Prozeß „Christiania gegen den Staat" ist abgelaufen. Mitte Februar wird das Landgericht darüber entscheiden, ob der Frei-Staat Christiania mit seinen 200 Bewohnern geräumt wird oder nicht. (s. ID 116). Zu einem „öffentlichen Regenbogenseminar" in Christiania, das Ende Februar stattfinden soll, sind alle aufgerufen, die über das weitere Vorgehen und die bisher gemachten Erfahrungen arbeiten wollen.

Adresse: Stat Christiania, Dänemark, Dronningensgade 14, Kopenhagen



ALLERLETZTE MELDUNG

Das örtliche Landgericht in Kopenhagen hat am 10. Februar ein klares Nein zu dem Staat Christiania gesagt! Demnach kann nach 14 Tagen das Gebiet von der Polizei geräumt werden. Doch in dieser Zeit können die Christianitter noch das höchste Gericht von Dänemark anrufen. Wie es nun tatsächlich weitergehen soll, wird auf dem Regenbogenseminar am 13. und 14. Februar diskutiert werden.

ZUR LAGE IN ZIMBABWE UND DER HALTUNG DER FRONTSTAATEN DAR-ES-SALAAM

28. Januar

PATRIOTISCHE FRONT STELLT ANTRAG AUF OAU-ANERKENNUNG

Die Patriotische Front von Zimbabwe hat am 28.1. bei der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) einen Antrag auf Anerkennung als einzige Vertretung des Volkes von Zimbabwe gestellt. Über den Antrag hat der OAU-Befreiungsausschuß abzustimmen, der im Februar in Lusaka tagt. Nachdem die „Frontstaaten" (Mocambique, Tanzania, Angola, Botswana und Zambia) auf ihrem letzten Treffen in Lusaka am 8. Januar der Patriotischen Front von Nkomo und Mugabe bereits volle politische, materielle und diplomatische Unterstützung zugesichert hatten, ist es sehr wahrscheinlich, daß dem Antrag zugestimmt wird.

SEKRETÄR DER „PEOPLES MOVEMENT" IN SALISBURY VERHAFTET

Der erste Sekretär der kürzlich in Zimbabwe gegründeten Befreiungsbewegung „Peoples Movement", Canaan Banana, wurde auf der Grundlage der Notstandsgesetze des Smitz-Regimes verhaftet. Ein Grund wurde nicht bekanntgegeben. Die „Peoples Movement" ist eine Unterabteilung der ZANU; C. Banana war 1972 Vizepräsident des ANC, trat aber aus, weil der die Arbeit des ANC als nicht ausreichend betrachtete.

JASON MOYO DURCH EINE PAKETBOMBE GETÖTET

Der Vizepräsident der ZAPU, Jason Moyo, ist in seinem Büro in Lusaka Opfer eines Anschlags geworden. Von einer Sitzung der Patriotischen Front aus Maputo zurückgekehrt, auf der über die Verstärkung des Befreiungskriegs diskutiert worden war, erreichte ihn das in Botswana aufgegebene Paket. Es explodierte beim Öffnen, tötete Moyo sofort und verletzte vier andere ZAPU-Mitglieder, die am Tisch standen. Die ZAPU erklärte, daß es sich um einen Anschlag des Smith-Regimes handele.

Quellen: Daily News, Dar-es-Salaam
(zu den Meldungen: siehe auch ID 145, 148, 150)

POLITISCHE VERFOLGTE IN PERU: SOLIDARITÄT!

WESTBERLIN 7. Februar — Der seit dem 2. Juli 1976 andauernde Ausnahmezustand, die gleichfalls fortbestehende Ausgangssperre in den Nachtstunden und die Außerkraftsetzung der konstitutionellen Bürgerrechte haben inzwischen zu einer auf über 100 angestiegenen Zahl an Todesopfern geführt. Darüberhinaus sind in den vergangenen Monaten hunderte von Gewerkschafern, Anwälten, Studenten, Journalisten, Intellektuelle und Bauern verhaftet und in wenigen Fällen vor Gericht gestellt oder ins Ausland deportiert worden. Es zeigt sich, daß die Regierung in der Behandlung ihrer Opfer unterschiedlich vorgeht. Unbekannte Arbeiter, Bauern und Studenten verschwinden in den Gefängnissen und Verhörzellen der Geheimpolizei, ohne daß die Öffentlichkeit davon etwas erfährt. Bekannten Gewerkschaftsführer, Rechtsanwälte oder Journalisten hingegen wird oft eine andere Behandlung zuteil: sie werden nach einiger Zeit der Haft ins Ausland abgeschoben. Insbesondere sind in der letzten Zeit die wenigen Rechtsanwälte davon betroffen, die sich gerade in verantwortungsvoller Weise als Rechtsbeistand für die Verteidigung politisch Verfolgter oder die Durchsetzung gewerkschaftlicher und demokratischer Rechte in den Arbeitskämpfen einsetzen. Mit ihrer Verhaftung und Deportierung versucht die Militärjunta ein wichtiges Glied in der Kette der Ankläger des bestehenden Regimes zu treffen. Deshalb ist innerhalb der Solidaritätskampagnen für die politischen Gefangenen in Peru diesem Personenkreis besondere Beachtung beizumessen.

Die im Folgenden aufgeführten sieben Fälle sind typisch für die zahlreichen anderen Gefangenen und Deportierten Perus. Es sind die beiden Arbeiteranwälte Ricardo Diaz Chavez und Jose Ona

Meono, die beide aus Peru ausgewiesen worden sind. Es ist der Anthropologe Andres Huguet Polo, der ebenso im Gefängnis ist wie die zwei Gewerkschafter Roberto Romero und Jose Alberto Raymond Sanabria Levano. Er befindet sich in Lebensgefahr, weil ihm ein „Angriff auf die Streitkräfte" vorgeworfen wird, auf den in Peru die Todesstrafe steht.

Für Solidaritätsaktionen wie Unterschriftensammlungen und Petitionen-schicken wendet Euch an:
PERU-Komitee, c/o FDCL, Savignyplatz 5, 1000 Berlin 12

WIDERSTAND IN DER UDSSR: DIE GESCHICHTE DES "SAMIZDAT"* ERZÄHLT VON NATALIA GORBANEWSKAJA

*„Samizdat" heißt: „selbst herausgeben". Bezeichnet im übertragenen Sinne die Oppositionellen-Gruppen und deren Kommunikationsstrukturen.

PARIS
2. Dezember 76

Die Generation, der ich angehöre, ist nahezu ohne jede Kenntnis der russischen Dichtung aufgewachsen. Erst in der Mitte der 50iger Jahre begann diese Dichtung in unser Leben zu treten. Einige Bücher wie die Anthologie der russischen Lyrik des 20. Jahrhunderts oder die Gedichtsammlung des von Lenins Tscheka erschossenen Kumilew konnte man nach und nach wieder in den Lesesälen der großen Bibliotheken erhalten. Diejenigen, denen es wie durch ein Wunder gelungen war, solche Werke bei sich aufzuheben, mußten nun keine Angst mehr haben, sie auszuleihen. Für uns war die Entdeckung der russichen Dichtung des 20. Jahrhunderts nicht nur die Entdeckung einiger Bücher, sondern die Entdeckung der Luft, eines Mediums. das uns das Atmen und Leben ermöglichte.

Das Jahr 1956 war mit all seinen politischen Umwälzungen (Anm.: u.a. wurde 1956 auf dem 20. Parteitag der KPdSU das erste Mal offiziell von Chruschtischow eine Kritik an der Politik Stalins formuliert und die ‚Entstalinisierung' eingeleitet) das Jahr, der Formierung einer neuen Generation. Wir, die wir damals 20 Jahre alt waren, nehmen für uns noch heute die Bezeichnung ‚Generation von 1956' in Anspruch. Wir waren damals einerseits schon erwachsen genug, um klar zu verstehen, was vor sich ging, und andererseits doch noch nicht derart festgelegt und eingefahren, daß wir uns nicht relativ leicht von der offiziellen Ideologie, die man uns in der Schule eingetrichtert hatte, hätten freimachen können. Wir mußten sie uns also nicht erst schmerzhaft vom Leib reißen — sie ließ sich leicht wie eine alte Schlangenhaut abstreifen, obwohl sie viele von uns noch damals als ihre ureigenste Haut ansahen. Ich spreche aber nicht für alle, und es versteht sich von selbst, daß insbesondere unter den etwas älteren Angehörigen meiner Generation Leute waren, die die zaghaften Enthüllungen von Chruschtschow nicht brauchten, um ihre Augen geöffnet zu bekommen.

Ich gehöre aber nicht zu diesen und ich denke, daß ich damit dem Durchschnitt entsprach. Auf der anderen Seite machte sich unsere Generation nun, nachdem sie einmal von der Luft der Freiheit geschnuppert hatte, keinerlei Illusionen mehr hinsichtlich der Liberalisierung oder des ‚Tauwetters', vielmehr war sie von einer tiefen Skepsis gegenüber den ‚guten Absichten' der sowjetischen Führungsspitze erfüllt. Deren wahren Absichten sollten ja auch schon bald bei der Niederschlagung des ungarischen Aufstandes deutlich werden. Die Leute meine Altersstufe — die damaligen Studenten — machten sich also daran, die gerade weitgehend geleerten Lager für ‚Politische' wieder neu zu bevölkern; die meisten von ihnen wurden wegen ihrer Proteste gegen die blutige Vorgehensweise der sowjetischen Regierung in Ungarn dorthin geschafft. Da sich aber ihr Lagerschicksal meinem eigenen Erfahrungsbereich entzieht, will ich jetzt auf den „Samizdat" zurückkommen.

Der ‚poetische Samizdat' der Jahre 1956/57 war kein rein literarisches Phänomen. In der ganzen zweiten Hälfte der 50iger Jahre — und insbesondere in diesen beiden Jahren selbst — war der Begriff der literarischen, künstlerischen und politischen Freiheit ein nicht herauslösbarer Bestandteil unsres Bewußtseins. Es war die bald wieder vergangene Zeit, in der das Lesen der gleichen Gedichte einer gemeinsamen politischen Plattform entsprach. Die jungen unveröffentlichten Dichter, die nicht bereit waren, sich aus Sorge um ihre Existenz zu arrangieren, stammten fast alle aus den Schulen von Klebnikow, Zabolotzki, Pasternak und Tschwetajewa, später orientierten sie sich an Mandelstam und Akmatowa un und lösten sich dann schließlich in mehrere, mehr oder weniger genau definierbare Strömungen auf.

Zu Beginn der 60iger Jahre waren diese Strömungen durch einen extremen oder etwas gemäßigteren Nonkonformismus gekennzeichnet, doch die gemeinsame Plattform hatte sich inzwischen aufgesplittert, je nach den jeweils von uns erwählten Lehrern, Modellen und Ursprüngen. Zu dieser Zeit wandelte sich der „poetische Samizdat": er blieb nicht mehr nur eine Sache zwischen Dichtern und ihren Lesern, sondern bezog auch immer mehr ‚verlegerische Tätigkeit' mit ein.

Ende 1959, Anfang 1960 erscheint die erste Zeitschrift des Samizdat. Diese von Alexander Ginsburg herausgegebene poetische Zeitschrift ‚Syntaxis' bedeutete einen wichtigen Markstein in der Geschichte des Samizdat. Ginsburg konnte insgesamt drei Hefte dieser Zeitschrift zusammenstellen und an die Öffentlichkeit bringen. Dabei stellte er jeweils zehn Dichter vor. Außer den konsequenten und bedingungslosesten Nonkonformisten erschienen in ‚Syntaxis' auch unveröffentlichte Werke von Dichtern, die in der offiziellen sowjetischen Literatur entweder bereits zu Rang und Ansehen gekommen waren oder doch zumindest kurz davor standen. Ich selbst war an der Veröffentlichung dieser drei Hefte nur insofern beteiligt, als ich einige Sachen abgetippt hatte. Meine eigenen Verse hatten an sich im vierten Heft erscheinen sollen, aber das kam nicht mehr heraus, weil Ginsburg verhaftet wurde. Immerhin hatte ich aber noch die Zeit gefunden, die drei erschienen Hefte für mich ab-

zutippen. Nach der Verhaftung Alexander Ginsburgs war es mit meiner Tätigkeit als Tippse der Samizdat dann erstmal wieder für einige Jahre aus, da ich keine eigene Schreibmaschine besaß.

Aber auch damals — also noch bevor ich so ein Arbeitsmittel erwerben konnte — setzte ich schon immer alles daran, Gedichte maschinengeschrieben zu vervielfältigen. Ich begann da natürlich mit meinen eigenen, da ein einziges handgeschriebenes Exemplar selbst bei den wenigen Lesern schon nicht mehr ausreichte.

In den sechziger Jahren erfuhr der Samizdat dann eine intensive Weiterentwicklung; denn während er sich anfangs weitgehend auf Lyrik beschränkt hatte, fing er nun an, sich auch auf Prosa, Essays, Polemiken und Nachrichten zu erstrecken. Gegen 1966, als ich endlich in den Besitz einer eigenen Schreibmaschine kam, schloß ich mich dem Samizdat aktiv als Schreibkraft an. Das war für mich nicht nur eine Frage des Bewußtseins und des Wunsches, am gemeinsamen Werk beteiligt zu sein, sondern hatte auch ganz pragmatische Gründe. Ich hatte ja viele Jahre lang vornehmlich als Leserin mit dem Samizdat zu tun gehabt. In jener Zeit hatte ich von diesen mit Schreibmaschine vervielfältigten Texten ‚Die Pest' von Camus, ‚Wem die Stunde schlägt' von Hemmingway, Werke von Ginsburg, Maximow und Schalamow sowie noch verschiedene andere Sachen zu lesen bekommen. Aber an all das erinnere ich mich kaum noch, denn ich mußte die Abschriften ja in aller Eile lesen, bekam sie höchstens mal für ein paar Tage und oft sogar nur für eine Nacht anvertraut. Um als Leser ‚Vollmitglied' des Samizdat zu werden, mußte man sich schon an der Weiterverbreitung beteiligen. Und wer nicht genug daran hatte, einen Text nur mal kurz zu überfliegen, konnte sich ihn am besten dadurch, daß er versprach, ihn mit einigen Durchschlägen abzutippen, für etwas längere Zeit behalten.

Aber die Umstände begünstigten meine aktive Eingliederung in den Samizdat noch zusätzlich. Im Februar 1966 fand nämlich der Prozeß gegen Siniawski und Daniel statt. Und abgesehen davon, daß ich beide gut kannte, sahich in Siniawski auch noch mein literarisches Vorbild. Dieser Prozeß löste nun das Erscheinen einer großen Menge politischer Texte im Samizdat aus, die leider immer wieder neu entstehen: nämlich die Schlußerklärungen von Angeklagten in ihren Prozessen.

So waren beispielsweise die Schlußworte von Siniawski und Daniel schon gleich nach dem Prozeß — also lange vor dem Erscheinen von Alexander Ginsburgs ‚Weißbuch' zu diesem Prozeß — derart verbreitet, daß ich kaum vierzehn Tage nach der Urteilsverkündung in der U-Bahn einen mir vollständig unbekannten jungen Mann treffen konnte, der in aller Ruhe die von uns getippte Erklärung Daniels las. Heute, zehn Jahre später, ist es kaum noch vorstellbar, daß jemand den Samizdat in der U-Bahn liest — damals war es noch möglich.

1966 - 67: Ausdehnung und Veränderung. Anläßlich dieses Prozesses gegen Siniawski und Daniel (deren Rolle in unserem Widerstand überragend war) tauchte unter dem Titel ‚Brief an einen alten Freund' so eine Art Sammelrundbrief im Samizdat auf; darin waren mehrere teil kollektiv teils individuell verfaßte und von den Autoren namentlich unterzeichnete Kommentare zu dem Prozeß und dem Urteil enthalten — allerdings noch recht zaghaft und verschwommen. Dieses ganze Material wurde später in das ‚Weißbuch' aufgenommen, das der erste Band einer ganzen Serie von Sammelbänden aus dem Samizdat zu und über verschiedene Prozesse war.

Zu diesen Arbeiten gehören z.B. ‚Der Fall der Demonstration auf dem Puschkin-Platz' und ‚Der Prozeß der Vier' von Pawel Ditwinow sowie mein Buch ‚Mittags, Roter Platz', eine von Krimtataren redigierte Materialsammlung über den Prozeß gegen Ilja Gabaji und Mustafa Dschenilew. Aber alle diese Bücher wurden erst 1967 - 69 geschrieben. Das 1971 erschienene Buch von Wladimir Bukowski über die politisch-psychiatrische Unterdrückung steht in derselben Tradition.

Zurück zum Jahre 1966: Fast auf einen Schlag war der Samizdat damals von einer Flut von wissenschaftlichen, dokumentarischen und politischen Dossiers überschwemmt worden, die es unbedingt erforderlich werden ließen, eine umfassende Übersicht zu erstellen. Das geschah dann auch mit dem Almanach ‚Phönix 66'.

Die Redaktion hatte Juri Galanskow übernommen, der dafür verhaftet und zu 7 Jahren Arbeitslager verurteilt wurde. Dort starb er noch vor der Verbüßung seiner Strafe. Vor dem ‚Phönix 66' war übrigens ein anderer Almanach mit dem Namen ‚Phönix' erschienen; es war einer von diversen poetischen Almanachen, die nach der Eliminierung der ‚Syntaxis' erschienen war.

Der erste, 1961 herausgekommene ‚Phönix' war von Galanskow, Eduard Kuznetzow und Vladimir Ossipow zusammengestellt worden. Den beiden letztgenannten hatte dies in Verbindung mit ihren Kundgebungen auf dem Majakowski-Platz ihre ersten 7 Jahre Arbeitslager eingebracht. Juri Galanskow, der damals noch wie durch ein Wunder mit einem blauen Auge davongekommen war, setzt die Arbeit seines eingesperrten Freundes auf einer jedoch neuen Grundlage fort. Dies ermöglichte es dem Samizdat, eine qualitativ höhere Stufe zu erreichen.

Denn der ‚Phönix 66' enthielt zwar immer noch — also wie auch schon der ‚Phönix' — Gedichte, bestand aber doch in erster Linie aus Aufsätzen und Dokumenten. So enthielt er z. B. zwei Artikel von Siniawski über den sozialistischen Realismus und Jewtuschenkos niederträchtiges Gedicht ‚Die Zentrale von Bratsk', ferner das Protokoll der Diskussion im Institut für Marxismus-Leninismus über das Buch von Nekritsch, dann einen Artikel des Wirtschaftswissenschaftlers und Akademie-Mitglieds Varga über die Wege zur Entwicklung des Sozialismus sowie einen von Potschajewo verfaßten Text über die Ereignisse von Laure, wo die Mönche und Pilger im Kampf mit den polizeilichen Repressionsmaßnahmen standen.

Ebenfalls in den Jahren 1966 - 67 war der Samizdat durch eine beachtliche Menge von Romanen und Erinnerungen bereichert worden: Von Solschenizyns ‚Krebsstation' und ‚Der erste Kreis der Hölle' bis hin zu Jakatharina Olitzkajas frühen Gefängnis- und Lagererfahrungen, wo die Autorin beschreibt, wie sie als Mitglied der Partei der Sozialrevolutionäre nicht etwa erst als Opfer der Säuberung von 1937, sondern schon zu Beginn der 20-iger Jahre ihren Marsch durch die Kreise des Gulag hatte antreten müssen; wichtig zu erwähnen ist auch noch Anatoli Martschenkos Buch ‚Mein Zeugnis', das sich als erste Arbeit mit den Lagern für politische Gefangene in der Ära nach Stalin beschäftigte.

In dieselbe Zeit fällt auch die gegenseitige Durchdringung und Verknüpfung des russischen und ukrainischen Samizdat. Bis dahin hatte sich der ukrainische nämlich ziemlich unabhängig entwikkelt und uns dabei in mancher Hinsicht überholt. Im ukrainischen Samizdat waren bereits in der ersten Hälfte der 60-iger Jahre Polemiken und politische Essays erschienen, da die Ukrainer direkt aus den Lagern stammende Nachrichten besaßte, nicht zuletzt auch durch Tohonowils Buch ‚Das Unglück, zuviel Geist zu haben'. Die Fakten über den ukrainischen Widerstand und die politischen Prozesse der letzten Jahre sind auch jenseits der Grenzen der Ukraine und der Stacheldrahtverhaue der Lager von Mordowie bekannt geworden.

Zur selben Zeit wie Martschenkos Buch kam übrigens auch der von dem Ukrainer Moroz geschriebene und nicht weniger erschütternde Erlebnisbericht über das Lager von Mordowie ‚Reportage aus Berias Gehege' durch die Stacheldrahtverhaue hindurch. (Beria war unter Stalin Chef des Staatssicherheitsdienstes). Und das fast gleichzeitige Auftauchen dieses Buches im Westen, in der Ukraine und in Moskau, ist ein deutliches Zeichen für die damals schon enge Zusammenarbeit zwischen den ukrainischen und russischen Widerstandsgruppen, die kurz zuvor noch kaum etwas voneinander gewußt und sich sogar stark mißtraut hatten.

1968: DIE ‚CHRONIK DER LAUFENDEN EREIGNISSE'

Der Beginn des Jahres 1968 zeichnete sich für uns dadurch aus, daß wir plötzlich wesentlich mehr und genauere Informationen über die Lager und Gefängnisse sowie über die Prozesse und außergerichtlichen Repressionen der Polizei zugespielt bekamen. Der Wille, diese Informationen zu systematisieren und sie nicht auf das Niveau von einfachem Klatsch oder sich in der Menge der Leser ohne weiteren Widerhall verlaufenden Papiere absinken zu lassen bewog uns, die Euch vermutlich bekannte ‚Chronik der laufenden Ereignisse' ins Leben zu rufen.

Da ich selbst einen direkten Anteil an der Gründung dieser Chronik hatte, lege ich Wert auf die Feststellung, daß das nicht die erste vorwiegend informative Publikation des Samizdat in der UDSSR war. Vor uns hatten schon die Krim-Tataren ein ‚Nachrichten-Bulletin' herausgegeben, in dem sie Briefe ihres um die Wiedererlangung ihres Landes kämpfenden Volkes veröffentlichten. Diese Briefe enthielten Daten über die Aktivitäten der tatarischen Abgeordneten in Moskau, über die alljährlichen Tataren-Demonstrationen am Jahrestag ihrer Vertreibung aus der Krim und über Prozesse gegen Mitglieder der Krim-Tataren-Bewegung. Dieses Nachrichten-Bulletin hat uns einerseits als Modell gedient, andererseits hat es aber auch den Anstoß gegeben, neue redaktionelle Formen zu entwickeln und eine Systematisierung der uns zugegangenen Dokumente und Materialien über die Lager, Gefängnisse, psychiatrischen Anstalten sowie die gerichtliche und außergerichtliche Repression in Angriff zu nehmen.

Ihrerseits hat unsere ‚Chronik' dann wiederum das Entstehen mehrerer Nachrichtendienste gefördert. So der ukrainischen ‚Visnik', den jüdischen ‚Exodus', der deutschen ‚Re patria' und schließlich die ‚Chronik der katholischen Kirche von Litauen'.

Neben dieser Art von Publikationen, die streng objektiv gehalten waren oder sich zumindest darum bemühten, objektiv zu sein, erschienen während der letzten sieben bis acht Jahre dann eine Reihe von Aufsätzen und sogar Broschüren, die politische, philosophische, religiöse und soziale Fragen aufgegriffen und darüber polemisierten.

SAMIZDAT: SCHULE DER FREIHEIT

Natürlich ist die Qualität der im Samizdat veröffentlichten Werke nicht homogen. Wann der Samizdat die Meinungsfreiheit garantieren will, so kann er auch gar keine sehr hohe Qualität garantieren. Aber die Gefahren, die die Verbreitung des Samizdat für jeden daran Beteiligten in sich bergen, sichern andererseits eine wirksamere Auslese zu, als sie von einem Verlag getroffen werden könnte. Und zwar nicht nur von einem sowjetischen, sondern auch von irgendeinem Verlag in der ‚freien Welt'. Denn da die Leute, wenn sie sich vor die Schreibmaschine setzen, ihre Freiheit zu riskieren, verlangen sie, daß das keine aus Schreibsucht oder Ehrgeiz verfaßten Texte sind. Und obwohl der Ruhm dabei sowieso nur auf einige wenige Exemplare beschränkt blieb, haben derartige Texte im Samizdat keine Chance, akzeptiert zu werden.

Aber selbst wenn man die Qualität all dessen, was in den Samizdat gelangt unter die Lupe nimmt, so erscheint es mit insgesamt gesehen doch immer noch unendlich viel gültiger und freier zu sein, als die legale Presse, wo der unabhängige Gedanke allenfalls durch ein Wunder Zutritt bekommen kann – sei es durch die Nachlässigkeit der Redakteure und Zensoren oder dadurch, daß die Behörden gerade mal einen Beweis für ihre grenzenlose Liberalität ablegen wollen. Allein, dieses ‚grenzenlos' geht niemals über die wenigen, für den Export bestimmten Fälle hinaus.

Im Rahmen seiner Möglichkeiten wurde der Samizdat – mit Hilfe der im Westen erschienenen Bücher, die allerdings meistens eben durch ihn erst erscheinen konnten – nicht nur eine ‚zweite' Literatur und Kultur. Formten sich doch im und durch den Samizdat die Überzeugungen des ganzen denkenden Teils der Bevölkerung in Gestalt seiner Autoren, Verbreiter und Leser.

Schließlich bliebe noch zu vermerken, daß der Samizdat schon alleine durch seine Existenz dem sowjetischen System feindlich gegenübersteht. Und dieses weiß das sehr wohl: kein politischer Prozeß ging in den letzten Jahren ohne eine Anklage wegen Verbreitung des Samizdat über die Bühne keine Hausdurchsuchung verlief ohne Beschlagnahmung von Schreibmaschinen und Schriftstücken des Samizdat.

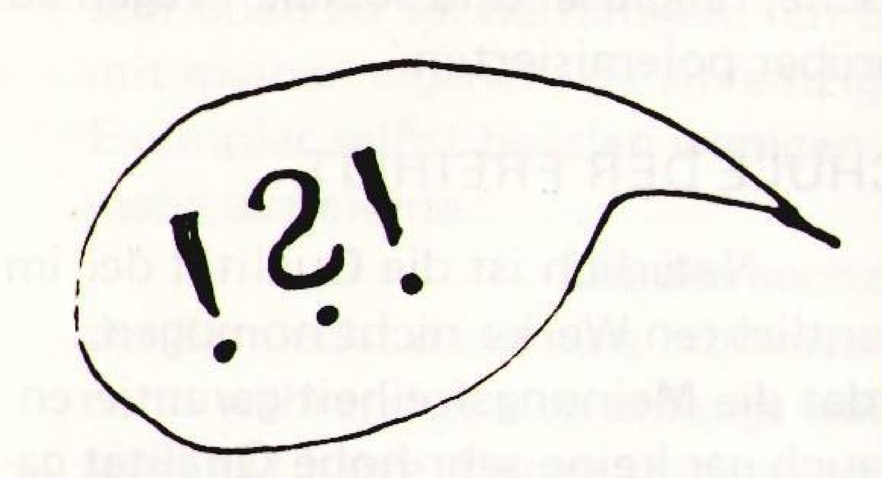
(aus: Liberation vom 2. Dezember 1976)

(wird fortgesetzt)

NR.164

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt
D 1870 CX
Informations Dienst
Postfach 90 03 43 6 Ffm 90

Achtung, liebe Abonnenten! Wenn auf dem Adressaufkleber das Zeichen !?! auftaucht, bitte baldigst Geld auf das ID–Konto überweisen–sonst meinen wir, ihr wollt keinen ID mehr UND STELLEN DIE LIEFERUNG EIN !?!

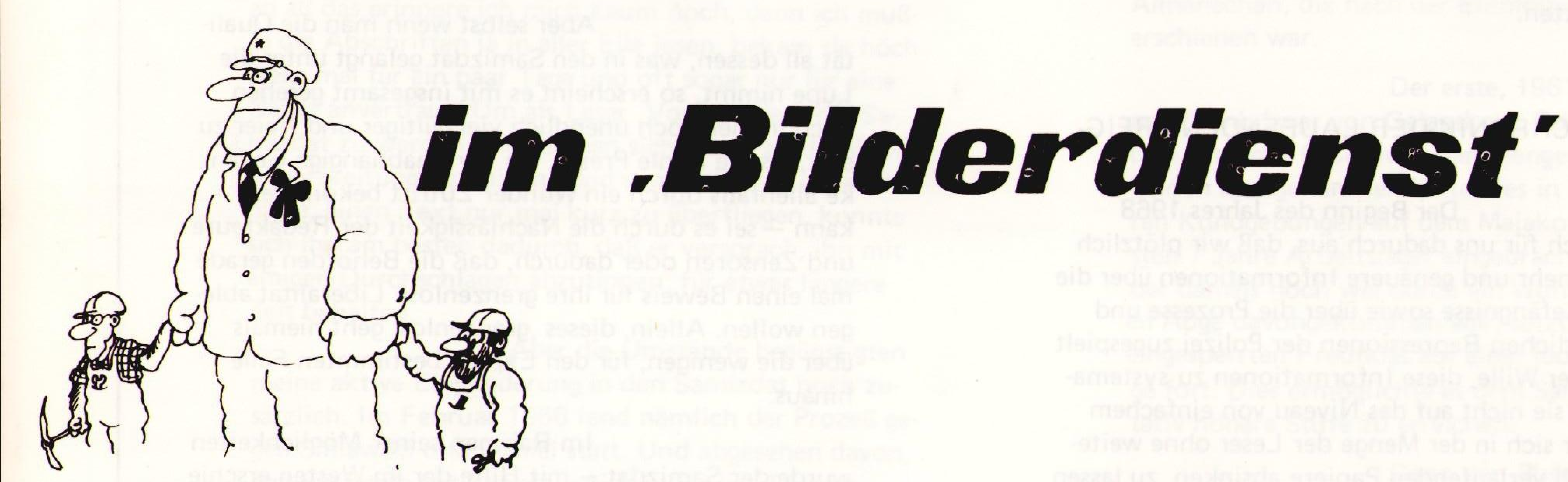


Nummer des bezahlt bis ... are

..., die Angabe „bezahlt bis ID-Nummer" auf den Etiketten ist bei den meisten um zwei zu groß. Die richtige Angabe taucht ab ID-Heft 166 wieder auf.

Bei Nichtaushändigung an den Gefangenen bitte mit dem Grund der Nichtaushändigung an Absender zurückschicken.

Aufruf zur Mitarbeit im 'Bilderdienst'



Der Bilderdienst wurde in der Septemberausgabe des ID (138/139) erstmals angekündigt. Mittlerweile haben wir – eine Gruppe innerhalb des ID – mehr Übersicht über Verwendungsmöglichkeit, Angebot und Nachfrage von Bildmaterial bekommen; Unklarheiten wurden in der Konzeption und in technisch-organisatorischen Fragen geklärt. Wir werden versuchen, dieses Projekt nun in größerem Umfang bekannt zu machen – auch über den Rahmen des ID hinaus.

Aufgabe des Bilderdienstes soll sein, diejenigen Fotografien Collagen, Postkarten, Plakate usw. einer weiteren Verbreitung zugänglich zu machen, die durch ihre Inhalte und Aussagen die in der Linken behandelten Themen illustrieren. Entsprechend der Informationsarbeit des ID sind das:

- Fotografien aus dem Betriebsbereich
- über den Polizeialltag
- aus der Arbeit der Bürgerinitiativen
- der Frauenbewegung
- von alternativen Projekten
- der Kulturfront und vielen anderen Bereichen.

Der Bilderdienst will keinen linken Fotojournalismus aufziehen, der Kameraprofis und Halbprofis von Aktion zu Aktion hetzt und damit den Klick-Klack-Klamauk der bürgerlichen Medien nachahmen. Wir bauen auf die Mitarbeit aller, die ihre Fotos zu politischen Aussagen benutzen, aber nicht nur zu spektakulären Ereignissen, sondern auch zu Geschehnissen ihres Alltags. Wir vermuten, daß viele Fotoapparate ungenutzt bleiben oder Fotografien in Dunkelkammern oder als Wandschmuck vergammeln, obwohl sie in den Zeitungen der Alternativpresse, auf Flugblättern, Wandtafeln, Ausstellungen, in Büchern und Dokumentationen verwendet werden könnten.

Deshalb schlagen wir allen Fotografen und Knipsern vor, eure 'Vor Ort' gemachten Fotos über den Bilderdienst dem linken Blätterwald zugänglich zu machen. Es wäre gut, wenn Leute, die Berichte an den ID schicken, sich gleichzeitig um Fotos (oder überhaupt um grafische Hinweise wie Schaubilder, Embleme usw.) bemühen oder uns Kontaktadressen vermitteln, über die wir an Fotos herankommen können.

KONTAKT

Wir wollen mit anderen Fotogruppen, die bereits bestehen, oder wie wir vom Bilderdienst gerade erst zu arbeiten anfangen, zwecks Austausch von Informationen, Erfahrungen und Fotos zusammenarbeiten. – Wir begrüßen freudig jede Bilderdienstgruppe in anderen Städten !!! Unsere Adresse:

Bilderdienst c/o Informationsdienst, Hamburger Allee 45, 6 Frankfurt/M

BITTE RECHT FREUNDLICH............